Courier

Zentral-Organ für die Interessen der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags. Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 Mk. Der Courier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21. Telephon: Amt IV, 950 und 11 864. Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionsschluß am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes. Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 46. | Berlin, den 12. November 1911. | 15. Jahrg.

Der Deutsche Transportarbeiter-Verband

hat durch die Lohnkämpfe im ersten Halbjahr 1911 außer der schon bekannt gegebenen Verkürzung der Arbeitszeit und der Lohnerhöhungen für seine Mitglieder errungen:

Die Bezahlung von Ueberstunden, Sonn- und Feiertags- resp. Nachtarbeit in **1173** Betrieben für **15808** Beteiligte.

Gewährung bezw. Erhöhung von Prozenten, Spesen, Behr-, Fuhren- und Tourengeldern in 527 Betrieben für **6217** Beteiligte.

Gewährung von freien Sonn- resp. Ruhetagen und Ferien in 493 Betrieben mit **4452** Beteiligten.

Sonstige Vorteile in 784 Betrieben mit **14871** Beteiligten.

Der Deutsche Transportarbeiter-Verband ist also, wie diese Tatsachen beweisen, in jeder Frage auf dem Posten, wo es gilt, die Interessen der Berufskollegen wahrzunehmen und mit Nachdruck zu vertreten.

Krieg oder Frieden im deutschen Möbeltransportgewerbe?

Der Südwestdeutsche Arbeitgeberverband hat sich mit seiner unehrlichen Scharfmachertaktik bei den eigenen Berufskollegen gar mächtig in die Nesseln gesetzt. Nachgerade beginnt es bei den Unternehmern des Möbeltransportgewerbes zu tagen, sie merken, daß der Südwestdeutsche sie gegen Angriffe der Arbeiterorganisation durchaus nicht schützen kann, so großprahlerisch er dies auch behauptet. Sein schwindsüchtiges Dasein verdankt dieses Arbeitgeberverbändchen lediglich der dummen Furcht der Möbelspediteure vor der Arbeiterorganisation. Will irgend ein Unternehmer nicht mehr so recht parieren, flugs droht der Sekretär Wolff mit dem schwarzen Mann, dem deutschen Transportarbeiterverband und schon kriecht das widerhaarige Kindlein wieder in die schützende Bude des Südwestdeutschen. Aber wie sich schließlich die kleinsten Kinder nicht mehr vor dem schwarzen Mann fürchten, weil er sie doch noch nicht aufgefressen hat, so sehen auch die geistig-beschränktesten Fuhrherren mit der Zeit ein, daß ihnen ganz andere Leute und nicht ihre Arbeiter im deutschen Transportarbeiterverband an den Kragen gehen. Diese Erkenntnis kommt bei den Herren freilich erst nach geraumer Zeit, aber sie kommt. Und wenn sie erst da ist, dann haben Wolff und Genossen ausgespielt. Der Südwestdeutsche lebt eben nur von der lieben Gewohnheit der Fuhrherren, die ihr Ideal in den patriarchalischen Arbeitsverhältnissen zwischen Arbeitgeber und -nehmer sieht, in dem Hörigkeitsverhältnis zwischen Herrn und Knecht. Es ist zwar Wahnsinn, sich im Zeitalter des Automobils an den Gewohnheiten der Urväter festzuklammern, aber das Herrspielen ist zu schön, als daß man es freiwillig aufgeben möchte. Der neuen Zeit keine Konzessionen, wer dieses Schlagwort ausgibt hat die Fuhrherren eben zum größten Teile für sich. Darauf gründet allein der Südwestdeutsche seine albernen, den Unternehmern selbst am meisten schadenden Scharfmachereien.

Da kam kürzlich der „Fuhrhalter" und sprach ein ehrliches Wort, um die Möbelspediteure auf einen Weg zu führen, der ihnen ein sicheres geschäftliches Disponieren wieder ermöglicht und ihnen zugleich zeigt, daß man die Arbeiter als Menschen behandeln muß, wenn man mit ihnen auskommen will.

Die Hiebe fielen nur so hageldicht auf die Scharfmachergrößen nieder und die Logik der reinen, klaren Vernunft, der die gemachten Vorschläge entsprangen, konnte auch auf die Fuhrherren nicht ohne Wirkung bleiben. Die Südwestdeutschen verhielten sich mäuschenstill, so gut hatten die trefflichen Hiebe gesessen. Als die Herren ihre Vogelstraußpolitik gar nicht aufgeben wollten, sahen wir uns genötigt, etwas nachzuhelfen, indem wir den Vorschlag des „Fuhrhalters" zum Abdruck in diesem Blatte brachten. Das half. Der Wolff kam aus seiner Schlucht hervor und versicherte hoch und teuer, stets ein fanatischer Freund des Tarifgemeinschaftsgedankens gewesen zu sein. Vor Tisch las man es natürlich anders. Der Wolff geht freilich, wie der Fuchs dem Eisen, der Beantwortung aller Fragen aus dem Wege, die ihm unbequem sind. Dafür verbeißt er sich ganz auf Nebensächlichkeiten. Zugleich spielt er die Mitglieder des Südwestdeutschen als eminent arbeiterfreundlich aus und erklärt in seinem Geheimmonitor: „Wir beschränken uns darauf festzustellen, daß uns keinerlei Animosität gegen die Arbeiterschaft beseelt, im Gegenteil ist es das aufrichtige Bestreben aller Verbandsmitglieder, tüchtige, leistungsfähige, aber auch gut bezahlte und dadurch zufriedene Arbeiter zu beschäftigen." Daß die Südwestdeutschen ebenso wie andere Unternehmer nicht die Untüchtigen den Tüchtigen vorziehen, daß sie Leistungsunfähige nicht gebrauchen können und Unzufriedene nicht haben wollen, diese Wahrheiten hätte sich Herr Wolff sparen können, weil das Selbstverständlichkeiten, Trivialitäten sind. Mit den Gutbezahlten steht es natürlich anders aus. Die sind nur dort zu finden, wo der deutsche Transportarbeiterverband den Fuhrherren hohe Löhne abgerungen hat. Wurden die Lohnbewegungen und Streiks vielleicht geführt, weil die Arbeiter zu hoch bezahlt waren? Beinahe müßte man das annehmen, denn dort, wo wirklich gut bezahlt wird, bekommen es die gerissensten Agitatoren nicht fertig, die Leute in den Streik zu treiben.

Und dann setzt sich der Südwestdeutsche großspurig aufs Pferd und verkündet eine Weisheit, die den Standpunkt der Tariffeindschaft im Unternehmerlager mit prinzipiellen Gründen decken soll. Es heißt da so recht würdevoll und vornehm: „Wir haben uns auch nirgends als prinzipielle Gegner von Tarifverträgen bekannt, wir bekämpfen aber Tarifverträge, die nur e i n e n T e i l, d. h. die Unternehmer binden. Kann nicht von der Arbeiterorganisation Garantie für Einhaltung der Verträge geleistet werden, sind Tarifverträge unnütz." Das sagt der Vertreter eines Miniaturverbändchens, das seinerseits gar nicht in der Lage ist, für die Innehaltung der Tarifverträge seitens der Unternehmer auch nur die geringste Garantie zu übernehmen. Die Behauptung, daß die Arbeiterorganisationen Tarifverträge nicht einhalten, hat sich der Herr Wolff zu seinen Zwecken aus den Fingern gesogen, es ist ihm unmöglich, diese mit Tatsachen zu belegen, wenigstens soweit der deutsche Transportarbeiterverband in Frage kommt. Und nur dieser Verband kommt für die Möbeltransportunternehmer als Kontrahent in Betracht. Erst wenn der Südwestdeutsche selbst in der Lage wäre, vollwertige Garantien für peinliche Innehaltung der Tarifverträge seitens der Unternehmer zu geben, könnte er mit einigem Recht solche auch von der Arbeiterorganisation verlangen. So lange dies nicht geschieht, ist die Garantiefrage überhaupt undiskutabel.

Und dann leistet sich der Südwestdeutsche noch eine kühne Behauptung, die den Stempel der Unwahrheit und Unaufrichtigkeit an der Stirn trägt. „Noch niemals" — prahlt man — „hat der Südwestdeutsche Arbeitgeberverband Unfrieden gestiftet, vielmehr hat er sich stets auf Verteidigung seiner Mitglieder beschränkt."

Die Veröffentlichung und Führung schwarzer Listen, die Bekanntmachung unserer Ortsverwaltungsmitglieder zum Zwecke der Maßregelung, die Aufhetzung der Unternehmer, keine Tarifverträge abzuschließen, die Ausrüstung der Arbeitswilligen mit Revolvern und Schlaginstrumenten ist also keine Provokation, keine Stiftung von Unfrieden. Auch die Bezeichnung der Möbeltransportarbeiter als minderwertige Elemente auf den Verbandstagen des Südwestdeutschen ist solches nicht. Wahrlich, wahrlich es gehört eine eiserne Stirn dazu, solche Behauptungen aufzustellen. Der „Fuhrhalter" ist übrigens den südwestdeutschen Herren die Antwort nicht schuldig geblieben. Er sagt ihnen mutig die Wahrheit und legt den Finger auf die schwärende Wunde. „Gerade die vermehrten Streiks — sagt er — seit dem Anschluß des Berufs an den Arbeitgeberverband haben zur Beunruhigung geführt, sie sind ein einwandfreier Beweis, den Niemand zu erschüttern vermag. Daß in unserem Berufe W i l l k ü r h e r r s c h t, die darnach trachtet, jede freie Regung zu unterdrücken und die so provozierend wirkt, daß die Arbeiter an den Streikplätzen lieber das Brot der Entbehrung als das der gereizten Unterdrückung zehren. Zeit seines Bestehens hat unser Beruf in Monaten keine 19 Streiks gehabt und ob nur 4 oder 14 davon auf das Gebiet des Südwestdeutschen Arbeitgeberverbandes, dessen Grenze uns unbekannt ist, entfallen, die Tatsache ist doch u n u m s t ö ß l i c h, daß alle Streiks zusammengenommen d a s E c h o d e s A r b e i t g e b e r v e r b a n d s r u f e s b i l d e n. — Nun haben wir gern davon Kenntnis genommen, daß dieser Verband

von keiner Animosität gegen die Arbeiterschaft beseelt ist und in unserer Gutmütigkeit würden wir ohne weiteres den Worten Glauben schenken, wenn uns der Eisenacher Vortrag vom 29. Mai cr. nicht ins Gedächtnis käme, wo derselbe arbeiterfreundliche Verfasser als Redner die Frage aufwarf. „Was sind unsere Möbelträger und Arbeiter!“ und diese als ein vielfach zusammengewürfeltes Volk aus allen Berufsarten bezeichnete, — das niemals zu einem Verbande wie die Buchdrucker heranzubilden ist.“ Anscheinend ist ihm im Drange der Rechtfertigung dieses öffentlich abgegebene Urteil entfallen, er weiß auch nicht mehr, daß er in Eisenach die organisierten Arbeiter als unsere Gegner bezeichnete und wir wären nun neugierig, zu erfahren, wie er die beiden conträren Beurteilungen übereinstimmend machen will. Weiß der Verfasser nicht, daß aus diesem zusammengewürfelten Volk zahlreiche gediegene Unternehmer hervorgegangen sind und noch hervorgehen werden, und daß er vielleicht mit dem Einen oder Anderen schon zusammen gesessen hat in einer Versammlung und diese so vor den Kopf stieß, daß sie zeitlebens kuriert sind durch die Weisheit, die der Propagandaredner verzapfte? — Der Eisenacher Vortrag war es auch, der uns zur Kritik drängte, und wenn der Redner nach Verteilung solcher Wissensblüten kein Verständnis für unsre Forderung zur Anbahnung einer Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern hat und eine langfristige Tarifdauer für Phantastereien erachtet, dann kommen wir schließlich dahin, nach allen inneren Widersprüchen und nach allen ausgeführten Scheinmanövern diesen Arbeitgeberverband des Möbeltransports nicht mehr ernst zu nehmen. — Ein Arbeitgeberverband, der einen Kampf führt nur des Kampfes willen, und der eine Verhandlung mit seinem Gegner ablehnt, weil dieser sich aus einem zusammengewürfelten Volk rekrutieren soll, der aber sonst durch seine Maßnahmen die Einkehr des Friedens verhindert und in der Versammlung nach Geld und nochmals Geld ruft zur Prolongation der haltlosen Zustände unter denen alles leidet, dem muß der deutsche Möbeltransport wie beim seligen Septenat keinen Mann und keinen Groschen bewilligen. Mit welchem Recht maßt er sich denn im Kampfe gegen den Transportarbeiterverband die Führung an? Wie kommt der geringe Bruchteil von Unternehmern, den er zu seinen Mitgliedern zählt, dazu, überall das Gros deutscher Unternehmer bevormunden zu wollen, selbst wenn alle Mitglieder der sogenannten Zentralstelle ihm angehören, hat er denn etwa die Majorität?

Nun ist es ja allgemein üblich, daß bei Differenzen zwischen zwei Mächten, womit wir ausnahmsweise auch den Unternehmerverband bezeichnen wollen, über die Differenzen selbst sowie über deren Beilegung verhandelt wird, wir haben ja darin ein Vorbild in dem gegenwärtigen Marokkostreit, aber soweit vergibt sich der Arbeitgeberverband trotz der gegnerischen Anregungen nicht, ihm scheint die Parole „parieren oder krepieren“ vorzuschweben, und bei diesem Verhalten bleibt der Streik das ultima ratio aller Lohnbewegungen. Wer hierbei siegt, ist wie schon so oft gesagt, nebensächlich, denn nutzlos werden immer auf beiden Seiten Wunden geschlagen, die nie verheilen. — Will aber der Arbeitgeberverband die Interessen des deutschen Unternehmertums wirklich fördern, selbst mit dem Mandat der Minorität, dann muß er die Verhandlungen erstmal anbahnen, sich darüber äußern, was er will und auch die Wünsche des Gegners entgegennehmen, wie dies uralter Brauch ist. Die Forderung nach Garantien für die Einhaltung der Vertragsbestimmungen darf nie einseitig, sondern gegenseitig gestellt und erfüllt werden, denn wer sich noch früherer Vereinbarungen erinnert, wo die Arbeiter noch nicht organisiert waren, sondern nur Vereine bildeten, wird wissen, daß oft das, was die Arbeitgeber in der betreffenden Sitzung zugesagt hatten, draußen nur selten resp. vereinzelt hielten, und daß es Unternehmer gab, die mit der Peitsche drohten, das zu ergänzen, was am Lohne fehlte, und daß es andererseits Unternehmer gab, die jahrelang Minderlöhne zahlten, während ihre sonstige Kollegenschaft den vereinbarten Aufschlag als Männer vom Wort aufbrachten — Das sind nachweisbare Tatsachen, die nicht unterdrückt werden sollen, nicht unterdrückt werden dürfen, weil sie in ihren Folgen die Erregung auf den Siedepunkt brachten und — nach alledem dürfte der Transportarbeiterverband in der Forderung nach Garantien wohl die Priorität beanspruchen können. Tut er das nicht, so bekundet er eben seine Friedensliebe. Man mag über unseren Anspruch denken wie man will, wenn alles Gehässige ausgeschaltet wird, bietet er einen Fingerzeig für den zu betretenden Weg und selbst der Einwand, daß bei Feststellung und Vereinbarung von langfristigen Tarifverträgen die Arbeiter ihren Schnitt machen, ist hinfällig.“

So der „Fuhrhalter“. Wer von den Arbeitgebern nicht ein dickes Eichenbrett vor dem Kopf hat und Vernunftsgründen zugänglich ist, muß zugeben, daß hier in ebenso geschickter wie energischer Weise die Interessen der Arbeitgeber vertreten werden. Solange die Unternehmer nicht zur Einsicht gelangen, daß sie nun mal mit der Arbeiterorganisation als gegebenen Machtfaktor im wirtschaftlichen Leben rechnen müssen, so lange dürfen sie sich über Arbeitseinstellungen nicht beklagen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Arbeiterorganisation den Standpunkt des Nichtverhandelnwollens der Unternehmer mit all der ihr zur Verfügung stehenden Kraft zu brechen versuchen muß. — Die Streiks werden sich also so lange wiederholen, bis die Dickschädel mürbe geworden sind. Das dürfte freilich, wenn die Herren von Leuten wie Wolff 2c. sich beraten lassen, ihnen einen ganz hübschen Batzen kosten. Es ist eine ganz kindlich naive Anschauung, zu glauben, der Deutsche Transportarbeiterverband ließe sich durch irgend welche Maßnahmen bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse im Transportgewerbe ausschalten. Also bleibt den Herren nichts anderes übrig, als mit unserem Verbande zu verhandeln, zumal wir ja auch nicht die Bedingung stellen, daß jene Arbeitgeberorganisationen dabei ausscheiden müssen, die uns bisher bis aufs Messer bekämpft haben! Wollen die Arbeitgeber aber keine tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse im ganzen Berufe, nun, dann werden wir auch ohne eine solche die Interessen unserer Kollegen stets zu wahren und ihnen bessere Arbeitsverhältnisse im Guerillakampf zu erringen wissen. Vielleicht überlegen sich die Fuhrherren die Sache noch einmal.

Die moralische Wirkung der Schutzzollpolitik.

Daß der Ursprung des Schutzzollsystems in der Habgier und Selbstsucht liegt, ist hinreichend klar.
Laughlin.

Wer es sprach wissen wir nicht; war es die „längliche Unzulänglichkeit“ des Reiches Kanzler, den ein unglückliches Geschick aus dem „freien Philosophenstand“ in die „gottgewollte Abhängigkeit“ schleuderte; war es sein Assistent, der Landwirtschaftsminister Schorlemer oder war es ein „Unbesoldeter“ aus dem Kreise um Heydebrandt, dem „ungekrönten König von Preußen“ — es bleibt sich gleich — sie alle jubelten als im Reichstag das „große Wort“ fiel:

Betrachtungen über die internationale Automobilausstellung zu Berlin.

Vier Jahre sind es her, seitdem die Automobil-Industrie in Deutschland zum letzten Male Gelegenheit hatte, ihre Erzeugnisse auf einer größeren Spezialausstellung dem großen Publikum zu zeigen. Daß indessen dieser Industriezweig in der Zwischenzeit nicht stillgestanden hat, beweist der eminente Zuwachs seiner Erzeugnisse. Die Zahl der bis damals erzeugten 27 000 Automobile ist bis heute auf 50 000 gestiegen, also hat sich mehr als verdoppelt. Die Jahresproduktion größerer deutscher Firmen überschreitet die Zahl 2000, während von einer amerikanischen Firma erzählt wird, daß ihre Jahresproduktion 12 000 Automobile erreicht hat.

Die Einheitlichkeit in der Ausschmückung der Hallen und der Stände, welche dem Besucher angenehm auffällt, darf man gewissermaßen als ein Zeichen auffassen für die Einheitlichkeit in der konstruktiven Anordnung der Hauptteile des Automobils, die fast bei sämtlichen Firmen durchgeführt ist. Die Zeiten, wo man alles Heil in nur neuen, kostspieligen Erfindungen und Neukonstruktionen suchte, aber vielfach leider nicht fand, sind vorüber. Verbilligung der Wagen durch rationelle Massenfabrikation, Verbesserungen zwecks Hebung der Wirtschaftlichkeit, feinste Ausarbeitung der Detailteile auf Zweckdienlichkeit und billige Herstellung, bequeme Auswechslung der dem Verschleiß unterworfenen Teile, sowie beste Schmierung derselben, sind die hauptsächlichsten Zielpunkte, auf welche der moderne Automobilbau zusteuert.

Wie gesagt, ist in der Hauptanordnung der Einzelorgane des Chassis eine große Gleichmäßigkeit zu beobachten: Vorn an der Stirnseite des Wagens den fast durchweg als Bienenkorb ausgebildeten Kühler, dahinter Ventilator mit Motor; es folgt dann die Kupplung mit Vorrichtung zum Ausschalten derselben, das Ausgleichgelenk zwischen Getriebekasten und Kupplung, der Getriebekasten, die Getriebebremse, das Cardan und die Hinterradbrücke.

Die Entwicklung der äußeren Formen des Kühlers steht in engstem Zusammenhang mit derjenigen der Carrosserieformen. So hat sich auch die neue Automobilgesellschaft veranlaßt gesehen, die kreisrunde Form ihres Kühlers zu verlassen und auf die eliptische überzugehen, da sich diese der modernen Torpedobootkarrosserieform bedeutend besser anschließt. Von deutschen Firmen finden wir nur Komnick Elbing, welche den Kühler an die Stelle setzt, wo die Spritzwand ist. Diese Anordnung hat sich bis heute bei Renault und Clement-Bayard bei den Franzosen erhalten. Bemerkt sei, daß dieser Kühlerform und -Anordnung die modernen Carrosserieformen sich nur schwer anzupassen vermögen und es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Firmen dem Zug der Zeit folgen und den Kühler nach vorne legen müssen. Die Zirkulation des Kühlwassers wird bei kleineren Wagen (bis 8 PS.) in der Regel durch die Pheronosyphonwirkung erzielt. Bei größeren Wagen ist zur Erhöhung der Durchflußgeschwindigkeit des Kühlwassers eine vom Motor betriebene Zirkulationspumpe eingebaut.

Die Motorkonstruktionen zeigen wesentliche Variationen in der Art und Anordnung der Steuerorgane, sowie der Zylinderblocks. Der gegenwärtige Automobilmarkt wird von zwei Lagern beherrscht mit den Kampfdevisen: Ventillos und deshalb geräuschlos oder nicht ventillos und doch geräuschlos. Als objektiver Beobachter muß man sich unwillkürlich fragen: Ist denn die Geräuschlosigkeit eines Automobilmotors von so einschneidender Bedeutung, daß, wenn sie nicht vorhanden, die Maschine als minderwertig zu betrachten ist? Gibt es denn nicht eine ganze Reihe viel wichtigere Eigenschaften — z. B. Betriebssicherheit, beste Schmierung der arbeitenden Teile, Rauchlosigkeit, Oekonomie —, die ein Motor haben muß, um ihn zu einem erstklassigen zu qualifizieren als gerade die Geräuschlosigkeit? Gewiß, wenn es erreicht werden kann, einen geräuschlosen Motor zu bauen ohne wichtige Funktionen des Motors ungünstig zu tangieren, wird eine solche Maschine natürlich als die vollkommenere betrachtet werden müssen. Ob nun bei dem Schiebermotor Patent Knigth der Vorteil oder vielleicht besser gesagt, die Annehmlichkeit des Fortfalles des Geräusches der aufschlagenden Ventile durch die zweifellos geringere Betriebssicherheit des Motors zu teuer erkauft ist, dürfte kaum außer Zweifel sein. Wie die Schiebermotoren im Prinzip konstruiert sind und ihre Arbeitsweise soll hier nun ganz kurz erwähnt werden, da später einmal auf diese aktuelle Maschine zurückgekommen werden soll. Es ist bekannt, daß bei den bisherigen Motorkonstruktionen der Zu- und Abgang der Gase durch Ventile reguliert wurde. An Stelle dieser Ventile sind nun beim Schiebermotor (Patent Knigth) um den eigentlichen Arbeitskolben zwei dünnwandige Steuerkolben herumgelegt, die mit Schlitten derart versehen sind, daß der Zugang des Benzingemisches und der Abgang der verbrannten Gase zu ganz bestimmten Zeiten erfolgen muß. Für die gute Arbeitsweise des Schiebermotors ist es nun von größter Wichtigkeit, daß die Kolben dicht gegeneinander abschließen. Die modernen Arbeitsmethoden ermöglichen nun allerdings eine denkbar genaue Arbeit. Immerhin ist es unmöglich zu vermeiden, daß beim Anlassen des Motors in kaltem Zustande sich die inneren Zylinder schneller erwärmen, ausdehnen und besser gegen den benachbarten Zylinder drücken, so daß ein Festpressen nicht ausgeschlossen ist. Um dieses zu vermeiden, wird man die Zylinder etwas weiter bohren und auch etwas Kompression verrichten müssen. Die Ausstellung zeigt, daß die Bedenken gegen den Schiebermotor immer noch nicht beseitigt, so daß weitaus die größte Anzahl der Fabrikanten dem Ventilmotor treu geblieben sind. Da nicht zu leugnen ist, daß der geräuschlose Schiebermotor den Markt zu seinen Gunsten beeinflußte, so lag es nahe, daß die Anhänger des Ventilmotors nach Mitteln und Wegen suchten, ihren Motor ebenfalls möglichst geräuschlos zu bauen. So finden wir auf der Ausstellung einen „Benz geräuschlosen“, ferner einen „Adler geräuschlosen“ Ventilmotor vertreten. Die Hauptursache des Geräusches an diesen Motoren sind die Zahnräder und die Ventile. Die Zahnräder, welche die Nockenwelle antreiben, kommen durch die stoßweise Belastung, hervorgerufen von den Steuernocken, in starke Schwingungen, die sich, speziell bei hoher Tourenzahl, zu einem stark polternden Geräusch verdichten. Durch Anwendung von Kettenrad und Kette wird dieser Uebelstand aufgehoben. Man verwendet dabei nicht etwa normale Gliederketten, sondern Renold-Ketten, die in Anbetracht ihrer sinnreichen Konstruktion fast geräuschlos arbeiten, dauerhaft sind und nachdem sie sich in der ersten Zeit des Betriebs etwas gelängt haben, fast stille stehn. Das Geräusch, das beim Aufsetzen des Ventiles auf den Ventilsitz entsteht, wird z. B. beim Adlermotor dadurch behoben, daß durch Einschalten eines kleineren Hebels zwischen Stößel und Ventilschaft der Ventilteller gezwungen ist, sich sachte auf den Ventilsitz niederzulassen. Bei den meisten Firmen finden wir sämtliche Ventile in einem Raum eingeschlossen, der durch einen leicht demontierbaren Schieber freigelegt werden kann, so daß die Zugänglichkeit zu den Ventilen dadurch nicht ungünstig beeinflußt wird. Mit dem gegenwärtigen Streben nach möglichst großer Geräuschlosigkeit des Motors ist es eine eigene Sache: Beim Kauf eines Wagens war vielleicht diese Eigenschaft direkt ausschlaggebend; andererseits kann oft derselbe Käufer nicht die Stunde erwarten, wo er auf der Landstraße, den Augen der Gesetzeshüter entronnen, die Auspuffklappe seines Wagens aufreißen kann, um sich an den kräftigen, rythmischen Tönen

Seit dem Uebergang Deutschlands vom Freihandel zum Zollschutzsystem ist der Außenhandel enorm gestiegen, folglich — leidet das Volk keinen Hunger. Man braucht kein gelehrter Staatsmann zu sein, um zu wissen, daß in überwiegendem Maße, das Wachstum des Welthandels dem gewaltigen Aufschwung der technischen Wissenschaften zu danken ist. Ohne sie wäre die Weltwirtschaft im heutigen Umfang garnicht möglich gewesen. Daß die Arbeiterschaft gerade unter diesem Aufschwung dermaßen zu leiden hatte, daß sie an den Rand des Abgrundes gelangte, könnten auch jene Herren aus der Geschichte des Kapitalismus wissen. Wenn jenes Dictum der Regierung und Agrarier richtig wäre, dann könnte es keiner Arbeiterschaft besser gehen, als der, die am meisten an Deutschlands Außenhandel interessiert ist: Hafenarbeiter und Seeleute. Aber eine unverdächtige Quelle, der letzte Jahresbericht des Hafenbetriebsvereins in Hamburg, wohl die arbeiterfeindlichste Unternehmerorganisation Deutschlands, weist nach, daß die Zahl der Hafenarbeiter in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren nicht gewachsen ist, obgleich der Verkehr über Hamburg um mindestens 100 pCt. zugenommen hat. Alle Mehrarbeit wurde vom technischen Fortschritt absorbiert, aufgesogen; der klingende Vorteil dieses Fortschritts wanderte in die Taschen der Unternehmer: weil sie sich die Resultate der technischen Entwicklung, die arbeitersparenden Maschinen angeeignet haben. Die „Beweisführung" der Regierung ist also wieder einmal vorbeigelungen; sie mußte auf alle Fälle mißlingen, weil vier Fünftel der deutschen Bevölkerung vom Außenhandel unabhängig ist, nur ein Fünftel des deutschen Gewerbefleißes ist am Welthandel interessiert. Die lahme Beweisführung der Agrarier und ihrer „regierenden" Hintermänner ist leicht verständlich. Sie wollen auch nicht den kleinsten Stein aus dem „kunstvollen Bau des Schutzzollsystems" herausgenommen wissen. Sie sind an diesem „Geschäft" eben persönlich interessiert und ihr Geldinteresse diktiert ihnen die Stellung zur Politik. Was der amerikanische Austauschprofessor L. Laughlin („Hauptprofessor der Nationalökonomie an der Universität Chicago") 1906 in seinen Vorträgen in Berlin über die amerikanische Schutzzollpolitik ausführte, das gilt mit geringen Abweichungen auch für Deutschland. Laughlin sagt:

„Sind Schutzzölle, auch wenn sie noch so niedrig sind — einerlei aus welchen Gründen, imperialistischen oder lokalen —, erst einmal eingeführt, so werden unvermeidlich beträchtliche Wahlfonds herangezogen, um die Kandidaten der Partei zu unterstützen, die sich zur Erhaltung der Zölle verpflichtet haben. Ein neues Motiv macht sich geltend: es heißt nicht mehr: billigst Du diese oder jene auswärtige Politik, diesen oder jenen Plan in der Erziehungsfrage? sondern: werden Deine persönlichen Geldinteressen durch die Erwählung eines gewissen Namens gesichert?" Daraus folgt die verderbliche Vermischung der politischen Prinzipien mit Sonderinteressen, und das ist die Quintessenz der Korruption. Schließlich führt das zu einer Gattung von Kandidaten, die ein Amt suchen, nicht weil sie irgendwelche Ueberzeugungen in öffentlichen Fragen haben, sondern weil sie für Eisen oder Bier zu stimmen bereit sind. So werden Zustände geschaffen, welche sowohl das moralische Bewußtsein der Wähler, als auch den Charakter der öffentlichen Beamten herabdrücken. Wohin soll das führen? Eine Gruppe Parteiführer, die einmal zur Macht gelangt sind, kann über unbegrenzte Geldsummen und tatkräftige Unterstützung bei jeder Wahl verfügen; im Laufe der Zeit verschanzen sich diese Männer in ihrem Amte hinter dem Selbstinteresse industrieller (und landlandwirtschaftlicher! Red.) (Groß-)Betriebe." *)

Kein Mensch wird, wenn sich die Notwendigkeit herausstellt, gegen einen Zollschutz für gewisse Industrien und auch für die Landwirtschaft etwas einzuwenden haben, bis heute ist aber bewiesen, daß besonders der Zollschutz der landwirtschaftlichen Produkte in der Hauptsache den Großgrundbesitzern zugute kommt und zugleich den Niedergang der Landwirtschaft in sich trägt. „Wenn Industrien ihre Existenz nicht außergewöhnlicher technischer Fertigkeit, besonders günstiger Lage, dem Klima oder natürlichen Hilfsquellen verdanken, sondern einer Majorität im Kongreß, so ist die industrielle Lage in hohem Grade künstlich und schwankend", sagt Laughlin. Diese Worte gelten zwar der Industrie, aber in anderer Bedeutung sind sie auf die Landwirtschaft anwendbar. Die zärtliche Fürsorge, die der „Staat" durch die Getreidezölle den Großgrundbesitzern angedeihen läßt, hat diesen wieder für den Jahrhunderte alten Sport des „Bauernlegens" begeistert. Die „Arrondierungen" nehmen immer größeren Umfang an und anstatt die „innere Kolonisation" zu fördern und zu begünstigen, wie es die eigentliche Aufgabe der Regierung ist, hat diese erst wieder in letzter Zeit einige Domänen anstatt sie unter Kleinbauern aufzuteilen, an Großgrundbesitzer verkauft. Durch den Zollschutz steigt der „Wert" des Bodens; sein „Besitzer" **) wartet eine Zeitlang, berechnet, wieviel der Boden mit Zollschutz ihn mehr einbringt als ohne, d. h. er kapitalisiert die Zolleinnahme und verkauft den Boden um so viel teurer. Sein Nachfolger denkt garnicht daran, durch intensive Bearbeitung des Bodens, das, was er mehr (also zu viel) bezahlte wieder herauszuholen. Er hat es bequemer: er schreit nach höherem Zollschutz und so seine eventuellen Nachfolger. So wird diese Landwirtschaft zur elenden Güter- und Bodenspekulation. Um diese künstliche Situation zu retten, ist ihnen die „Volksvertretung" gut genug. Welche moralische Wirkung das hat, sagt Laughlin: „Die zweifelhaften moralischen Grundsätze, die eine so künstliche Situation von Jahrzehnt zu Jahrzehnt fortbestehen lassen, müssen unter allen Umständen einen verderblichen Einfluß auf unsere Politik und auf den Charakter vieler unserer Staatsmänner ausüben . . .

Der traditionsreiche und ehrenvolle Titel „Abgeordneter" deckt heute den politischen Marktschreier, den skrupellosen Holz- oder Minenkönig oder den anrüchigen Politiker, der durch geschickte Verwendung von Parteiinteressen die Gesetzgeber . . . in seine Gewalt bekommen hat. Der Demagoge, der vor der Menge bengalische Lichter abbrennt, um ihr vorzuspiegeln, er sei ein Volkstribun, und der daraufhin . . . gewählt wird, ist eine unbefleckte Persönlichkeit im Vergleich mit dem Menschen, der seinen Sitz in jener hohen Körperschaft einnimmt mit dem klaren und vollen Bewußtsein, daß er nicht dort säße, wäre er nicht willens, zu stimmen und zu handeln — als der Anwalt großer Privatinteressen, und nicht als Vertreter der Gesamtheit des Volkes." Laughlin hat, als er diese Worte schrieb an amerikanische Verhältnisse gedacht. Es ist angesichts der mächtigen Rüstungen der wirtschaftlichen Interessengruppen, wie Bund der Landwirte, Hansabund, katholische Kirche, Zentralverband Industrieller u. a. Kapitalistengruppen, zur Reichstagswahl die Behauptung aufgestellt: der kommende Wahlkampf würde amerikanisch geführt werden. Uns will es scheinen, als ob unsere bürgerlichen Politiker schon so stark „amerikanisiert" sind, daß eine Schädigung ihrer „Moral" nicht zu befürchten steht. . . . —

Wie der Schluß von der Steigerung der Ausfuhr auf die „befriedigende" Lage der deutschen Arbeiter ein Trugschluß ist, so war die andere Behauptung der Brotwucherer und sonstiger Schutzzöllner: der ganze industrielle Aufschwung sei eine Folge des Schutzzollsystems, eine starke Lächerlichkeit. Auch in diesem Fall gilt, was Laughlin von Amerika sagt, in gleichem Maße für Deutschland. Der amerikanische Nationalökonom schreibt (S. 33):

„Die Vereinigten Staaten haben . . . während dieser (Hochschutzzoll-)Periode wunderbare Fortschritte gemacht. Folglich sagen einige seichte Vernünftler — oder einige interessierte Wortführer des Schutzzolles: Die Wohlfahrt der Vereinigten Staaten ist dem Schutzzoll zu verdanken. Kein Nationalökonom wird durch diese Behauptung des Trugsatzes post hoc, ergo propter hoc *) getäuscht. Während der Zeit, in der ich an einer Straßenecke Berlins stehe, mögen tausend Fuhrwerke vorbeigerollt sein, soll ich etwa behaupten, sie seien vorbeigefahren, einzig und allein, weil ich dort gestanden habe? Es wäre der Höhepunkt der Torheit, wollten Freunde der Vereinigten Staaten im Ausland unser Band als ein Beispiel der glücklichen Folgen des Schutzzolles hinstellen. Die Vorteile der Unterstützung bei der Ansiedlung von Industrien, die keine natürliche Existenzberechtigung haben, sind nicht zu leugnen. Aber in allen jenen Industrien . . . in denen wir materielle Vorteile besitzen, liegen die Ursachen unserer Erfolge tiefer als alle Kongreßbeschlüsse: unsere . . . Vorräte an Rohmaterialien . . . im Verein mit der Gewandtheit . . . unserer Arbeiter . . . sind zweifellos die mächtigsten Faktoren im Aufbau unseres erstaunlichen Wohlstandes. Es verrät daher armselige Logik und noch dürftigere Urteilsfähigkeit, die Wirkung all dieser gewaltigen Faktoren einem so künstlichen Dinge wie gesetzgeberischen Beschlüssen zuzuschreiben. Im günstigsten Falle hätte der Schutzzoll auf unsere nationale Entwicklung keinen größeren Einfluß ausüben können, als das tüchtige Frottieren eines Trainers auf einen der Natur zu einem großen Athleten gebildeten Menschen haben kann."

Diese Aeußerung der durchaus konservativen Amerikaners ist wie für Deutschland gemacht. Die Schutzzölle haben in vielen Fällen sogar in entgegengesetzter Richtung gewirkt als die Schutzzöllner glauben machen wollen. Das eigenartige Schutzzollsystem Deutschlands hat dafür gesorgt, daß das Ausland deutsche Waren, z. B. Zucker Getreide, Eisen 2c. billiger kaufen konnten und noch können als die Deutschen selbst. Dadurch, nur dadurch, wird natürlich die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt erschwert, wird die „nationale Arbeit", deren „Schutz" den bürgerlichen Parteien so am Herzen liegt — wenn man ihrem Mundwerk glauben wollte — geschädigt. Nichtsdestoweniger werden die arbeiterfeindlichen Parteien im nächsten Wahlkampf die Schutzzölle, die in des Wortes verwegenster Bedeutung einfach Bereicherungszölle sind, verteidigen, um die „nationale Arbeit zu schützen".

Die aufgeklärte Arbeiterschaft weiß, daß ihre Gegner mit verlogenen Phrasen und vergifteten Pfeilen kämpft, sie wird den Stahlpanzer ihrer sozialdemokratischen Ueberzeugung anlegen und der einzigen Arbeiterpartei — der Sozialdemokratie am 12. Januar 1912 ihre Stimme geben.

. . . Die Früchte gehören allen,
Die Erde gehört keinem.

*) Aus dem amerikanischen Wirtschaftsleben. Verlag Teubner, Leipzig 1907.

**) Jean Jaques Rousseau sagt: die Erde gehört keinem, ihre Früchte gehören allen!

*) post hoc, ergo propter hoc: „nach diesem, also wegen dieses", ist die Bezeichnung eines fehlerhaften Schlusses, wenn man aus der bloßen Aufeinanderfolge (post hoc) zweier Erscheinungen einen ursachlichen Zusammenhang (propter hoc) folgert.
Red. d. „Courier".

Seltene Treue!

Ich bin ein echter Zentrumsmann,
Steh' treu zu meinem Herrn,
Und schlägt er mich auch dann und wann,
Trotzdem hab' ich ihn gern!

Bescheidenheit ist Christenpflicht,
Der Pfarrer hat's gesagt.
Das kennt die rote Rotte nicht,
Dem Himmel sei's geklagt.

Gott hat die Fleischnot uns gesandt
Ertragt sie mit Geduld!
Der Sozi ist ganz hirnverbrannt,
Er gibt dem Zentrum Schuld.

Wenn auch im Preise steigt das Brot,
Die Not wird immer strenger,
Als frommer deutscher Patriot
Schnall ich den Riemen enger.

Ich achte nicht das Wutgeschrei
Und soziale Hetzen
Und jedes Blatt von der Partei
Zereiße ich in Fetzen.

Das ganze Demonstrantentum
Ist alles rot Mache.
Ich trinke meinen Schnaps mit Rum,
Bin zentrumstreu und lache.

Und wenn der Wahltag rückt heran,
Dann bin ich auch noch da.
Ich stelle freudig meinen Mann,
Das Zentrum hoch! Hurra!

Dichtung und Wahrheit.

Daß die Unternehmerverbände vom größten bis zum kleinsten ihre Hauptaufgabe darin erblicken, die Arbeiterorganisationen und namentlich die freien Gewerkschaften abzumurksen, steht ja außer Frage. Daß

des Auspuffes zu erfreuen. Vorne am Motor peinlichste Vermeidung jedes Geräusches, hinten am Wagen ungefähr das Geräusch eines Maschinengewehres. —

Die Zylinderzahl der Benzinmotoren ist in der Regel 4. Bei kleineren Motoren (bis 10 Steuer PS.) sind dieselben meistenteils zusammengegossen zu einem einzigen Block (Blockmotor), während bei größeren Motoren die Zylinder in 2 Blocks untergebracht sind. Von auswärtigen Firmen sind Renault und Delaunay-Belleville mit 6 Zylindern vertreten und zwar derart, daß immer 3 Zylinder zu einem Block vereinigt sind. Die Protos Automobile stellen 6 Zylinderwagen aus (27/60 PS.) in der Anordnung, daß der Motor sich aus 3 Blocks von je 2 Zylindern zusammensetzt. Die Firma Ley zeigt einen 6 steuerpferdigen 6 Zylinder, bei welchem 6 Zylinder in einem Block vereinigt sind. Die Kanäle für den Zu- und Abgang der Gase sind in den Zylinder eingegossen, so daß das äußere des Motors einen vornehmen, ruhigen Eindruck macht. Ob es, in Anbetracht der vielen reibenden Flächen rationell ist, derart kleine Motoren als 6 Zylinder auszubilden, dürfte kaum bejaht werden. Dem Gedanken, die Saug- und Auspuffkanäle in den Zylinder mit einzugießen, entspricht die Tendenz, dem ventillosen Motor auch im äußeren Ansehen möglichst nah zu kommen. Derartige Konstruktionen finden sich noch bei Adler, Nacke, Lloyd und anderen. Die meisten Ventile werden — hauptsächlich bei kleineren und mittelgroßen Wagen — von unten gesteuert und in der Regel liegen der Einlaß sowie der Auslaß auf derselben Seite des Motors. Bei mittleren und größeren Wagen liegen vielfach die Ventile oben am Motor. Die Betätigung derselben wird dadurch nicht ganz so einfach; andererseits können aber die Ventildimensionen größer gehalten werden, um damit auch die Leistung des Motors zu erhöhen. Speziell für Konkurrenzfahrten, wo der Motor bis zum äußersten ausgenützt werden muß, ist die letzterwähnte Anordnung der Ventile sehr bevorzugt. Was das Verhältnis von Bohrung zu Hub anlangt, so scheint der langhübige Motor die Oberhand gewinnen zu wollen. Die Tourenzahl der meisten Motoren wird bei größter Geschwindigkeit 2000 pro Minute nicht überschreiten. Immerhin gibt es noch Firmen, die damit viel weiter gehen. Der kleine Bugatti Motor, mit einem 5/15 PS Motor ausgerüstet, soll auf die stündliche Geschwindigkeit von 95 Kilometer kommen. Diese Leistung ist ja kaum möglich, wenn nicht der Motor in seiner Umlaufszahl auf das äußerste getrieben wird und man geht kaum fehl, die Tourenzahl dieses Motors mit ca. 3500 pro Minute anzunehmen.

(Fortsetzung folgt.)

die Forderungen der vorwärtsstrebenden Arbeiter, auch wenn sie die minimalsten sind, von den Vertretern dieser Organisationen als unverschämte, anmaßende und rücksichtslose bezeichnet werden, das gehört bei ihnen zum eisernen Bestand, mag die Forderung nach irgend einer Richtung hin gestellt sein. So lange sich der Arbeiter als willenloses Ausbeutungsobjekt behandeln läßt, so lange steht er bei seinem Unternehmer als treuer, braver und fleißiger Arbeiter zu Buch. Das ist eine solche Binsenwahrheit, daß man darüber gar kein Wort weiter zu verlieren braucht. Daß selbst jahrzehntelange Arbeit bei einem Unternehmer den Arbeiter nicht vor dem Hinauswurf schützt, wenn er sich mal erlaubt hat, etwas zu — fordern, das könnte an tausenden von Beispielen bewiesen werden.

In den seltensten Fällen geben nun diese Unternehmer den wahren Grund der Entlassung an, zu feig offen und ehrlich zu bekennen, daß sie den Arbeiter entlassen haben, weil er sich vom — Bittenden zum Fordernden umgewandelt hat, verstecken sie sich hinter alle möglichen Ausreden, wie z. B., der Mann hat sich dies und das Versehen zuschulden kommen lassen, der Mann ist da und da einmal zu spät gekommen oder der Kutscher hat vor der und der Wirtschaft eine halbe Stunde gehalten usw., wie diese Ausflüchte alle heißen.

Die Unternehmer und ihre Organisationsvertreter wissen ganz genau, daß die Vertreter der freien Organisationen niemals einen Arbeiter, der seine Pflichten vernachlässigt, in Schutz nehmen, daher schieben sie derartigen Entlassungen Motive unter, von denen sie sich in den seltensten Fällen haben leiten lassen. Auf der einen Seite der Haß gegen die organisierten Arbeiter und auf der anderen Seite die Furcht vor der Macht der Arbeiterorganisation, das bringt diese maßregelnden Unternehmer in die Zwickmühle, aus der sie sich auf Kosten der Wahrheit zu befreien suchen.

Daß nun die Verbindung solcher Unternehmer zu einer Unternehmerorganisation auch aus dem Grunde geschieht, um mehr Macht zu bekommen, um diesen Haß besser die Zügel schießen lassen zu können, haben wohl die, mit den von diesen Unternehmerorganisationen herausgegebenen schwarzen Listen gemachten Erfahrungen hinreichend bewiesen, abgesehen noch von den Unternehmernachweisen, genannt Maßreglungsbüros.

So stehen die Unternehmer, ob organisiert oder nicht, den Arbeitern gegenüber, die Rechte in Anspruch nehmen und nicht bloß wie das liebe Vieh in den Tag hinein leben wollen.

Auch die Unternehmer der heutigen Zeit stehen noch auf dem Standpunkt, der Arbeiter müsse eine recht lange Arbeitszeit haben, damit er nicht zu viel Zeit zum Nachdenken hat. Denn wehe den Kapitalisten, wenn die bei ihm beschäftigten Arbeiter einmal anfangen, darüber nachzudenken, warum sich ihr Arbeitgeber eine mehrmonatliche Badereise erlauben kann, warum dieser für ein Mittagessen mehr ausgeben kann als ein Arbeiter die ganze Woche verdient, warum der Unternehmer sich die schönsten Kleidungsstücke nach Maß anfertigen lassen kann, während sie, die Arbeiter, es kaum zu einem Konfektionsanzug bringen, ja häufig Sonntags wie Wochentags in einer Kluft herumlaufen müssen. Und das alles trotzdem sie das ganze Jahr schwer arbeiten müssen, während es die Kapitalisten häufig genug kaum zu einer Anstrengung ihrer körperlichen oder geistigen Kräfte kommen zu lassen brauchen.

Gibt es so eine Schicht Arbeiter, die sich den Haß der Unternehmer zugezogen haben, so fehlt es doch auch nicht an solchen Arbeitern, die sich einer großen Sympathie oder Liebe bei den Arbeitgebern erfreuen. Da kommen zunächst alle diejenigen Arbeiter in Frage, die durch Gründung von Betriebs- oder Werkvereinen oder gelben Organisationen eine Zersplitterung der Arbeiterbewegung herbeizuführen versuchen oder solchen Vereinen als Mitglieder angehören.

Vor allen sind es aber die Herren Arbeitswilligen, welche in einer ganz besonderen Gunst der Arbeiterorganisation sich sonnen. Im Kriege wird der Verräter ohne weiteres als ein Schuft betrachtet und — erschossen. Ein Unternehmer, der bei einem Streik nicht bedingungslos die Anordnungen der in Frage kommenden Unternehmerorganisation befolgt, wird von seinen Kollegen geächtet und wirtschaftlich ruiniert. Ein Arbeiter aber, der als Bundesgenosse der Ausbeuter die Interessen seiner Arbeitsbrüder verrät um einiger Silberlinge willen, wird von den Profitmachern geehrt und geachtet, er zählt heute im deutschen Vaterland zu den Rettern von Thron und Altar. Ihm darf sich ein anderer Arbeiter nur in tiefster Demut nahen. Wehe dem Arbeiter, der einen solchen Verräter bei seiner Tätigkeit stört, ja ihn nur scheel ansieht, er muß eine solche „Freveltat" unbedingt mit Gefängnis büßen, denn solche Leute müssen ganz besonders geschützt werden, wie sich die Herren Staatsanwälte und Richter so schön auszudrücken pflegen. Obwohl man heute schon zugunsten dieser Arbeiterverräter, durch Verfügung seitens der Herren Polizeipräsidenten, wie das vor kurzem wieder in Kiel geschehen ist, das Streikpostenstehen illusorisch macht, obwohl man heute schon die sogenannten Streikfünder mit hohen Strafen belegt für die geringfügigsten Vergehen, obwohl man heute schon recht schnell zur Aburteilung dieser Uebeltäter kommt, weil man glaubt, daß sonst die Herren Arbeitswilligen das Interesse an der Verurteilung des „roten Streikers" verlieren.

So erschallt, trotzdem schon heute selbst nach dem Geständnis der deutschen „Arbeitgeber-Zeitung", im § 153 der Gewerbe-Ordnung ein Ausnahmegesetz gegen Arbeiter vorhanden ist, lauter denn je das Geschrei nach neuen Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiter seitens der organisierten Unternehmer.

Der Vater Staat soll ihnen zu Hilfe eilen, damit es ihnen gelingt, die vorwärtsstrebenden Arbeiter am Boden festzuhalten.

So kann man es tagtäglich in den Zeitungen und Berichten dieser Unternehmerorganisationen lesen.

Selbstverständlich gehört auch der Arbeitgeberverband in Kiel mit zu den lautesten Rufern nach Ausnahmegesetzen.

Vor kurzem erschien der Jahresbericht 1910 dieses Verbandes, dessen Inhalt die oben gemachten Ausführungen bestätigt, da dieser auch für die übrige organisierte Arbeiterschaft von größtem Interesse ist, sei hier einiges bekannt gegeben. Zunächst weißt der Bericht darauf hin, daß die Unternehmer durch die vorgenommene Aussperrung der Bauhandwerker durch eigene Schuld schwere Zeiten durchzumachen hatten, um den Kamm des Gegners nicht noch weiter anschwellen zu lassen.

Damit gibt dieser Verband zu, daß es ihm lediglich darum zu tun war, die Arbeiterorganisationen zu zertrümmern, was ihm aber prächtig vorbeigelungen ist.

Ferner konstatiert der Bericht, daß im Gegensatz zu früheren Jahren auch die Arbeiter des Handels- und Verkehrsgewerbes mit Forderungen an ihre Unternehmer herangetreten sind.

Nun kommt aber vier Seiten lang das Kapitel: „Mehr Schutz den treuen braven Arbeitswilligen". Am Schlusse dieses Kapitels fordert der Verband:

„Das Streikpostenstehen wird allgemein untersagt, den Arbeitswilligen ist ausreichender Schutz durch Androhung von hohen Strafen zu gewährleisten. Die Aburteilung der Streikfünder ist sofort herbeizuführen." Sind standrechtlich zu erschießen! Weiter wird dann im Bericht gesagt, daß eine Eingabe in diesem Sinne von dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände an den Herrn Staatssekretär gemacht worden wäre.

Den plan- und programmäßigen steten Beunruhigungen seitens der Arbeitnehmerorganisationen, den unverschämten, anmaßenden, rücksichtslosen Forderungen der Arbeiter muß Einhalt geboten werden. Daß den Scharfmachern der Zusammenschluß der kleinen Verbände zu einer großen ist, geht aus dem Bericht mit aller Deutlichkeit hervor, denn es heißt da auf Seite 6 „daß die innerhalb der einzelnen Arbeitnehmerorganisationen in Angriff genommenen Verschmelzungen kleinerer und größerer Arbeitnehmerorganisationen zu großen Verbänden eine Gefahr für das gesamte Unternehmertum in sich bergen, mit welchen insbesondere die Arbeitgeberverbände künftig zu rechnen haben.

Namentlich der Transportarbeiterverband bezw. der Leiter der Kieler Verwaltungsstelle hat es den Kieler Arbeitgeberverband ganz und gar nicht recht gemacht, es heißt da im Bericht:

„Unter den Arbeitnehmerorganisationen zeichnet sich der Transportarbeiterverband nicht nur durch die ihm gelungene Zentralisation dreier bedeutender Verbände aus, sondern auch durch ein geradezu rücksichtsloses Vorgehen gegen diejenigen Gewerbe, in welchen Angehörige seiner Organisation beschäftigt werden. Bis zum vorigen Jahre waren wir nur in einigen Betrieben mit der hiesigen Leitung des Transportarbeiterverbandes in Berührung gekommen, die oft genug infolge der ganz unverschämten Forderungen zu recht unliebsamen Auseinandersetzungen führten."

Weiter heißt es auf derselben Seite in bezug auf die Lohnbewegung der Kutscher und Platzarbeiter in den Baumaterialienhandlungen.

„Da diesem Leiter die Erledigung der gemeinschaftlich vorgenommenen Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse nicht schnell genug vonstatten ging, wurden einfach Kutscher und Arbeiter einzelner Betriebe veranlaßt bezw. gezwungen, die Arbeit erstmals niederzulegen. Unter diesen Leuten befanden sich auch unbegreiflicherweise ruhige und besonnene Leute, die bereits mehrere Jahrzehnte bei der betreffenden Firma beschäftigt waren."

Aehnliche Fälle ereigneten sich dann auch bei den gleichen Lohnbewegungen in der Fensterreinigungsbranche, im Kohlengewerbe, bei den Fuhrunternehmern und kleineren Kohlenhändlern im weiteren Verlauf des verflossenen Jahres."

Soviel Worte, soviel Schwindel.

Um die — unverschämten Forderungen der Arbeiter zu kennzeichnen sei bemerkt, daß die Kutscher und Lagerarbeiter der Baumaterialienhandlungen in Kiel die jahrzehntelang nicht die geringste Zulage gefordert hatten, ihren Lohn von 24 resp. 24,50 auf 27 Mk. erhöht wissen wollten, während der Vertreter des Arbeitgeberverbandes absolut einen Tarifvertrag abschließen wollte, in dem die Löhne noch niedriger waren als die Kollegen damals schon bekamen. Auch die Forderung der Arbeiter auf eine Begrenzung der Arbeitszeit auf 12 Stunden kann doch wohl nicht als unverschämt bezeichnet werden.

Wenn der Bericht von unliebsamen Auseinandersetzungen spricht, so wollen wir nur auf den Ausspruch eines Arbeitgeberkommissionsmitgliedes, der erklärte, „ich habe die Komödie, die der Arbeitgeberverband treibt satt bis an den Hals."

Drei Wochen lang hat der Arbeitgeberverband die Forderungen in Händen, trotzdem war nichts geschehen, glaubt der Berichterstatter wirklich daran, daß dann die fordernden Arbeiter noch veranlaßt bezw. gezwungen werden müssen, die Arbeit niederzulegen?

Wir verstehen aber den Aerger des Arbeitgeberverbandes. Es heißt weiter in dem Bericht:

„Immerhin ist es ja möglich, daß durch diese Zwischenfälle nicht ganz die günstigen Positionen bei den Tarifverträgen für die Arbeitgeber herausgeholt wurden."

Nun behauptet der Bericht weiter, die prinzipiellen Grundsätze des Arbeitgeberverbandes sind nicht ins Wanken geraten. Ei, Ei, sollte vielleicht aus diesem Grunde die Berichterstattung über die Lohnbewegung der Kohlenarbeiter bei der Firma Ihms u. Graf aus dem Bericht herausgelassen worden sein, damit das Bild nicht verschandelt wurde.

Es war unseres Wissens das erste mal, wo die pp. Grundsätze des Arbeitgeberverbandes im Feuer standen.

Gehört die Anerkennung der Maifeier im Glasreinigungsfach auch zu den prinzipiellen Grundsätzen des Arbeitgeberverbandes Kiel? Der Transportarbeiterverband wollte Einzelverträge, wir haben aber Branchentarife durchgedrückt", so verkündet der Arbeitgeberverband. Wir wollten mehr Lohn und ein geregeltes Arbeitsverhältnis, wie es unsere Mitglieder wünschten, ob durch Einzel- oder Branchentarif, das war unseren Mitgliedern vollständig egal.

Weiter berichtet der Arbeitgeberverband von einem eintägigen Streik bei der Firma Bleßmann, in Wirklichkeit dauerte der Streik 4 Tage.

Aus dem Bericht geht ferner hervor, daß der Arbeitgeberverband Kiel am Schlusse des Jahres 1910 926 Mitglieder hatte. Das Büropersonal besteht aus 10 Personen.

Der Bericht über den Arbeitsnachweis ergibt 21 855 Arbeitsuchende, 6223 offene Stellen, 5122 Eingestellte, demnach sind die offenen Stellen um 2169 zurückgegangen, auch die Zahl der besetzten Stellen ist um 330 zurückgegangen. Für das Transport- und Verkehrsgewerbe ist dieser Arbeitsnachweis ohne jede Bedeutung.

Von der Gesellschaft des Arbeitgeberverbandes Unterelbe zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen, Lokalverwaltung Kiel wird berichtet, daß diese in Kiel 323 Mitglieder hat.

Die gezahlte Entschädigung 1910 beträgt für 99 Mitglieder 20 679,88 Mk. Das ist bitter wenig und dürfte den Scharfmachern noch manche Kopfschmerzen bereiten.

Am Schlusse des Berichtes wird dann noch zu rastloser unermüdlicher Arbeit für die Organisation aufgefordert.

Unsere Kollegen sehen wieder einmal, woran sie sind, wohin der Weg geht. Sie haben auch alle eine gute treffende Antwort. Diese lautet: „Vorwärts, trotz alledem und alledem".

Zur Lohnbewegung der Fuhrleute und Möbeltransportarbeiter in Darmstadt.

Zur selben Zeit, als in unserer sonst so ruhigen Residenzstadt die Kohlenarbeiter im Streik standen und um ein Stück Brot kämpften, beschäftigten sich zwei gut besuchte Transportarbeiterversammlungen mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Möbeltransportarbeiter und Fuhrleute. Der Referent wies nach, unter welchen erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen unsere Kollegen noch zu schaffen gezwungen sind. In der Diskussion kam man zu dem Beschluß, eine vernünftige Regelung der Dinge auf tariflicher Basis zu fordern. Das ist durch die Beauftragten geschehen. Der Tarif wurde ausgearbeitet und in zwei getrennten Versammlungen wurde beschlossen, bis zum 12. September Antwort zu erbitten. Wer geglaubt hat, daß das Unternehmertum einsehen werde, daß die Löhne in einer Haupt- und Residenzstadt, die in Lebensmittelpreisen mit zu den teuersten gehört, unbedingt verbessert werden müßten, der irrt ganz gewaltig. — Gewappnet mit der nötigen Portion Kurzsichtigkeit in volkswirtschaftlichen Fragen, teilweise beeinflußt durch eine Unternehmerorganisation, die nach dem Zeugnis der eigenen Bundesgenossen bis jetzt nur Unheil und Schaden für das Transportgewerbe gestiftet hat, sind die Herren für vernünftige Dinge, noch zumal in der Arbeiterfrage, unzugänglich. Man lese nachstehendes Schreiben. Jeder rechtlich denkende Mensch wird erkennen, daß wir nicht übertreiben.

„Bensheim, den 11. September 1911.

An den Deutschen Transportarbeiterverband, Ortsverwaltung Darmstadt.

In höflicher Beantwortung Ihrer an unsere Mitglieder im Fuhrgewerbe und in der Möbelspedition gerichteten Schreiben vom 6. bezw. 5. d. M. und in deren Auftrag beehren wir uns, Ihnen mitzuteilen, daß unsere Mitglieder in einer Versammlung einstimmig beschlossen haben, auf Verhandlungen zum Zwecke des Abschlusses eines Tarifvertrages nicht einzugehen. Vielmehr soll es den einzelnen Betrieben nach wie vor überlassen bleiben, sich mit ihren Arbeitern direkt ins Einvernehmen zu setzen und die Arbeiter nicht nach einem vorgeschriebenen Schema, sondern nach ihren Leistungen zu entlohnen.

Im übrigen wurde der den einzelnen Firmen vorgelegte Tarifvertrags-Entwurf einer Durchsicht unterzogen und festgestellt, daß mit wenigen Ausnahmen die darin verlangten Löhne bereits gezahlt und die Arbeitsbedingungen von unseren Mitgliedern bereits geleistet werden. Eine Lohnerhöhung kann zur Zeit nicht bewilligt werden, denn alle Verträge sind bis Frühjahr abgeschlossen und ist daher die Abwälzung einer etwaigen Lohnerhöhung auf die Kundschaft undurchführbar. Daß aber diese Erhöhung von den Arbeitgebern getragen werden könnte, ist bei dem geringen Gewinn, den die Unternehmer der betreffenden Gewerbe in Darmstadt erzielen, nicht möglich.

Hochachtungsvoll

Südwestdeutscher Arbeitgeberverband der Transport-, Handels- und Verkehrs-Gewerbe (E. V.).
J. A.: A. Wolff, Generalsekretär."

Also die Herren wollten keine Verhandlung, nicht einmal eine Verständigung in der Lohnfrage halten sie für nötig. Mit ihren durch die Not der Zeit eingeschüchterten Lohnsklaven wollten sie wie bisher weiter umspringen, um eventuell, wie es am Platze durch einen Raufbold geschehen ist, den Arbeitern Prügel statt Lohn anzubieten. Nach Leistungen wollten sie bezahlen. Welche Ironie in diesen Worten liegt, begreift nur der, welcher weiß, daß man im Jahre 1911 in der Haupt- und Residenzstadt Darmstadt noch — Familienväter unter Kost- und Logiszwang beschäftigt und der Lohn eher einem Trinkgeld gleicht, 7, 8, 9, 10, 12, höchstens aber 13 Mk. pro Woche beträgt. Dabei ist die Behandlung der Kollegen seitens verschiedener Unternehmer gleich dem des Viehes. Die Wochenlöhne der Fuhrleute bewegen sich zwischen 19 und 24 Mk.. Ein einziger Fuhrmann war so glücklich, 28 Mk. zu erhalten. Dabei darf nicht vergessen werden, daß der Sonntag mit zur Arbeitswoche gerechnet wird. Die Arbeitszeiten sind durchwegs 78 bis 99 Stunden pro Woche, mitunter Tag und Nacht hindurch. Die Forderungen der Kollegen waren so minimal, daß auch der kleinste Krauter darauf eingehen konnte.

Daß unsere Kollegen das Antwortschreiben des Unternehmerverbandes als eine direkte Kriegserklärung betrachteten, ist selbstverständlich. Es wurde dann eine weitere Versammlung abgehalten, in der folgende Resolution einstimmig beschlossen wurde:

„Die am 13. September im Gewerkschaftshaus tagende Transportarbeiterversammlung nimmt Kenntnis von der Haltung der Unternehmer in der Tariffrage. Da die Herren Unternehmer es für nötig halten, jede Verständigung in dieser Angelegenheit zurückzuweisen, beauftragen die Versammelten ihre Verbandsleitung, die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen, um einer tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen näher zu kommen."

Des weiteren wurde beschlossen, am Sonntag eine weitere Versammlung abzuhalten, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen soll, um weiter Stellung zu nehmen.

In zwei getrennten Versammlungen, welche am Sonntag, den 17. September stattfanden, wurde beschlossen, am anderen Tage einmütig die Arbeit niederzulegen, da die Unternehmer den Arbeitern den Fehdehandschuh hingeworfen, ging es nicht anders. Am 20. September, zur selben Zeit, als die Leibgarde in ihre Garnison einrückte, eskortierten die Darmstädter Fuhr- und Möbeltransportunternehmer eine andere Sorte Leibgardisten, die sogenannten Arbeitswilligen. Es war den Herren gelungen, durch irgend welchen Seelenverkäufer 10 bis 12 arme Teufel aufzutreiben, die ihren Arbeitskollegen bei Verbesserung ihrer Lage hinderlich sein sollten. Am 21., morgens früh kam noch ein Transport von 10 bis 15 Mann. Beide Transporte wurden unter starkem Schutzmannsaufgebot und unter Assistenz der Unternehmer Wolf, Mitteldorf, Kaus 2c. in Gewahrsam gebracht. Konnte der Transport am Abend des 21. unter weniger starkem Auflauf stattfinden, so machte der am 22. vormittags um so mehr Aufsehen, da es sich wie ein Lauffeuer in der Stadt verbreitet hatte, daß Hamburger Hintzebrüder angekommen seien. Mittlerweile stieg auch die Erbitterung unter der Bevölkerung und den Streikenden immer mehr, zumal sich herausstellte, daß Herr Wolf in Worms für dieselbe Arbeit 6 Mk. Tagelohn und 65 Pf. für Ueberstunden in einem Tarifentwurf angeboten hatte. Ein Trupp der Arbeitswilligen mit einem Agenten wurden bei Herrn Wolf einquartiert, die andern bei Alter. Da Herr Wolf die treibende Kraft gewesen, war es leicht erklärlich, daß sich ein Teil des Publikums vor den Toren dieses Betriebes postierte, und so kam es, daß die Firmen Wolf und Alter zwei Tage lang von einer großen schaulustigen Menge beobachtet wurden. Die Polizei ergriff mit Unterstützung des Spießbürgertums schärfere Maßnahmen und kam es am 22. zum Zusammenstoß, der glücklicherweise unblutig verlief. An demselben Tage wurden gegen Abend drei Möbelwagen umgeworfen. Jetzt trat die bürgerliche Presse, die bisher kein Wort über die Bewegung zu schreiben für nötig hielt, auf den Plan. „Revolution in Darmstadt", „schwere Ausschreitungen der streikenden Transportarbeiter" usw. lauteten die Ueberschriften der spaltenlangen Artikel. Die Arbeitgeber oder vielmehr Herr Sekretär Wolf veranlaßten einen Artikel, in dem das Unglaublichste dem Bürgertum aufgetischt wurde.

Hatten die Arbeitgeber in einer vorher stattgefundenen Verhandlung jedes Entgegenkommen im Sinne des Schreibens vom 11. September abgelehnt, so versuchten sie jetzt, das Umwerfen der Möbelwagen auf das Konto der Streikenden zu schieben. Die Hintzegardisten wurden als bessere Arbeiter bezeichnet, die keine Berufsstreikbrecher seien und nach Beendigung des Streiks auch dableiben würden. Ruhige brave Leute hieß es in dem Artikel der Herren Arbeitgeber. Dabei hatten sich diese ruhigen braven Leute schon in den ersten Tagen ihres Hierseins die Köpfe gegenseitig verbläut. Am 23. September kam es dann unter den ruhigen braven Leuten beim Frühstück zu einer regelrechten Keilerei, in deren Verlauf 4 Schutzleute herbeigerufen werden mußten, denen es dann erst mit vieler Mühe gelang, die Streikbrecher zu bändigen. Daß das Messer der braven Leute dabei seine Rolle gespielt hat, sei nur noch nebenbei bemerkt. Mittlerweile hatten sich von den Hintzegardisten sechs Mann abgesondert, die uns erklärten, mit solchen Leuten nicht arbeiten zu wollen. Sie seien in Hamburg von einem Agenten namens Ludwig Knoth, Koppel 188, gedungen worden; dauernde Beschäftigung sei ihnen versprochen. Man muß Gelegenheit gehabt haben, mit solchen Leuten zu verkehren, um diese Sorte Menschen, die den weitgehendsten Schutz der Gesetze genießen, näher kennen zu lernen. Wo es hingeht, behaupten diese Leute, hat man ihnen nicht gesagt. Daß sie aber auch jeden, der sie anhält, schießen oder draufhauen dürften, das behaupten sie, sei ihnen im Zug, wo sie beisammen bleiben mußten, gesagt worden. Die Fahrt von Hamburg schilderten sie so, als wenn eine Herde Vieh transportiert wird; keiner der Leute durfte ohne Erlaubnis das Abteil verlassen. Und mit solchen Leuten glauben Herr Wolf und Konsorten Staat machen zu können. Hat doch Frau Alter am dritten Tage schon unter Tränen erklärt, nie und nimmer kämen ihr solche Leute ins Haus. Als dann die Kellerei kam und am Montag darauf die braven Leute nahezu 100 Flaschen Bier getrunken hatten, da meinte Frau Alter, es ist besser, daß wir unseren alten Leuten ein paar Pfennige mehr Lohn geben. Wir gratulieren Herrn Wolf zu einem solchen Menschenmaterial. Schließlich hatte sich die Behörde veranlaßt gefühlt, bei uns anzufragen, ob wir zu Verhandlungen vor dem Einigungsamt bereit seien, was unsererseits unter der Bedingung bejaht wurde, wenn die Unternehmer auf der Basis wie bei den Kohlenarbeitern verhandeln wollen. Daß es dem Unternehmertum um den Frieden nicht zu tun war, konnte man gleich bei Beginn der Verhandlungen ersehen, indem Herr Wolf kurz erklärte, keine Zugeständnisse machen zu wollen, da die Leute die Arbeit nicht so leisten können, wie die Leute in Worms. Er meinte, daß in Darmstadt Leute darunter sind, die für 1 Mk. noch zu teuer seien. So verlief auch diese Verhandlung resultatlos. Zwei hierauf stattgefundene Versammlungen erklärten sich einstimmig für Fortsetzung des Streiks.

Die Polizei nahm dann am 30. September mehrere Verhaftungen vor. Aber nicht genug damit, in der Stadtverordnetensitzung am 28. September glaubte der nationalliberale Reichs- und Landtagsabgeordnete Dr. Osann die Bürgermeisterei über die Unruhen interpellieren zu müssen. Ohne sich eingehender informiert zu haben, erklärte Herr Osann eingangs seiner Rede, daß er auf Zeitungsartikel angewiesen sei und auf dieser Klatscherei baute der ernste Mann dann seine ganze Anklage auf. Interessant waren hierbei die Ausführungen des Darmstädter Polizeipräsidenten Herrn Regierungsrat Kranzbühler:

„Ich erachte es an der Zeit," sagte er, „daß eine ruhigere Denkungsart Platz greift. Ich ergreife gern die Gelegenheit, hier zu erscheinen. Sie wissen ja ganz genau, daß nicht hier, sondern der Landtag letzten Endes das Forum ist, wo die Polizeiverwaltung Rechenschaft abzulegen hat. Wenn ich hier erschienen bin, so aus dem Grunde, weil ich sehe, daß die Zeitungsartikel heftige, völlig unberechtigte, haltlose Angriffe auf die Polizeibeamten gerichtet haben. Ich benutze gern die Gelegenheit, hier Aufschluß zu geben, um vor der breiten Oeffentlichkeit authentisches Material zu geben, was denn nun wirklich passierte. Herr Osann hat das Gerücht, daß seitens der Polizei nicht genügend vorgegangen worden sei, durch die Zeitungen erfahren. Der Artikel waren so viele und der Irrtümer waren ebenso viele. Es ist gesagt worden, das Ansehen der Stadt leide. Ich bedaure selbst die Unruhen und habe getan, was möglich war. Mitschuld hat aber die Presse an den Unruhen, und da kann ich nur recht geben, daß dadurch der Eindruck nach außen erweckt wird, als sei in Darmstadt die Revolution ausgebrochen. Von Berlin ist bei mir beispielsweise angefragt worden, ob ich Garantie geben könnte, daß Möbel hier ausgeladen werden könnten, und ich habe mit Lachen am Telephon die volle Garantie gegeben, daß hier Möbel geräumt werden können, ohne daß auch nur das Geringste vorkommt. Es ist sehr richtig hervorgehoben worden, daß man den Streikenden nicht die Schuld geben kann. 75 pCt. der „Tumultuanten" waren ruhige, angesehene Bürger dieser Stadt, Gymnasiasten und Schüler. Die wenigsten sind Streikende. Die Bürger sollten nicht mitlaufen bei solchen Dingen, schon aus dem Grunde, um der Polizei die Möglichkeit zu geben, jemand ermitteln zu können. Die Kerle, die bei allem dabei sind, um etwas herauszuschlagen, stehen nicht vorn, sondern ganz hinten an den Wänden. Aus verschiedenen Umständen haben wir vermieden, wegen kleinlicher Dinge Verhaftungen vorzunehmen, wir haben uns auf die notwendig erscheinenden Verhaftungen beschränkt. Auf Grund von sieben Sistierungen haben wir nachher im ganzen 21 Verhaftungen vorgenommen, und zwar von Leuten, die nachher auf Grund richterlicher Erkenntnis wegen Landfriedensbruchs in Haft gewommen wurden. Es ist dies doch ein ganz anderes Bild, als wenn man 200 verhaftet, von denen man 199 wieder freilassen muß. Es sind die richtigen Leute herausgegriffen worden und von dem Moment an war Ruhe. Es ist weiter von Herrn Osann gerügt worden, man hätte frühzeitiger und energischer eingreifen müssen. Diesen Vorwurf muß ich zurückweisen. Bitte sagen Sie mir: Wann, wo, aus welchen Gründen und mit welchen Mitteln? Es ist gerügt worden, daß man keinen akademischen Beamten sah und die Leitung dem Kommissar Kowalke überließ. Das ist nur möglich, wenn ich weiß, daß in einem bestimmten Stadtteil und zu einer bestimmten Stunde etwas passiert. Herr Friedrich hat die Sache mit dem Straßenbahnwagen gerügt. Das war nötig, und ich habe ihn selbst reklamiert, nicht, um Partei gegen die Arbeiter zu ergreifen, sondern um die Arbeitswilligen gegen die Drohungen und Verhetzungen zu schützen. Drei Passagiere mußten aus dem Wagen aussteigen und zwar vorsichtshalber, um gegen etwaige Steinwürfe nach dem Wagen und den Arbeitswilligen geschützt zu sein. Die ersten Bedenken kamen letzten Donnerstag, und da hat sich die Polizei darauf beschränkt, die Möbelwagen zu schützen. Daß durch einen Streik das Bild der Straße in einer solch ruhigen Stadt wie Darmstadt verändert wird, ist selbstverständlich. Wo wollen wir denn hinkommen, wenn man daraus gleich eine Verkehrsstörung machen will? Der Streik ist nun mal anerkanntermaßen kein friedliches Mittel, er ist ein Kampfesmittel, und wir müssen es dulden, soweit dies Mittel nicht gegen die Gesetze verstößt. Wer vermeiden will, daß bei Streiks mit Leuten gesprochen wird, der muß zu einem Streikverbot überhaupt kommen. Der Schutzmannschaft muß es als ganz besonderes Verdienst angerechnet werden, daß sie sich nicht zu unsinnigen Handlungen hinreißen ließ. Am Freitag war in der Martinstraße das erste kleine Renkontre. Hier waren nur drei Schutzleute da, die zum Schutze der Arbeitswilligen nicht ausreichten und deshalb blank zogen. Ich habe den Möbeltransporteuren Mitteilung zugehen lassen, daß wir keine Möbelwagen mehr schützen, die leichtsinnig, unnötig und unbewacht auf der Straße stehen. Ob die Anordnung von dem Vorsitzenden der Spediteure nicht weitergegeben wurde, weiß ich nicht. Es war genügend Zeit, die Möbelwagen abends nach Hause zu schaffen, man hat es nicht getan. Nun stelle ich fest, daß keine fünf Möbelwagen umgeworfen wurden, wie es in den Zeitungsberichten hieß, sondern nur drei. Und was ist da nun passiert? Ein paar Möbelwagen sind umgeworfen worden, weiter nichts. In dem ersten Fall handelte es sich um zwei Möbelwagen, die in der Martinstraße entladen wurden. Seitens der Polizei wurde angeordnet, daß die Wagen gleichzeitig fortgefahren würden, doch schickte der Unternehmer nur ein Gespann, so daß der andere Wagen stehen bleiben mußte. Die Arbeitswilligen wurden in den ersten Wagen gepackt und unter polizeilicher Bedeckung ging es fort. Der Vorarbeiter, der auf den stehengebliebenen Möbelwagen aufmerksam gemacht wurde, hielt eine Bewachung nicht für nötig und kurz darauf war er umgeworfen. Im zweiten Fall handelt es sich um einen Wagen, der zwei Tage in der Anlage am Hotel Merz stand, den man sicher hätte wegschaffen können, wenn man gewollt hätte. Auch der Vorfall am Louvre ging unter ganz anderen Verhältnissen vor sich, wie es hier geschildert wurde. Die Firma Alter hatte in der Friedrichstraße zwei Wagen geladen und nach dem Louvre geschafft. Infolge der ungeschulten Kräfte verzögerte sich die Entladung und der zweite Wagen wurde entgegen der polizeilichen Anordnung einfach stehen gelassen. Der Prokurist der Firma, dem auch die Möbel gehörten, sah dem Ausspannen der Pferde seitens der Arbeitswilligen ruhig zu, obwohl er es hätte verhindern können. Uebrigens ist der anverichtete Schaden bei weitem nicht so hoch, wie verbreitet wurde, er beträgt insgesamt 302,50 Mk., 8—10 Mk. Schaden an den Möbelwagen und eine, höchstens zwei zerbrochene Fensterscheiben.

Ich stelle fest: es ist keine Körperverletzung vorgekommen, kein Arbeitswilliger, kein Bürger kam zu Schaden; es ist mit keinem Stein, mit keiner Flasche geworfen worden; es sind keine Schüsse gefallen und keine Pferde ausgespannt worden.

Bei den Aufläufen vor den Geschäften von Alter und Wolf hat es sich um keine ausgesprochen verbrecherische Absicht gehandelt. Als vor dem Alterschen Betrieb die dort logierenden Arbeitswilligen ankamen, hat man aus Unklugheit das Tor verrammelt, und es dauerte lange, bis man die Arbeitswilligen unterbrachte. Da kam es dann zu einer kleinen Ansammlung müßiger Zuschauer. Ein Herr hat sich bemüßigt gefühlt, von einem Schaden von 50 000 Mk. zu reden. Es ist mir empfohlen worden, eine Notverordnung zu erlassen, um das Zusammensteben zu vermeiden; man hat mich gebeten, Gendarmen kommen zu lassen, ja man sprach sogar von Hilfe durch Militär. Ich bin aber doch der Meinung: Man schießt doch nicht mit Kanonen nach Spatzen, solange man sie noch mit dem Flobert holen kann. Die Leute wurden gereizt durch die Ankunft der Streikbrecher. Die 200 Versammelten waren nicht lauter Streikende, es waren viel Neugierige dabei. Bei 100—150 Mann kann man von einem großen Streik überhaupt nicht reden. Seit Samstag mittag ist nichts mehr vorgekommen. Allerdings stand in einer Zeitung, daß es in der Grafenstraße wieder zur Verhaftung gekommen sei. Ich war selbst an Ort und Stelle und ist festgestellt, daß zwei Sistierungen vorgenommen wurden, weil die Betreffenden der Aufforderung, weiter zu gehen, nicht sofort Folge leisteten. In anderen Städten hört man noch von ganz anderen Dingen: da werden Kanaldeckel gestohlen, Bäcker- und Metzgerläden gestürmt, Straßenbahnwagen ausgehoben usw. Die Gabe besitze ich nicht, ahnen zu können, wo irgend etwas passiert. Man hätte es hier ja ebenso wie wo anders machen und besser zugreifen können, aber es lag gar keine Veranlassung dazu vor. Unser Handeln war richtig und zweckmäßig, und dann steht doch den Leuten das Recht zu, zusammenzustehen und miteinander zu sprechen. Sehen Sie sich den geringen Schaden an und sagen Sie selbst, ob es vielleicht besser gewesen wäre, wenn wir anders gehandelt hätten."

So der Herr Polizeipräsident. Daß Herr Osann auf diese Ausführungen einlenkte und mißverstanden worden sein will, kann man sich leicht denken. So nahm das ganze Geschrei der bürgerlichen Presse und des Herrn Osann nach dem Staatsanwalt durch die gründliche Abfuhr des Herrn Polizeipräsidenten ein klägliches Ende. Am 30. September wurde seitens der Polizei der Befehl erteilt, die Möbelwagen sollten 200 Meter Abstand halten. Wir müssen feststellen, daß die Verhaftungen, welche an jenem Vormittag vorgenommen wurden, unserer Ueberzeugung nach zu Unrecht erfolgt sind, soweit es sich um Leute handelt, welche die 200 Meter nicht eingehalten hätten. Denn was der Polizeikommissar Kowalke an der Bahn bekannt gemacht hat, konnte man in den anderen Stadtteilen nicht wissen. Durch diese verschärften Polizeimaßregeln und Verhaftungen mag sich ein Teil der Streikenden haben einschüchtern lassen, so daß die Verbandsleitung, nachdem alle Vorschläge zum Frieden seitens der Unternehmer brüsk abgelehnt waren, sich

veranlaßt sah, in einer auf den 2. Oktober einberufenen Versammlung den Vorschlag zu machen, den Streik abzubrechen. In dieser Versammlung, in der es bisweilen zu sehr erregten Debatten kam, wurde mit einer kleinen Majorität beschlossen, den Streik abzubrechen und am 3. Oktober die Arbeit wieder aufzunehmen. So hat denn die Transportarbeiterbewegung in Darmstadt ihr Ende erreicht.

Der Abbruch des Kampfes war ein Akt der Solidarität denjenigen Kollegen und Familienvätern gegenüber, welche im Laufe der Bewegung ohne ersichtliche Gründe inhaftiert wurden, da, wie man den Frauen mitgeteilt hatte, die Freilassung erst nach Aufhebung der Lohnbewegung erfolgen sollte, was auch zum größten Teil geschehen ist. Die Unternehmer können sich ihres Sieges jedenfalls nicht sehr freuen, denn er ist erfochten durch schamlose Angeberei und Verfolgung der um ein Stück Brot ringenden Arbeiter. Es muß anerkannt werden, daß sich die Transportarbeiter in diesem ersten nennenswerten Kampf tapfer gehalten haben. Die Zukunft wird andere Resultate bringen. Die Bewegung ist nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Der Vormarsch der Transportarbeiter kann auch in Darmstadt nur augenblickliche Hindernisse finden. Mag man den Sklavenhandel in seiner erbärmlichsten Form betreiben, mag man verelendete Arbeiter als Arbeitswillige aus allen Kloaken und Ablageplätzen herbeischleppen, mag man durch Demoralisierung der eigenen Leute unter sich auch den Augenblick retten, um so schneller naht das selbstgewollte Verhängnis. Die in Darmstadt noch vorhandene wirtschaftliche Macht muß der Solidarität der Arbeiter schließlich weichen.

Dieser Kampf mag ein Menetekel sein für diejenigen, welche heute noch unter polizeilichem Schutz glauben, aus Arbeiterelend Gold pressen zu können; auch für jene Arbeiter, die sich ohne Grund aus purem Unverstand zum Verrat der Sache ihrer Kollegen und damit zum Verrat ihrer eigenen Sache kaufen lassen. Wir sind wirklich weit gekommen im Rechtsstaat unter einer gottgewollten Weltordnung. Dafür hat uns die Lohnbewegung der Darmstädter Transportarbeiter gute Beispiele gebracht. Den Transportarbeitern aber rufen wir zu: Lernt aus solchen Dingen. Seid Ihr auch arm, moralisch steht Ihr hoch über Euren Feinden. Nachstehend noch die Namen derjenigen Kollegen, welche durch Streikbruch die Sache der Arbeiterschaft geschädigt haben und hoffentlich recht bald einsehen werden, welchen schweren Fehler sie damit begangen haben. Es sind dies: Jakob Boos, Arno Musterer, Ernst Sonnewald, Ferdinand Haun, Johann Thielmann, Heinrich Kriechbaum, Bernhard Landzettel, Karl Göttmann, Johann Wolter, Karl Engler, Wilhelm Hirz, Ludwig Heß, Bernhard Kleinschmidt, Peter Weber, Philipp Hill, August Zipf, Karl Sturm, Karl Häberle, Georg Meister. Möge ihnen nicht das Los Judas Ischariots beschieden sein.

Aus unserem Beruf.

Automobilführer.

Berlin. Am 24. Oktober fanden zwei Branchenversammlungen der Kraftdroschkenführer statt. Für die Nachtfahrer früh 6 Uhr und für die am Tage fahrenden Kollegen abends 8 Uhr. Beide Versammlungen waren sehr gut besucht. Unter Geschäftsbericht ist zu bemerken, daß im verflossenen Quartal 6 Eingaben an Behörden abgesandt wurden; außerdem eine solche an den Kongreß des Verbandes der internationalen Hotelbesitzer wegen des Schmiergeldersystems. Weiter erforderten die Eingaben bezüglich Zurückzahlung der 3 Mk. Stempel, für das ärztliche Attest viel Zeit und Arbeit. Der Erfolg ist jedoch nicht ausgeblieben, da ein großer Teil die 3 Mk. bereits zurückgezahlt bekommen hat. Hierbei ist zu erwähnen, daß man denjenigen Führern, welche den alten grünen Schein noch nicht gehabt, die Zurückzahlung verweigert. Ein rechtlicher Grund liegt hier nicht vor und ist es zu empfehlen, dessen ungeachtet den Antrag auf Zurückzahlung zu stellen, da der ablehnende Bescheid ebenfalls mit der Beschwerde angefochten wird. Die Branche hielt 16 Versammlungen, 13 Betriebs-, 7 Vertrauensmännersitzungen ab; außerdem waren 17 Verhandlungen wegen Differenzen notwendig. Weiter waren noch 35 Zusammenkünfte zu verzeichnen, welche die Allgemeinheit betrafen. Neuaufnahmen waren in der Sektion 250 zu verzeichnen, davon 162 für die Branche der Kraftdroschkenführer. Bei dem Bericht über die stattgefundene Generalversammlung wurde bemängelt, daß die neu aufgenommenen Mitglieder erst nach 6 Wochen den Arbeitsnachweis benutzen dürfen. Es wurde betont, daß man dadurch Mitglieder zweiter Klasse erzeugt und die Agitation erschwert. Nach längerer Diskussion, in welcher die Notwendigkeit dieses Beschlusses klar gelegt wurde, gab die Versammlung ihr Einverständnis zu diesem Beschluß. Das unlautere Treiben einzelner Kollegen durch das sogenannte Greifenfahren (Fahrgäste anwerben) ergab eine ausgedehnte Debatte. Es wurden die krassesten Uebergriffe einzelner Kollegen geschildert. So wurde festgestellt, daß in ¼ Stunde 180 Kollegen den Versuch machten, in der Jägerstraße eine Fuhre zu ergattern. Jede Nacht wird an diesem Punkt von über 600 Mann das Treiben geführt während die in der Nähe, am Halteplatz, stehenden Kollegen zusehen müssen, wie sie von ihren eigenen Kollegen um den Verdienst gebracht werden. Von einzelnen Kollegen wurde die Sperrung der Friedrichstraße verlangt, andere empfahlen Selbsthilfe und rieten, jeden zur Anzeige zu bringen, der dem schoffen Gewerbe nachgeht. Die Leitung wandte sich gegen diese Vorschläge, da beide zu einschneidend auf das Gewerbe fallen würden. Von anderer Seite wurde empfohlen, das Publikum anzuregen, mehr die Haltepläße bei Bedarf von Droschken aufzusuchen und die bürgerlichen Blätter dafür zu interessieren. Die Branchenleitung empfiehlt, die Angelegenheit durch Regelung der Haltepläße versuchen zu ordnen, indem diese Stellen von Droschken besetzt werden und somit den Greifern ihr Handwerk gelegt wird. Schritte in dieser Beziehung sind bereits unternommen. Sollte der Regelung seitens der Behörden nicht stattgegeben, so soll später nochmals dazu Stellung genommen werden. Die Branchenleitung wurde beauftragt, um Verlegung einzelner Straßenbahnhaltestellen, sowie Verbot der Omnibusse, an diesen Haltestellen zu halten, einzukommen. Das Material hierzu soll herbeigeschafft werden. Nach einem Appell, die Kollegen mögen sich an den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen rege beteiligen und helfend in die Agitation zur Reichstagswahl eingreifen, erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

Um drei Mark Stempelgebühren. Wir fürchteten unseren Kollegen lästig zu fallen, wenn wir in jeder Nummer „Stempelgebührliches" gebracht hätten. Jetzt hat aber die Sache eine Wendung genommen, die uns zwingt, die kritische Sonde an den königlich preußischen Bürokratismus und seine Sparwut zu legen.

Ein auf dem Wedding, im Norden Berlins, schon jahrelang wohnender Kollege hatte, wie hoffentlich alle Chauffeure, den Antrag auf Rückzahlung der zu Unrecht erhobenen drei Mark Stempelgebühren gestellt. Er bekam darauf, nachdem die übliche preußisch-bürokratische Frist verstrichen war, folgende Antwort:

Kgl. Zollkasse.

Rixdorf, den 16. Oktober 1910.

„Auf Anweisung des Stempelsteueramtes sollen Ihnen 3 Mk. — drei Mark — gezahlt werden. Diesen Betrag können Sie gegen Quittung unter Vorlegung dieser Karte werktäglich von 9—2 Uhr an unserer Zollkasse in Empfang nehmen. Vergl. Art. 11 des Ausführungsgesetzes zum B.-G.-B. (!) Erfolgt Abhebung nicht binnen 3 Tagen, geht auch während dieser Frist ein abweichender Antrag nicht ein, so wird der genannte Betrag abzüglich des Portos mit Postanweisung an Sie abgesandt werden."

Das ist kaum noch Bürokratie, das ist Schikane. Jeder vernünftige Mensch sollte meinen, daß die drei Mark dort zurückbezahlt werden, wo die Kollegen sie zwangsweise abladen mußten. Anstatt dessen verlangt man, daß sie, wie im obigen Fall, viele Kilometer weit von Berlin in eine andere Stadt wandern, um ihr Eigentum wieder zu erlangen. Warum verlangt das Stempelsteueramt nicht, daß die Berliner Chauffeure sich ihr Geld von der Zollkasse in Posen, Königsberg oder Memel abholen sollen? Die Berechtigung dazu hat es zweifellos — wenn es sich berechtigt fühlt, die Leute von Berlin N. nach Rixdorf zu beordern. Wir zweifeln aber, ob die Chauffeure — die Gläubiger des Stempelsteueramtes sind — sich diesen Uebergriff ihres Schuldners gefallen zu lassen brauchen. Zum mindesten sind sie berechtigt, Kilometergelder und Diäten von der Behörde, die dies bürokratische Bürokratenstückchen verantwortlich zeichnet, zu verlangen. Wenn sich übrigens die Rixdorfer Kgl. Zollkasse — welcher Berliner soll wissen, wo die überhaupt zu finden ist? — wieder einmal gemüßigt steht, einen Chauffeur auf ein Gesetzbuch hinzuweisen, so wird sie in Zukunft wohl die Güte haben, gleich das Gesetzbuch mitzuschicken. Oder soll ein Chauffeur, um seinen Taler wieder zu erlangen, der ihm widerrechtlich abgenommen wurde, erst ein Gesetzbuch kaufen, — um die gesetzesunkundige Behörde aufzuklären?

Recht niedlich läßt sich auch folgendes Bürokratenstückchen an. Die Kollegen, die außerhalb des Landespolizeibezirkes Berlin wohnen, müssen den Erstattungsantrag, auch wenn sie in Berlin beschäftigt sind, an den Regierungspräsidenten stellen. Ist das geschehen, dann fordert der Regierungspräsident vom Antragsteller das ärztliche Gutachten ein, obgleich es u. a. dem Präsidenten nicht unbekannt sein dürfte, daß diese Gutachten auf dem Berliner Polizeipräsidium lagern und an die Chauffeure auf keinen Fall ausgeliefert werden. Auf diese Belehrung fordert der Regierungspräsident dann das Attest vom Polizeipräsidium ein und schickt es nach Einsicht wieder zurück. Diese unnütze Belästigung der Post durch die Behörde kostet dem — Chauffeur 40 Pf. Porto. Aber trotz dieser geflissentlichen Verschleppung, trotz der unnötigen Unkosten, die die Behörden machen und die die Chauffeure zahlen müssen, geht die Zahl der Erstattungsanträge nicht zurück, deshalb hat das Verkehrs-Kommissariat des Berliner Polizeipräsidiums einen anderen Weg eingeschlagen. Ein Kollege, der nach Veröffentlichung des bekannten Gesetzerlasses Chauffeur geworden ist, stellte den Antrag auf Rückerstattung der 3 Mk., die ihm für den Stempel des amtsärztlichen Zeugnisses angerechnet worden waren. Er erhielt folgende gedruckte Antwort:

„Ihrem Gesuche betreffend Rückzahlung der für das ärztliche Attest verwandten 3 Mk. Stempelgebühren kann nicht entsprochen werden, da nach dem Erlaß des Herrn Finanzministers vom 24. 6. 1911 nur diejenigen Atteste stempelfrei sind, welche gemäß Anlage B Ziffer VII der Bundesratsverordnung vom 3. 2. 10 zwecks Erneuerung eines nach den bisherigen Vorschriften ausgestellten Kraftfahrzeugführerscheines, und zwar ohne nochmalige Fahrprüfung, ausgestellt worden sind."

Formell steht das Polizei-Präsidium auf „rechtlichem" Boden, wenigstens auf ministeriellem. Aber wer gibt dem Minister das Recht, einen Erlaß herauszugeben, der einen Unterschied zwischen neuen und älteren Chauffeuren macht. Das Gericht hat entschieden, daß der Stempel auf dem amtsärztlichen Zeugnis nicht kostenpflichtig ist. Es hat keinen Unterschied gemacht zwischen Chauffeuren, die bereits im Besitz eines Fahrscheines waren und solchen, die sich erst einen erwerben möchten. Wir zweifeln nicht, daß die Gerichte dem Polizeipräsidenten oder aber dem Finanzminister die nötige Belehrung zukommen lassen werden. Mit der Logik steht der Bescheid des Ministers und des Polizeipräsidiums jedenfalls auf sehr gespanntem Fuß. Die Ursache dieser seltsamen Handlung ist wahrscheinlich in dem unerwarteten Erfolg des damaligen Ministererlasses zu suchen. Man hat geglaubt, es würden einige Hundert ihr Eigentum zurückfordern und nun kommen Tausende. Die Rückzahlung der Gelder macht deshalb der Behörde arge Kopfschmerzen. Ein Berliner Kollege, der auch laut Ministererlaß Anspruch auf die Rückzahlung hat, erhielt auf seinen Antrag folgendes vervielfältigtes Formular:

„Berlin NW. 52, Okt. 1911.

Stempelsteueramt Abteilung 7. — Werftstr. 9.

Auf den Erstattungsantrag vom ... v. Mts.

Ueber die Stempelpflichtigkeit der fraglichen Gesundheitsatteste soll nochmals Bericht an den Herrn Finanzminister erstattet werden. Nach Eingang der Entscheidung wird Ihnen weitere Mitteilung zugehen.

Beglaubigt:
(Name unleserlich)
Ober-Zollsekretär."

Da kann also der Tanz wieder angehen, vorausgesetzt, daß der Finanzminister in diesem Fall nicht schlauer ist als das juristische Nachtlicht des Stempelsteueramtes. Bis zur Entscheidung des Ministers enthalten wir uns jedes Wort der Kritik. Wenn der Finanzminister aus Gerichtsurteilen lesen kann (Köln), wird er den stempelsteuerlichen Ober-Zollsekretär „Unleserlich" unbarmherzig abblitzen lassen. Nach bisher unverbürgten Gerüchten, soll das Geld alle geworden sein; man erwartet einen neuen Ministererlaß. Also warten wir — eine Broschüre über die Irrgänge der drei Mark kommt wohl noch früh genug.

Wer ist der nächste? Der Oberpolizeier Jagow hat — wieder einmal — einen Erlaß losgelassen, der den Zweck hat, die Autodroschken mit Uniformen zu versehen. Sie sollen alle mit gleicher Farbe beschmiert werden, ein Unterschied soll nur zwischen elektrischen und Benzindroschken vorhanden sein. Wenn die Jagows einen Schritt auf dieser Bahn weiter gehen, dann müssen sie jedem Straßenpassanten ein Kleid von Staatsschnitt und Staatsfarbe vorschreiben. Das wäre ungefähr die „Gleichheit", wie gewisse Leute sie vom Zukunftsstaat, vom „Zuchthausstaat der Sozialdemokratie", erwarten.

Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie.

Andere Länder, andere Sitten. In der Behandlung der gegenseitigen Kraftdroschkenführer gehen die Hamburger und die Altonaer Polizeibehörden weit auseinander. Die Altonaer Polizeibehörde stellt sich auf den Standpunkt weitestgehender Freizügigkeit und kneift beide Augen zu, wenn die Hamburger Kraftdroschkenführer, nachdem sie von Hamburg aus Fahrgäste nach Altona gebracht haben, noch auf Altonaer Gebiet das Schild „Frei" aufziehen und dort Fahrgäste zur Rückfahrt nach Hamburg aufnehmen. Die Altonaer Gerichte sprechen auch die etwaigen Uebeltäter frei. Die Hamburger Polizeibehörde aber macht es anders; sie vertritt den Standpunkt des Schutzzöllners und verfolgt jeden Altonaer Kraftdroschkenführer, der auf Hamburger Gebiet das Schild „Frei" zeigt oder gar Fahrgäste aufnimmt, unerbittlich mit Strafanzeigen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft erhalten die Uebeltäter Strafbefehle wegen Uebertretung des § 147 der Gewerbeordnung und § 1 der Droschkenordnung, und die Gerichte, bis zum Oberlandesgericht hinauf, erkennen jedesmal auf Bestrafung. — Man merkts doch recht deutlich, daß wir im „einigen" Deutschland leben.

Magdeburg. Alle hiesigen Chauffeure werden dringend ersucht, Anzeigen oder Strafmandate, speziell solche, welche sich auf „Bleckendorf" beziehen, sofort im Verbandsbureau: Stephansbrücke 38 zu melden.

Magdeburg. Eine Chauffeur-Versammlung tagte am 30. Oktober in den „Apollo-Festsälen". Arbeitersekretär Moßinger hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über die „Unfallgefahren im Chauffeurberuf und wie können sich die Chauffeure dagegen schützen." An Hand zahlreicher Beispiele aus der Praxis erläuterte Redner die Unfallgefahren im Beruf, speziell dabei die wichtigsten Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes erläuternd und die Rechtlosigkeit der Privat-Chauffeure zu schildern. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Eine rege Diskussion schloß sich dem Vortrage an. Eine Anzahl Chauffeure trat dem Verbande wieder bei. Ferner wurde mitgeteilt, daß in der nächsten Versammlung ein Vortrag über die hiesige „Straßenpolizeiordnung" gehalten und dann eine Eingabe an das Kgl. Polizei-Präsidium um Abänderung verschiedener Paragraphen ersucht werden soll.

Wie in München Anzeigen erstattet werden. Der Droschkenchauffeur Ludwig Huber erhielt einen Strafbefehl, weil er mit mehr als 30 Kilometer Geschwindigkeit durch die Ortschaft Riem gefahren sein sollte. Anzeiger war der rühmlichst bekannte Chauffeur Josef Spreitzer, der im Jahre 1908 mit den übrigen Kollegen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfte, 1909 aber einen Streikbrecher machte. In der Anzeige hieß es, der Angeklagte sei durch Neu-

Berufskollegen! Der Abrechnungstag mit dem volksfeindlichen schwarzblauen Block ist am 12. Januar. Um die Steuererpresser auf's Haupt zu schlagen, bedarf es intensivster Agitation in Stadt und Land. Benützt alle Gelegenheiten um die Reichstagswähler aufzuklären. Jede Stimme die den schwarzblauen Block abwendig gemacht wird, bedeutet einen Kulturgewinn.

zamdorf gefahren. In der Hauptverhandlung stellte sich durch die Vernehmung des Spreitzer heraus, daß der Kollege Huber weder durch Riem noch durch Neuzamdorf gefahren ist. Was war nun der Grund zu der falschen Anzeige. Kollege Huber ist dem Spreitzer auf offener Landstraße vorgefahren. Auf Vorhalt des Amtsrichters mußte Spreitzer zugeben, daß die Straße frei und übersichtlich war. Als der Amtsrichter dann meinte, warum er eigentlich Anzeige erstattet habe, erwiederte Spreitzer, er habe geglaubt, daß das Vorfahren verboten sei. (!!) Der Verteidiger R. A. Nußbaum meinte mit Recht, daß schon der Schutzmann mit einiger Mühe den wahren Sachverhalt hätte feststellen können, dann wäre es sicher nicht zur Eröffnung des Hauptverfahrens gekommen. Entsprechend dem Antrage des Verteidigers erkannte das Schöffengericht unter Ueberbürdung der Kosten, einschließlich der Verteidigung, auf die Staatskasse, auf Freisprechung.

Ein anderer Fall. Eine unliebsame Verwechslung passierte einem Verdeckten, der am 25. August einen Kollegen auf dem Standplatz am Hauptbahnhof anhielt, das Rauchen einzustellen, und denselben per Herr Hauptmann titulierte. Nach kurzer Zeit erhielt ein Herr Hauptmann auch richtig ein Strafmandat, lautend auf 4,30 Mk. Der Betreffende legte selbstverständlich Berufung ein. In der Verhandlung stellte sich nunmehr heraus, daß eine Verwechslung stattgefunden, weshalb die Verhandlung abgesetzt wurde. Dem Verdeckten fiel es nicht ein, auf seinen Lorbeeren auszuruhen, sondern er ahndete nach dem Schwerverbrecher. Eine besondere List brauchte er gerade nicht anzuwenden, um den Schuldigen zu eruieren und ihn der gerechten Strafe zuzuführen. Die Münchener Polizei kann stolz darauf sein, einen solch findigen Verdeckten zu ihrem Beamtenstab zählen zu können.

Streik der Londoner Droschkenführer. Am 31. Oktober haben 600 Automobildroschkenführer die Arbeit niedergelegt, weil ihnen eine Kürzung ihres Verdienstes zugemutet wird, d. h. sie sollten in Zukunft die „Extras" abliefern. Unter dem Namen „Extras" versteht man in London die Bezahlung für jedes Stück Gepäck außerhalb des Wagens mit 17 Pfennig und für jeden Passagier über zwei mit 50 Pfennig Die Gesellschaften haben seit einiger Zeit überall Spitzel aufgestellt, deren Aufzeichnungen angeblich ergaben, daß große Summen den Gesellschaften von den Chauffeuren nicht abgeliefert wurden. In Wirklichkeit ist den Londoner Kollegen diese Einnahme natürlich immer als Lohn angerechnet. Eine Versammlung, die von 4000 Chauffeuren besucht war, protestierte heftig gegen die Darstellung der Sachlage durch die Gesellschaften in der Presse, weil dadurch der Anschein hervorgerufen wird, als hätten die Chauffeure Unterschlagungen begangen. In der Versammlung wurde beschlossen, nicht zur Arbeit zurückzukehren, bis das Exekutivkomitee dazu auffordert. Von 7000 Taxametern fahren nur 1000 Wagen der Motor Cab Owner Drivers Association. Diese Wagen sind mit einem Zettel versehen, der dem Publikum und den Streikposten anzeigt, daß die betreffenden Wagen fahren dürfen. Auf der Massenversammlung herrschte ein recht kriegerischer Ton. Besonders heftig wurde das Spitzelsystem verurteilt. Der Sekretär des Transportarbeiterverbandes erklärte, er könne, wie auch immer die Entscheidung sein möge, ohne Zögern die Unterstützung seiner Gewerkschaft versprechen. Er glaube, daß auch die Trambahner die Taxameterchauffeure unterstützen würden. Die Pferdedroschkenführer werden nicht in den Streik gezogen, weil die Streikenden nicht den Verkehr lahmlegen, sondern nur ihr Recht wollen. Wir wünschen den Kämpfenden vollen Sieg.

Bierfahrer.

Görlitz. Nachdem am 1. Oktober bei der Firma E. H. Bescheerer, Brauerei zum Felsenkeller, das tarifliche Arbeitsverhältnis für die Kollegen Kutscher, welches bei obiger Firma seit 1906 besteht, abgelaufen war, sahen sich unsere Kollegen veranlaßt, in Anbetracht der herrschenden Teuerung, der Firma einen neuen Tarifentwurf mit wesentlich erhöhten Forderungen zu unterbreiten. Nach kurzer Verhandlung kam ein Lohn- und Arbeitstarif zustande, dem wir folgende Hauptpunkte entnehmen:

Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit der Kutscher beginnt im Sommerhalbjahr (d. i. vom 1. April bis 30. September) um 5 Uhr morgens, im Winterhalbjahr (d. i. vom 1. Oktober bis 31. März) um 5½ Uhr morgens.

Würde sich ein Ausfahren nach 7 Uhr abends nötig machen, so erhält der betr. Kutscher eine entsprechende Entschädigung.

Lohnzahlung.

Kutscher erhalten bei der Einstellung 23 Mk., jährlich steigend um 1 Mk., bis zum Höchstlohn von 26 Mk.

Zu den bisherigen Löhnen wird am 1. Oktober 1911 1 Mk., am 1. April 1912 50 Pf., am 1. Oktober 1912 50 Pf., am 1. April 1913 50 Pf. und am 1. Oktober 1913 50 Pf. pro Woche zugelegt, so daß an diesem Tage der Höchstlohn erreicht wird.

Für Landtouren werden 1,50 und 2 Mk. pro Tour vergütet. Kutscher, welche bis 4 Tage in der Woche im Winterhalbjahr (d. i. vom 1. Oktober bis 31. März) Stadttour fahren, erhalten 1 Mk. pro Woche Spesengeld.

Ueberstunden und Sonntagsarbeit.

Die Sonntagsarbeit wird auf das notwendigste beschränkt, und hat jeden Sonntag die Hälfte der Kutscher völlig frei, während die übrigen bis 9 Uhr vormittags ohne Entschädigung zu arbeiten haben.

Fuhren nach 9 Uhr vormittags sowie Sonntags-Geschäftstouren werden mit 1 Mk. vergütet.

Du jour.

Die Sonntags-Du-jour für Kutscher beginnt um 2 Uhr nachmittags und endet um 6 Uhr abends, dieselbe wird im Winterhalbjahr mit 1,50 Mk., im Sommerhalbjahr mit 2 Mk. vergütet.

Urlaub.

Mindestens 1 Jahr im Betriebe tätige Kutscher erhalten jährlich 2 Tage, über 3 Jahre tätige 5 Tage Urlaub, unter Fortzahlung des Lohnes. Den Zeitpunkt bestimmt unter möglichster Berücksichtigung der Arbeiterwünsche, der Betriebsleiter.

Verhinderung ohne Verschulden.

Bei familiären Vorkommnissen, (Entbindungen, Beerdigungen usw.) bis zu einem Tage, bei Kontrollversammlungen, Wahlen und gerichtlichen Terminen bis zu ½ Tage, jedoch nur soweit die Zeit erforderlich ist, finden Lohnkürzungen nicht statt. Bei militärischen Uebungen werden während der ersten 14 Tage Unverheirateten ⅓, Verheirateten ⅔ des ihnen zustehenden Lohnes bezahlt, sofern sie ½ Jahr im Geschäft tätig sind. Arbeitnehmer, die mindestens 1 Jahr im Betriebe ununterbrochen tätig sind, erhalten während der ersten 14 Tage die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, diejenigen, welche ½ Jahr im Betriebe tätig sind, wird diese Differenz 1 Woche vergütet, sobald der Arzt die Krankheit festgestellt hat. Die Auszahlung findet bei der nächsten Lohnzahlung statt.

Der neue Tarif hat unsern Kollegen wesentliche Verbesserungen gebracht; Reduzierung der Sonntagsarbeit, Erhöhung des Einstellungslohnes um 3 Mk., Aufbesserung der bestehenden Wochenlöhne um 3 Mk., Verlängerung des Urlaubs von 4 auf 5 Tagen sowie Erhöhung der Zehrgelder um 25 Pf. pro Tag. Hoffentlich nehmen sich die übrigen Kutscher in Görlitz ein Beispiel daran und versuchen durch festen Zusammenschluß im Verband ihre traurige Lage zu verbessern.

Eine recht eigenartige Rolle spielte bei dieser Lohnbewegung der Brauerverband. Um gemeinschaftlich bei dieser Bewegung vorzugehen erklärten wir dem Vorsitzenden des Brauerverbandes, daß wir mit der Aufstellung des neuen Tarifs bereits fertig wären und es zweckmäßiger sei, wenn wir vereint mit diesem die Bewegung führen würden. Da erklärte der Vorsitzende des Brauerverbandes, daß ihr Verband noch nicht so weit sei und er wüßte auch noch nicht, wann es dazu kommen würde.

Jeder vernünftige Mensch wird nun mit uns der Meinung sein, daß es jetzt Pflicht des Brauerverbandes war, uns zu benachrichtigen, wann ihre Vorarbeiten erledigt waren. Nichts von alledem. Es war ja auch gar nicht die ehrliche Absicht der Brauer, mit uns geschlossen vorzugehen, um dann in ihrer Fachzeitung schreiben zu können: Seht, dies haben wir erreicht. Ein Manöver, wie wir es von diesen Leuten gewohnt sind. Die grrroße Errungenschaft des Brauerverbandes unserm Tarif gegenüber sind so minimaler Natur, daß sie gar nicht in Frage kamen.

Wenn die Brauer dann weiter in ihrer Zeitung schreiben, wir hätten für kaum ein halbes Dutzend Mitglieder einen Tarif abgeschlossen, so müssen wir der Welt verkünden, daß es beim Brauerverband genau ausgerechnet 16 Mann waren. Daß die Firma nur 6 Kutscher beschäftigt, ist jedenfalls nicht unsere Schuld.

Es läßt sich erklären, wenn die Herren etwas verärgert sind. Sind doch ihre Bemühungen, die Kutscher in den alleinseligmachenden Brauerverband zu bugsieren, vorbeigelungen, dies trotzdem mit recht unschönen Mitteln unserem Verband gegenüber gearbeitet wurde. Nun, wir haben bei dieser Bewegung etwas gelernt und werden für die Zukunft uns darnach richten.

Lauscha S. M. Seitdem die Organisation auch bei uns erfreulicherweise ihren Einzug gehalten hat, gibt es schon eine ganze Anzahl Arbeitgeber, welche nach und nach lernen, auch die Kutscher als Menschen zu betrachten und demgemäß zu behandeln. Wenn es trotzdem immer noch einige Herren gibt, welche Knigges Buch „Umgang mit Menschen" noch nicht studiert haben, so glauben wir doch, daß auch hier die Organisation noch ihre erzieherische Wirkung rechtzeitig ausüben wird!

Ganz besonders scheint sich der Herr Braumeister Angermüller in der Brauerei Albert Greiners Erben nicht daran gewöhnen zu wollen, die Bierfahrer als Menschen zu betrachten. Dieser Herr, der ja eigentlich nur für den inneren Betrieb vorhanden ist, geht mit den Kutschern um, als wären es Sklaven und noch weniger. Den großen Wortschatz in Kosenamen, die ihren Ursprung meist auf den Misthaufen hatten, den dieser Herr besitzt, hier vollständig wiederzugeben, halten wir im Interesse unserer Leser nicht für gut! Wenn aber der gebildete Mensch den Kutschern, welche zum Teil bedeutend älter sind als er, mit Reden kommt wie: „Ihr Sauhunde, ihr verdient euer Fressen nicht mal" oder „Ach was, Frühstück gibt's nicht, freßt unterwegs", dann kann man sich nicht wundern, wenn sich die Arbeiter so allerlei Gedanken über die Bildung und den Anstand gewisser Leute machen! Wundern tut es uns nur, daß die Inhaber dazu ohne weiteres schweigen! Sind doch die Besitzer im allgemeinen als recht vernünftige Leute bekannt! Wenn aber einmal ein Kutscher mit dem Herrn Braumeister Krach hat, was ja bei einer solchen Behandlung nicht zu vermeiden ist, dann bekümmert sich keiner der Herren um die Tonart des Braumeisters! Verwunderung hat es auch wiederholt erregt, daß der gebildete Braumeister so furchtbar gern in Gegenwart von dritten Personen seinen Bildungsgrad zeigt und seinen angenehmen Wortschatz öffnet! Sollte da etwa etwas anderes dahinter stecken? Will der Herr etwa nach oben hin zeigen, wie er es versteht mit den Leuten umzuspringen und wie unentbehrlich er ist? Wir können dem Herrn nur dringend raten, sich zu bessern, sonst könnte auch er einer von den vielen werden, die durch die Arbeiterorganisation noch einsehen lernen, daß Kutscher auch Menschen sind und kein Vieh!

Warum dieser Herr auch die Sozialdemokratie noch zu verunglimpfen und anzuekeln sucht ist uns erst recht nicht klar. Was geht ihm überhaupt die Gesinnung der im Betriebe tätigen Leute an? Haben sich die Arbeiter schon einmal erdreistet, den Herrn Braumeister nach seiner politischen Gesinnung zu fragen oder ihm die seinige zum Vorwurf gemacht? Wir glauben, daß sich der Herr darüber jedenfalls nicht beschweren kann. Warum dann also fortwährend die dummdreisten Redensarten wie „Ihr Sozzer, ihr Spitzbuben" und dergleichen mehr. Wir können es wirklich nicht verstehen, ob es einem gebildeten Herrn gut ansteht, so seine Fähigkeiten zu beweisen und haben uns gefragt, ob der Mann überhaupt für seine feinen Redensarten verantwortlich zu machen ist, oder ob dieselben aus der Atmosphäre des Betriebes heraus zu erklären sind?

Wie gesagt, die Zeit wird ja schließlich auch hier noch Wandel schaffen. Herrn Angermüller möchten wir aber im voraus sagen, daß er den Bogen nicht zu straff spannen soll! Denn schließlich könnten auch die bisher lammfrommen und geduldigen Kutscher einmal auf den Einfall kommen und den Versuch unternehmen, sich derartige Behandlungen zu verbitten. Wenn dies dann durch die Organisation geschieht, würde Herr Angermüller jedenfalls nicht besonders gut dabei abschneiden!!! Deshalb, auch Kutschern gegenüber die nötige Achtung und menschliche Behandlung, damit nicht unnütze Differenzen heraufbeschworen werden.

Unseren Kollegen in Lauscha und Umgegend aber rufen wir zu: Schart euch fest um das Banner der Organisation. Nur dadurch werdet ihr auch in die Lage kommen, euch menschliche Behandlung und Achtung bei euren Vorgesetzten und Unternehmern zu erringen.

Droschkenführer.

Berlin. Die Branche der Droschkenführer hielt eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Der Sektionsleiter hielt einen Vortrag über: „Welche Gefahren drohen uns durch Verteuerung der Lebensmittel." Das Referat wurde mit Beifall aufgenommen, eine Diskussion darüber wurde nicht beliebt. Hierauf wurde der Geschäftsbericht für das 3. Quartal gegeben, dem folgte die Berichterstattung der letzten Generalversammlung und eine längere Diskussion. Hierbei wurden etliche Wünsche bezüglich der Halteplatzfrage laut, weiter wurde bemängelt, daß an verschiedenen Stellen die Straßenbahnschienen dermaßen ausgefahren sind, daß die größte Gefahr vorliegt, diese Stellen zu befahren. Die Branchenleitung wurde beauftragt, um Abhilfe nachzusuchen.

Neumünster. Bei der letzten Lohnbewegung der hiesigen Taxameter-Kutscher kam es nach zweistündigem Streik der Kollegen zu einer Einigung auf 12 Mk. Wochenlohn und 5 pCt. der Einnahme. Die Prozente sind Errungenschaft der Bewegung. Daraus können die Kollegen am Orte ersehen, daß auch in Kleinbetrieben Erfolge erzielt werden können, wenn nur die Beteiligten fest zu dieser Organisation halten.

Hafenarbeiter.

„Die Gewerkschaft". Von einem Freunde unserer Organisation wird uns die Nr. 41 der „Gewerkschaft" vom 13. Oktober 1911 zugestellt. In dieser Nummer tobt ein Hamburger Angestellter des Gemeindearbeiterverbandes gegen den Deutschen Transportarbeiterverband und den „Courier". Lassen wir ihn toben — wenn in mondhellen Nächten der Mops den glänzenden, mild und verzeihend lächelnden Himmelswanderer anbellt, so stört es den Mond in seiner Gemütsruhe nicht im geringsten —, die Hiebe der „Gewerkschaft" gehen sämtlich an uns vorbei. Wenn der Hamburger Keulenschwinger allerdings beweisen will, daß der Gemeindearbeiterverband die allein zuständige Organisation für die Kaiarbeiter ist, weil der Hamburger Senat einmal einige Vergünstigungen gewährte, dann möchten wir doch darauf aufmerksam machen, daß es dabei nicht um eine Errungenschaft

des Gemeindearbeiterverbandes handelt, sondern um ein Erfolg der sozialdemokratischen Kommunalpolitik und der sozialdemokratischen Fraktion im Rathaus. Oder ist die „Bewegung" der Straßenreiniger schon vergessen? Ist der Zusammenbruch des Verbandes bei der Gasarbeiterbewegung schon ganz verschwitzt? — Lassen wir uns mit dieser Organisation nicht ein — es sei denn, wir sinken eines Tages und — schimpfen wieder. Wir können's schließlich auch so gut wie andere.

Vorerst gibt es für jeden Hafenarbeiter nur eine Parole: Führt die Staatskaiarbeiter der allein zuständigen Organisation zu — dem Deutschen Transportarbeiterverband.

Hamburg I. Das „Echo" schreibt: „Der Schleppdampfer „Expreß" der Hamburg-Amerika-Linie, der aus dem Zollhafen kam, geriet beim Hafentor mit dem Schleppdampfer „Peter Christian", der besetzt mit Schauerleuten beim Hafentor anlegen wollte, in Kollision. Der letztgenannte Dampfer erlitt Schaden am Vorderschiff und wurde leck. Mehrere der Schauerleute waren auf den Dampfer „Expreß" übergesprungen, da sie glaubten, ihr Dampfer würde sofort sinken. Nachdem die Arbeiter am Ponton abgesetzt waren, kam der Schleppdampfer „Peter Christian" nach der Werft von Janssen u. Schmilinsky zur Reparatur."

Der Dampfer „Peter Christian" gehört der Firma Lodding, einer „Größe" des Hafenbetriebsvereins. Daß die Dampfer dieser Firma noch immer glücklich mit den Arbeitern an den Ponton angelangten, ist eins der modernen Wunder. Die Dampfer sind äußerst niedrig und werden fast immer stark überladen, so daß sie, wenn sie noch stilliegen, schon dem Sinken nahe sind. Die Hafeninspektion sieht natürlich nichts.

Hamburg I. Durch Fahrlässigkeit verunglückt ist auf dem Hamburger Dampfer „Theben" der bei dem Stauer Plett beschäftigte Schauermann M. A. Der Unfall ist auf Fahrlässigkeit des Steuermanns zurückzuführen, da auf seine Anordnung ein Lukendeckel eines angedeckten Lukenkomparts offen gelassen war, damit der Raum ausdünsten sollte. Der Verunglückte wollte über die Luken gehen, um eine Arbeit zu verrichten, sah aber in der Dunkelheit nicht, daß ein Lukendeckel fehlte. Er stürzte drei Meter tief in das Zwischendeck, wo er mit schweren Knochenbrüchen liegen blieb, so daß man den Verletzten nach dem Hafenkrankenhause bringen mußte. Der Steuermann hätte mindestens dafür sorgen müssen, daß die Luke beleuchtet wurde. Oder fürchtete er eine Rüge, wenn das Petroleum zu früh alle geworden wäre? Die Austeilung solcher Rügen durch den Inspektor ist keine Seltenheit. Selbst die stärksten Herrenmenschen unter den „Offizieren" klappen vor dem Inspektor zusammen wie ein Taschenmesser.

Natürlich! Auf dem im Hamburger Hafen liegenden Dampfer „Bosnia" sind die Scherstöcke und Luken in sehr schlechtem Zustande, so daß Menschenleben in Gefahr kommen. Besonders bei Luke 9 im Orlopdeck fehlen an dem Querscherstock die Flanschen, so daß er nicht eingelegt werden kann. Es ist dringend Abhilfe erforderlich, da die Lukendeckel längsschiffs liegen. Zwei Lukendeckel sind bereits in den Unterraum gefallen, glücklicherweise ohne einen Menschen zu treffen. Da nun noch aus diesem Raum gelöscht wird und zwar aus dem Unterraum Korn und aus den anderen Räumen Stückgut, kommen hier die Arbeiter in die größte Gefahr. Auch sind auf jenem Schiffe die Treppen und Leitern nicht in Ordnung. Es wäre zu wünschen, daß der Hafeninspektor rechtzeitig an Bord der „Bosnia" geht und Abhilfe schafft. Abhilfe schafft, vorausgesetzt, daß die Eigentümerin des Schiffes es erlaubt. Eigentümerin dieser Menschenfalle ist — natürlich — die Hamburg-Amerika-Linie.

Der Hamburg-Amerika-Linie ist von dem Preisgericht der soeben geschlossenen Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden der Sächsische Staatspreis zuerkannt worden. Die Hamburger Reederei war eine der Hauptausstellerinnen in der wissenschaftlichen Abteilung der Gruppe „Seeverkehr" und hatte außerdem in der industriellen Halle der gleichen Gruppe eine umfangreiche eigene Ausstellung veranstaltet, auf der namentlich ein Riesenmodell des derzeitigen größten Ozeandampfers der Welt, des Vierschraubenturbinendampfers „Imperator", Aufsehen machte.

Es fördert doch wirklich die Gesundheit der Arbeiter bei der H.-A.-L. ganz enorm, wenn das schlechte Arbeitsmaterial bricht und die Arbeiter zu Krüppeln oder tot geworfen werden.

Dem Verdienste seinen Staatspreis!

Zum Tarifabschluß in Lübeck (vergl. letzte Nr. des „Courier") wird uns noch geschrieben: Wir möchten noch einige wichtige Details hervorheben, die für die Hafenarbeiter von allgemeinem Interesse sind. Die Entschädigung für den Dreivierteltag wurde von 3,75 Mk. auf 4 Mk. erhöht, für den langen halben Tag (6 Uhr bis 12 Uhr vorm. oder 8½ Uhr bis 3½ Uhr nachm.) von 2,75 Mk. auf 2,95 Mk., für den kurzen halben Tag von 2,35 Mk. auf 2,50 Mk., für den langen ¼ Tag (sog. ⅓ Tag) von 1,75 Mk. auf 1,85 Mk., für den kurzen ¼ Tag von 1,20 Mk. auf 1,30 Mk. erhöht. Da die Nachtstunden besser bezahlt werden, als die Ueberstunden, ist es von Interesse zu wissen, daß die Berechnung für Nachtstunden sonst um 10 Uhr begann, nach dem neuen Tarif aber um 8 Uhr. Bei Sonntagsarbeit ist ein Mindestlohn von 1,50 Mk. garantiert. Jenseits der Herrenbrücke werden bezahlt: Wochentags pro Stunde 1,10 Mark, Sonntags- und Nachtarbeit pro Stunde 1,25 Mark, die halbe Stunde 65 Pf. Arbeiten unterhalb der Teerhofsinsel werden von Stadt zu Stadt bezahlt. Durchgearbeitete Pausen werden als Ueberstunden bezahlt. Bei 25 Artikeln, die als Schmutzartikel angesehen werden, wird ein Aufschlag bezahlt, wenn die Ladung von ein und derselben Ware mindestens 45 Tonnen pro Schiff beträgt. Der Aufschlag beträgt, wenn die Ladung von einer und derselben Ware unter 100 Tonnen bleibt, 80 Pf. für den ganzen, 60 Pf. für den ¾, 40 Pf. für den halben und 20 Pf. für den ¼ Tag; wenn dagegen die betreffende Ladung 100 Tonnen und mehr ausmacht, 70 Pf. für den ganzen, 50 Pf. für den ¾, 35 Pf. für den halben und 20 Pf. für den ¼ Tag. Für Ueberstunden sind 10 Pf. extra zu bezahlen. Auch der Tarif für die Akkordsätze ist aufgebessert und vorteilhafter geregelt. Bei Schiffen, die im Strome liegen, gilt freie Beförderung. Die Auszahlung des Lohnes hat gleich nach beendeter Arbeit auf den Arbeitsplätzen zu erfolgen. Bei umständlicher Lohnberechnung genügt zunächst die Auszahlung des Tagelohnes vorbehaltlich genauer Abrechnung am nächsten Tage. Wenn die Ladung eines Schiffes ¾ aus einem unter Position „Akkordarbeit" aufgeführten Artikel besteht, so wird dieser Teil der Ladung im Akkord bearbeitet. Wenn bei Akkordschiffen die Arbeit länger als eine Stunde gestoppt, so ist pro Mann und Stunde 60 Pf. zu bezahlen. Dieses ist beim Löschen auch maßgebend für einzelne Luken für jeden Mann, der deshalb feiern muß. Ueberstunden bei Akkordschiffen sind mit Ueberstundenlohn zu entschädigen. Bei Akkordschiffen ist der Stauer verpflichtet, das Geschirr an und von Bord zu liefern. Bei Akkordschiffen sind die Arbeiter berechtigt, einen vom Sekretär der Handelskammer beglaubigten Auszug aus der Originalfrachtrechnung zu verlangen. Streitigkeiten aus dem Vertrage, sowie etwaige im Tarif nicht vorgesehene Fälle sind zunächst einer Schlichtungskommission vorzulegen, welche sich zusammensetzt aus drei vom Reedereiverein zu bestimmenden Mitgliedern einerseits und der aus drei Mitgliedern bestehenden Lohnkommission andererseits. Erst wenn eine Verständigung innerhalb der Schlichtungskommission nicht zustande gekommen ist, darf das Gewerbegericht angerufen werden.

Handelsarbeiter.

Mannheim. Die Differenzen in der Sackhandlung Koppel Temmler. Diese Firma hat es verstanden, innerhalb einiger Jahre, wo sie ganz klein anfing, sich zu einem Großbetrieb zu entwickeln. Sie hat heute ein umfangreiches Etablissement am Industriehafen neu gebaut, dieses macht, wenn man die Büroräume betritt, einen der Neuzeit entsprechenden Eindruck. Anders ist es, wenn man nach den Arbeitsräumen geht. Man findet dort 26 Stopfmaschinen ohne jede hygienische Schutzvorrichtung. Während der Arbeit entwickelt sich eine einzige Staubwolke, die jetzt, wo die kalte Witterung herrscht und nicht gelüftet werden kann, unerträglich wird. Man hat beim Neubau die Entstaubungsventilation vergessen, trotzdem sie von der Fabrikinspektion angeordnet wurde. Auch die Aufenthaltsräume sind etwas klein ausgefallen. Es fehlen dort Schränke zum Aufheben der Kleider, auch wäre ein Ofen zum kochen des Essens sehr notwendig.

Die Löhne der männlichen Arbeiter sind, wie in allen Sackhandlungen, miserable zu nennen. 2,80 bis 3,70 Mk. Die Arbeiterinnen erhalten 1,80 bis 2,30 Mark. Die meisten arbeiten im Akkord, wo sie im Durchschnitt 2 bis 3,50 Mk. verdienen. Die Arbeit ist bei letzteren eine intensive und ungesunde. Die gleichen Akkordsätze wurden in Mannheim schon vor 6 Jahren bezahlt. Am Freitag, den 27. Oktober, stellten die Arbeiterinnen die Arbeit ein, weil ihnen zugemutet wurde, Säcke, für die sie vorher 1 Pf. erhielten, jetzt für ¾ Pfennig zu stopfen. Der Magazinier Heller soll sich dabei gleich des Ausdruckes bedient haben, wems nicht paßt, der kann gehen, was auch die Ursache zum Konflikte gab. Die Differenz wurde am selben Tage durch die Organisation beigelegt. Die Firma hat den 1 Pf. wieder zugestanden. Auch will sie baldigst die Entstaubungsanlagen einrichten lassen. Sie will stets darauf bedacht sein, keine Veranlassung zu Differenzen zu geben. Eine Versammlung hat deshalb beschlossen, die Arbeit am anderen Morgen wieder aufzunehmen.

Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß in Zukunft nicht mehr so rasch die Arbeit niedergelegt werden darf, sondern, wenn irgend welche Differenz entsteht, soll diese auf dem Wege der Verhandlung beseitigt werden; ist es auf diesem Wege nicht möglich, eine Einigung zu erzielen, so kann eine Versammlung immer noch darüber beschließen, ob gestreikt werden soll oder nicht. Die Besucher der Versammlung haben gelobt, nicht eher zu ruhen, bis der letzte Arbeiter und Arbeiterin in allen Betrieben der Sackbranche organisiert ist. Die tieftraurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse erheischen ein gutes Organisationsverhältnis. Wollen wir wünschen und hoffen, daß die Kollegen und Kolleginnen alles daran setzen, um endlich auch hier einmal aus ihrem sozialen Elend enthoben werden zu können.

Schaustellergehilfen.

Breslau. Die hiesigen Kinoangestellten richteten an die Kinobesitzer durch nachfolgendes höfliche Schreiben das Ersuchen, ihnen im Winter monatlich, und im Sommer alle 14 Tage einen freien Tag gewähren zu wollen, zumal sie unausgesetzt an Wochen- sowie an Sonn- und Festtagen tätig sein müssen.

Das Schreiben hatte folgenden Wortlaut:

„Im Auftrage der hiesigen Kinoangestellten erlauben wir uns ergebenst, Ihnen folgenden Wunsch zu unterbreiten:

Da die Angestellten an Wochentagen, sowie auch an den Sonn- und Festtagen unausgesetzt tätig sein müssen, so richten dieselben die Bitte an die Herren Kinobesitzer, ihnen während der Wintermonate, vom 1. Oktober bis 31. März monatlich einen freien Tag und während der Sommermonate, vom 1. April bis 30. September einen solchen alle 14 Tage, unter Fortbezahlung des Gehalts gütigst gewähren zu wollen.

In wohlverstandenem Geschäftsinteresse haben die Angestellten ihre Tätigkeit stets zur Zufriedenheit ausgeführt, und würde ein diesbezügliches Entgegenkommen seitens der Herren Kinobesitzer ihre Arbeitsfreudigkeit nur erhöhen.

Wir hoffen, daß der bescheiden vorgetragene Wunsch gütige Berücksichtigung und baldige Erfüllung finden möge, und zeichnen einem zusagenden Bescheid entgegensehend . . ."

Nach echter Scharfmachermanier erfolgte seitens des Kinomatographenbesitzervereins eine Antwort darauf, wie sie arbeiterfreundlicher gar nicht sein kann.

Trotzdem der Verband im Auftrage der Angestellten obiges Schreiben an jedem einzelnen der Kinobesitzer gerichtet hat, maßte sich dieser „Besitzerverein", dem nur ein Teil der Besitzer angehören, an, die Forderung der Angestellten in der bekannten „Unternehmermanier" Herr im Hause zu sein, abzulehnen, als wenn dies die Ansicht aller hiesigen Besitzer wäre. Das dem nicht so ist, beweisen ja die einzelnen Antworten. Herr Batschat vom „Monopol-Kino", Ohlauerstr. 59, hat ohne weiteres die Forderung bewilligt.

Der Verein aber schreibt wie folgt:

Hermann Eichler, Breslau I. Metropolkino.
Schmiedebrücke 36/38.
Breslau, den 17. Oktober 1911.

Titl.
Deutscher Transportarbeiter-Verband
Breslau.

Die Mitglieder des Vereins Breslauer Kinematographen-Besitzer bekennen sich zu Empfang Ihres werten Schreibens vom 5. Oktober 1911 und teilen Ihnen diese auf dasselbe ergebenst mit, das es uns nicht recht verständlich ist, daß die Kinoangestellten Sie zu einer Vermittlung ihrer Interessen angerufen haben.

Wenn einer unserer Angestellten einen freien Tag haben will, so wird er schon von selbst wissen, wo es angebracht ist, stets einen solchen zu erhalten, wenn er für eine entsprechende Vertretung Sorge getragen hat, aber daß es von einem Verbande, der doch mit den Kinoangestellten nichts gemein hat, festgelegt werden soll, unter Fortzahlung des Gehalts einzelne Tage jedem Angestellten, ohne daß derselbe eine ebenbürtige Vertretung zu stellen hat, frei zu geben, muß, aus betriebstechnischen Gründen, da es unausführbar ist, abgelehnt werden.

Jeder Kinomatographenbesitzer selbst, wenigstens zum größten Teil, muß auch unausgesetzt jeden Tag in seinem Geschäft tätig sein, und kann auch nicht bestimmte Tage für sich in Anspruch nehmen, um diese zu seiner Erholung auszunützen.

Es muß daher jedem einzelnen Theater-Besitzer überlassen bleiben, mit seinen Angestellten Verträge und Vereinbarungen abzuschließen, wie sie für ihn geeignet erscheinen und ausführbar sind, ohne das dem Geschäfte Nachteile erwachsen, denn es muß wohl jeder Inhaber darauf bedacht sein, möglichst seinen Betrieb in unveränderter Weise zur Zufriedenheit seiner Gäste fortzusetzen.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand des Vereins Breslauer Kinem.-Besitzer
i. A.: Hermann Eichler,
Schriftführer.

Das Publikum, ganz besonders die Arbeiterschaft, wird ohne weiteres einsehen, daß auch für die Angestellten der Kinos einige freie Tage im Jahre notwendig sind, daher machen wir auch die Kinobesucher darauf aufmerksam, den Besitzern zu zeigen, daß man nicht in einer solchen Weise mit seinen Angestellten zu verfahren hat, und wäre es daher angebracht, diese tatsächlich „im Hause allein zu lassen."

Transportarbeiter.

Dresden. Einen schönen Erfolg erzielten die in den hiesigen Petroleumgeschäften tätigen Kollegen Kutscher, Beifahrer und Lagerarbeiter. Infolge ihres guten und langjährigen Organisationsverhältnisses war es den Kollegen mit Hilfe der Organisation gelungen, im Laufe der letzten Jahre ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen so zu stellen, daß sie nicht als die schlechtesten bezeichnet werden konnten. Ein Vertrag mit der Organisation kam jedoch nicht zustande.

In diesem Herbst haben die Kollegen wiederum die Organisationsleitung beauftragt, Lohnforderungen an die Firmen zu stellen. Bisher waren die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Firmen verschiedenartig. Das Bestreben der Organisationsleitung ging darauf hinaus, in den maßgebendsten Firmen nach Möglichkeit die Lohn- und Arbeitsbedingungen einheitlich zu gestalten. Die Tarifvorlagen wurden auch dementsprechend ausgearbeitet und den Firmen zugestellt. Die Firmen Everth u. Co. und Marquardt erklärten sich zu Verhandlungen bereit, und zwar wurden letztere gemeinsam geführt. Es stellte sich hierbei jedoch heraus, daß die Verhältnisse in den einzelnen Firmen so verschiedenartig liegen, daß eine vollständige Einheitlichkeit sich nicht herbeiführen läßt. Der Hauptinhalt des abgeschlossenen Tarifvertrages ist folgender: Bei der Firma Marquardt wird den Kutschern ein Anfangslohn von 23 Mk. Grundlohn, 27 Mk. garantierter Lohn pro Woche, steigend jährlich um 1 Mk. bis zum Höchstlohn von 26 Mk. Grundlohn, 30 Mk. garantiert, der in 3 Jahren erreicht wird. Bei der Firma Everth u. Co ist der Grundlohn um 2 Mk. niedriger, der garantierte Lohn ist jedoch wie bei der Firma Marquardt. Der Unterschied zwischen den beiden Firmen bezüglich der Grund-

löhne und der Einheit der garantierten Löhne hat seine Ursache darin, daß die gewährten Prozente zu dem Grundlohn in beiden Firmen die gleichen sind. Der Umsatz bei der Firma Everth u. Co. ist jedoch weit höher, als bei der Firma Marquardt, weil die erstere Firma die älteste am Platze und ihre Kundschaft viel dichter beisammen liegt, wodurch die Touren auch nicht größer, jedoch ergiebiger sind.

Die übrigen Bestimmungen sind in beiden Firmen die gleichen. Der Anfangslohn der Reservekutscher beträgt 25 Mk. pro Woche, jährlich steigend um 1 Mk. bis zum Höchstlohn von 28 Mk. pro Woche. Beikutscher unter 20 Jahren erhalten 18 Mk., im Alter von 20 Jahren 20 Mk., über 21 Jahr 22 Mk. pro Woche. Die Beikutscher sind meist junge Leute und werden nur die Wintermonate beschäftigt. Prozente werden an Reserve- und Beikutscher nicht gezahlt.

Hof- und Lagerarbeiter erhalten einen Anfangslohn von 24 Mk. pro Woche, ebenfalls jährlich um 1 Mk. steigend bis zum Höchstlohn von 27 Mk. pro Woche.

Da indes unsere Kollegen meist alle schon längere Zeit in den Firmen beschäftigt und die Bestimmungen rückwirkend sind, erhalten auch die meisten den oben bezeichneten Höchstlohn. Ueberstunden werden an ständige Kutscher nicht gezählt. Die auf Lager arbeitenden Lagerarbeiter und Reservekutscher erhalten für Ueberstunden nach 7 Uhr abends 50 Pf., Beikutscher 40 Pf. pro Stunde. Die über Land fahrenden Kutscher erhalten pro Tag eine Auslösung von 50 Pf., Reserve- und Beikutscher von 25 Pf.

Uebernachten wird außer den Regiekosten für Pferd und Wagen mit 2 Mk. vergütet. Der Sonntagsdienst (mittags und abends) wird mit 2 Mk. vergütet.

Nach einer 1- bis 2jährigen Beschäftigungsdauer wird ein Sommerurlaub von 3 Tagen, nach einer mehrjährigen Beschäftigungsdauer ein solcher von 6 Tagen unter Fortzahlung des Lohnes gewährt.

Bei erwerbsunfähiger Krankheit wird der Lohn während der Karenzzeit (3 Tage) weiter gezahlt. Jeden zweiten Sonntag haben Kutscher und Reservekutscher vollständig frei. Der Tarif ist auf die Dauer von 4 Jahren abgeschlossen worden.

Bei der D. A. P. G. sind die Forderungen, insbesondere was die Lohnverhältnisse anbetrifft, in der Hauptsache bewilligt worden.

Die Verbandsleitung hat auf dem Abschluß eines Tarifvertrages in der D. A. P. G. unter allen Umständen nicht bestanden. Die dort beschäftigten Kollegen waren damit einverstanden. Der Lohn der Kutscher beträgt außer den Prozenten 27 bis 30 Mk. pro Woche. Die Lagerarbeiter erhalten 26 bis 32 Mk. pro Woche. Ferien sind ebenfalls im vollen Umfange, wie gefordert, gewährt worden. Jedenfalls hat die Lohnbewegung gezeigt, was durch eine gute Organisation erreicht werden kann. Ganz besonders aber dann, wie es hier der Fall ist, wenn die Kollegen alles langjährige Mitglieder sind und durch keine Manipulationen sich beirren lassen, sondern das große Ziel im Auge haben und treu zur Organisation halten. Mögen die übrigen Berufskategorien diesem Beispiele folgen.

Frankfurt a. M. In einer am 15. Oktober abgehaltenen Fuhrmannsversammlung für den Bezirk Bockenheim kamen recht erbauliche Sachen zur Sprache. So bemüht sich ein Herr Adam bei der Firma Albert Strauß, Kurfürstenstr. 20 beschäftigt, ganz außerordentlich, zu erfahren, wer Mitglied im Deutschen Transportarbeiterverband ist. Dieser Herr, ein früherer Stellvertreter Gottes, jetzt unter dem Kosenamen „Major" bekannt, versucht es fortgesetzt, die Kollegen durch preußische „Kasernenhof-Schneidigkeit" zu überzeugen, daß der Verband doch für sie keinen Nutzen habe. Ein Kollege gab Adam auch zu dieser Versammlung eine Einladung. Er war darüber ganz empört und ließ seine übliche Schimpfkanonade los. Ja er ging sogar so weit, den Kollegen Unterkassierer zu verdächtigen. Seinen Kollegen gegenüber äußerte er: „Bezahlt nichts! Der Verband hat doch keinen Wert; der Kassierer verläuft ja doch nur Euer Geld." Kollegen Fuhrleute! Laßt Euch nicht von einer derartigen Seele beeinflussen, sondern gebt ihr die richtige Antwort. Wäre der Herr nicht zu feige, in unsere Versammlungen zu kommen, so würden wir ihn einmal von der Notwendigkeit und dem Zweck der Organisation überzeugen. Sollten doch diese Herren Oberknechte oder Verwalter, wie sie sich mit Wollust nennen, einsehen, daß man durch solche Mätzchen uns nicht um ein Jota zurückdrängen kann. Es trägt auch gewiß nicht dazu bei, das Ansehen unseres Berufs zu heben und die menschenunwürdige Lage der Frankfurter Fuhrleute zu verbessern. Kollegen! So wie in diesem Falle, ist leider in den meisten Frankfurter Fuhrbetrieben, so ein oder mehrere Quertreiber darunter, die ihre Kollegen vom Verband abhalten wollen, um durch Denunziantenstückchen ärgster Art sich Liebkind beim Unternehmer zu machen. Diese Reiter werden auch einmal ihren verdienten Lohn erhalten und bei Gelegenheit auch den Betrieb von außen ansehen können, genau so, wie es Dutzenden schon ging. Sorgt also dafür, daß dieser Hader und Zwietracht unter den Kollegen aufhört und bemüht Euch mehr wie bisher, dem Verbande neue Streiter zuzuführen. Auch ist es Pflicht aller organisierten Kollegen, regelmäßig die Veranstaltungen des Verbandes zu besuchen und die Unorganisierten mitzubringen. Ferner müssen die Fragebogen, die zur Feststellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Frankfurter Fuhrbetrieben dienen, noch besser und rascher ausgefüllt werden. Fragebogen sind im Büro, Allerheiligenstr. 51, 2 Tr., zu haben.

Kollegen Fuhrleute Groß-Frankfurts! Es ist endlich Zeit, daß Ihr begreift, daß nur durch mannhaftes Eintreten für einen festen Zusammenschluß sämtlicher Berufskollegen im Transportarbeiterverband auch den Frankfurter Fuhrunternehmern klar zu machen ist, daß Ihr als Menschen behandelt und bezahlt werden müßt! Das Wort des Bischofs Henle: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben", darf auf keinen Fall für Frankfurter Fuhrleute Losung sein. Ueberall, wo Ihr mit Kollegen zusammenkommt, müßt Ihr dieselben auf den Deutschen Transportarbeiterverband aufmerksam machen und auffordern, die Versammlungen zu besuchen und Mitglieder des Verbandes zu werden, damit endlich einmal mit den mittelalterlichen Zuständen, welche auch nebenbei für die Gewerbeinspektion ein dankbares Feld der Betätigung abgeben, aufgeräumt wird. Schon jetzt möchten wir darauf aufmerksam machen, daß, wie alljährlich, am Bußtag mehrere öffentliche Transportarbeiterversammlungen, die noch durch Flugblätter bekannt gegeben werden, stattfinden, in der über den einzig richtigen Weg zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gesprochen werden soll. Darum auf an die Arbeit! Agitiert mit aller Kraft in allen Betrieben. Der Besuch der Versammlungen muß Zeugnis ablegen, daß der Kasernenhofton und das Denunziantenwesen ein für allemal aus den Frankfurter Fuhrbetrieben ausgemerzt werden sollen und die Kollegen nur als freie Menschen, unter kulturellen Lohn- und Arbeitsbedingungen arbeiten wollen.

Halle a. S. Auch ein Terrorist. Eine tragikomische Episode spielte sich vor dem hiesigen Schöffengericht ab. Der Arbeiter Hermann Christian sollte gelegentlich des hiesigen Kohlenarbeiterstreiks im August Arbeitswillige durch den Zuruf Streikbrecher beleidigt und einen Unternehmer mit der Schußwaffe bedroht haben. Der Unternehmer malte den Vorfall grau in grau und meinte, die Arbeitgeber hätten jetzt gar keine Nummer mehr usw. Da die Sache sehr gefährlich klang, ließ man das Asservat — die aufbewahrte Pistole — in den Gerichtssaal holen. Sonstige Munition dazu war nicht aufzutreiben. Der Angeklagte hatte aber das nötige Beweismaterial — Zündplättchen — mit zur Gerichtsstelle gebracht; die „Schußwaffe" war nämlich nichts anderes als eine kleine Kinderpistole. Man lud das Instrument, knallte und erzielte fröhliche Heiterkeit. Da es aber bekanntlich Bedrohung mit untauglichen Mitteln gibt, muß der Angeklagte für den Spaß 10 Mk. bezahlen.

Karlsruhe. Recht miserable, sogar erbärmlich Verhältnisse herrschen noch in einem Teil der Karlsruher Fuhrbetriebe. Da schlafen die Fuhrleute, welche sich tagsüber schwer geplagt haben, in einem Schweinestall oder in Räumlichkeiten, gegen welche der Pferdestall eigentlich noch ein Salon ist. Vielfach herrscht noch das Kost- und Logiswesen, wobei der „Herr" den „Knecht" mit den bekannten Schmeicheleien aus dem Strohsack jagt, wenn dieser nicht schon in der Früh um viere im Stall herumhantiert. Im Hofe eines Fuhrwerksbesitzers in der Bernhardstraße kann man alle Morgen die bekannten Titulaturen aus dem Tierreiche hören, da ist der eine ein Ochs, der andere ein Esel, der dritte ein Rindvieh und so geht es fort. Hie und da bekommt einer eine Ohrfeige, die durchaus nicht von schlechten Eltern ist. In dieser Beziehung kann sich auch Herr Mannherz aus der Rüppurrerstraße rühmen, dessen Fuhrleute sich nur mit Schwimmhosen in das Bett legen, da sie ein Mann am andern liegen, außerdem sind sie auch niemals vor hereinbrechenden Regen sicher, der schon das Zimmer überschwemmt hat. Die durchnäßten Kleider werden die Nacht über auf dem Rücken der Gäule getrocknet, da man in solchen Betrieben einen Ofen nicht kennt. Zu welchen Zuständen ein solches Logiswesen führt, das hat sich aus einem anderen Betrieb ergeben, wo vor kurzem drei 175er herausgeholt wurden. Arbeiter, die sich solche Zustände bieten lassen, sind natürlich auch in anderer Beziehung bedürfnislos. So finden wir Löhne von 7 und 8 Mk. mit der berühmten Kost und dem famosen Logis, und wo sich die Hausfrau mit solchen Dingen nicht mehr abgeben will, da werden 18 bis 20 Mk. bezahlt, die amtliche Güterbeförderei des Freiherrn von Steffelin bezahlt sogar 21 Mk. Die Arbeiter bei von Steffelin haben es freilich schön. Wenn sie ihrem Unternehmer so viel erarbeitet und erspart haben, daß er sich eine großmächtige neue Lagerhalle bauen kann, dann erhalten sie für einen Abend Freibier mit Schweinerippchen und Sauerkraut und sie sind wieder für lange Zeit zufrieden. Was doch nicht die „Wohltätigkeit" eines solchen Herrn alles ausmacht! Dadurch bekommt er lauter „lebenslängliche" Arbeiter, mancher fliegt allerdings auch schon noch ehe er recht warm geworden ist. Von dem Güterbeförderer Jost haben wir schon berichtet, daß er seinen Arbeitern den rückständigen Lohn, den sie auf dem Gewerbegericht einklagen müssen, gerne in Form von massiven Prügeln ausbezahlt, sodaß die Polizei einschreiten muß. Nicht ein Fuhrbetrieb ist in ganz Karlsruhe vorhanden, wo ein auch nur anständiger Lohn bezahlt würde. Mit Hungerlöhnen müssen sich diese Fuhrleute, aber auch die Verladearbeiter, Ausläder 2c. durchschlagen. „Wer nicht hören will, muß fühlen", dieses Sprichwort bewahrheitet sich in vollem Maße an den Karlsruher Transportarbeitern. Was fragen diese Kollegen darnach, daß zu Hause Frau und Kinder hungern müssen. Wenn nur der Herr Prinzipal recht schöne Augen macht und ihnen von Zeit zu Zeit einmal einen Brocken zuwirft, dann sind sie schon zufrieden, sie küssen den Fuß, der sie tritt.

Kollegen! Seid ihr denn vollständig taub und blind geworden, daß ihr nicht seht, wie sich die Transportarbeiter ringsum in den anderen Städten bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erringen. Wenn euch die Teuerung nichts ausmacht, dann fragt doch einmal eure Frauen darüber. Eure Unternehmer bauen sich Paläste und verhöhnen euch noch dazu, sie treiben Schindluder mit euch.

Unsere Kollegen in der Nachbarstadt Mannheim haben sich durch den Verband schon seit langem Wochenlöhne von 30 und 32 Mk. errungen, sogar in dem benachbarten Durlach wird noch besser bezahlt als wie in der Residenz.

Während nun unter den größten Teil der Karlsruher Transportarbeiter eine solche Gleichgültigkeit herrscht, haben die Arbeitgeber beschlossen, ihre Satzungen dahingehend abzuändern, daß es jedem Mitglied zur solidarischen Pflicht gemacht wird, Mitglied im Südwestdeutschen Arbeitgeberverband zu werden. Die Arbeitgeber rüsten also und ihr schlaft, zieht den Hungerriemen immer enger und laßt den Herrgott einen guten Mann sein. Kollegen! Das darf nicht so weiter gehen! Wie sagt der Direktor Löwe vom Straßburger Elektrizitätswerk:

„Jeder Arbeiter, der sich in den heutigen Verhältnissen nicht seiner Organisation anschließt, ist ein erbärmlicher Feigling."

Professor von Gyzicki sagt:

„Der Anschluß an eine Organisation ist eine sittliche Pflicht für den Arbeiter, der er sich nicht ohne zwingende Gründe entziehen darf."

Pfarrer Cordes in Wilhelmsburg sagt:

„Bedenkt man als Christ alle Folgen des Elends auf Seele und Gemüt, so muß man, wenn man den Ruf: Mehr Lohn als ruhige feste Forderung einer organisierten Masse hört, sich sagen: Das ist der einzige Weg, auf dem wir weiter kommen!"

Diese Aeußerungen, denen noch eine ganze Anzahl von hochgebildeten Leuten beigefügt werden könnten, beweisen doch jedenfalls jedem noch unorganisierten Arbeiter, daß es nur in seinem und im Interesse seiner Familie liegt, wenn er sich organisiert. Deshalb, ihr Kollegen: Auf in die Versammlungen und in den Verband!

Neumünster. Die Lohnbewegung der hiesigen Kohlenarbeiter wurde durch Ueberreichung eines Tarifes an die Unternehmer eingeleitet. Die Herrschaften verständigten sich und lehnten die Erfüllung der Forderungen rundweg ab. Nur eine Firma unterschrieb den Tarif. Darauf erfolgte die Arbeitsniederlegung bei den restlichen vier Firmen. Drei dieser sahen sich genötigt, schon im Laufe des ersten Streiktages zu bewilligen, nur die vierte Firma zeigte sich bockbeinig. Indes am fünften Tage war auch sie mürbe geworden und bewilligte, nach kurzer Verhandlung mit der Ortsverwaltung. Es wurde dadurch für alle Kollegen eine Lohnerhöhung von wöchentlich 2 Mk. und noch verschiedene andere Vorteile erreicht. Hoffentlich vergessen auch die Kollegen nicht, daß der Verband es war, der ihnen zu diesem verholfen.

Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Die Generalversammlung des Bezirks Groß-Berlins tagte am 26. Oktober. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Bezirksleiter die Mitteilung, daß im verflossenen Quartal wiederum 47 Mitglieder verstorben sind und zwar: Wilhelm Arnsorge, Hugo Baier, Otto Bethke, Gustav Fuß, Hermann Frank, Gustav Fall, Hermann Görtz, Theodor Hahnemann, Wilh. Kannengießer, August Kühne, Karl Küster, Erich Kühlhorn, Otto Leder, Otto Marggquardt, Albert Miers, Herm. Neuendorf, Julius Pohl, Hermann Raudies, Hermann Reincke, Rounold Mende, Paul Reinelt, E. Rüdiger, Andreas Seib, Ferdinand Suter, Richard Stübbe, Wilhelm Schneider, Emil Schrader, Hermann Schmidt, August Ulm, August Tiek, Minna Thürk, Karl Wernicke, Eduard Zwanzig, August Barzel, Michael Böttcher, Richard Dießner, Paul Hartmann, Karl Jänshen, Julius Krüger, Otto Krätschack, Adolf Margenfeld, Hellmuth Müller, Heinrich Schulz, Karl Schulz, Paul Teichert, Waldemar Vahrenholdt, Julius Wöhl.

Das Andenken der Vorstorbenen wurde in der üblichen Weise durch Erheben von den Plätzen geehrt. Einleitend wird dann darauf hingewiesen, daß die Erledigung der Tagesordnung in derselben Form vor sich geht, wie früher. Eine Aenderung ist nur insofern eingetreten, als die Zusammensetzung der Generalversammlung durch Delegierte erfolgt, maßgebend hierfür ist das diesbezügliche Reglement. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Mitglied Paul Schiffner, Rixdorf, Kaiser Friedrichstr., nicht identisch ist mit dem seinerzeit zur Aushilfe als Einkassierer tätig gewesenen Kollegen gleichen Namens. Nachdem bereits den Verbandsfunktionären die Broschüre „Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Vorentwurf zu einem Deutschen Strafgesetzbuch" zugestellt, wird auch den Delegierten diese Broschüre gratis verabfolgt mit dem Bemerken, dieselbe eingehend durchzulesen, um ein Bild darüber zu bekommen, wie versucht wird, ein Monstrum von Gesetzentwurf gegen die Arbeiterschaft zu schaffen. Alsdann wird auf Grund des § 3, Absatz 7 beschlossen, beim Verbandsvorstand zu beantragen, die Hausdiener Anton Reinowski und Paul Beyer wegen Streikvergehen resp. unkollegialem Verhalten aus dem Verbande auszuschließen.

Zum Quartalsbericht übergehend wird unter anderem ausgeführt, daß mit Rücksicht auf die vielen Lohnbewegungen und deren Erfolge auch das dritte Quartal als recht arbeitsreich zu betrachten ist. Die Sektion I Handelsarbeiter hatte in den Betrieben von C. F. Heyde, Chemikalien, C. Stiller, Schuhwaren, Angriffsstreiks zu verzeichnen. Letztere Bewegung ging, da sich genügend Streikbrecher fanden, verloren. Weiter wurden in friedlicher Weise Bewegungen und zwar alle mit Erfolg geführt bei den Firmen: M. Klee, Sargmagain, J. Salomonis, Kunstglaserei, Gebrüder v. Streit, Glaswaren, A. Scherl, „Lokalanzeiger", J. C. Pfaff, Tischlerei, Josetti, Zigarettenfabrik, G. Schwechten, Pianofabrik, H. Leiser, Schuhwaren, B. Mannheimer, Damenkonfektion und H. Schulze, Uhrenfabrik.

Auch die Sektion II Transportarbeiter hatte Angriffsstreiks in den Betrieben von C. F. Hertling, Spedition, Bau- und Arbeitsfuhrbetrieb von Rixdorf-Britz, A. Metzdorf u. Sohn, Kolonialwaren,

G. Schulz, Fuhrbetrieb, Oskar Fahrenkrug, Spedition, zu verzeichnen, die mit Erfolg beendet wurden. Ohne Arbeitseinstellung wurden ferner Bewegungen geführt in den Betrieben vom F. Domke, Arbeitsfuhrwerk, Neuß u. Wilke, Kolonialwaren, Viehofer u. Tempel, Brotfabrik, P. Neumann, A. Großmann, M. Baer, Fuhrbetriebe, A. Schreiber Nachfl., Mineralwasserfabrik, Lugino u. Co., Baugeschäft, in den Bierniederlagen der Bockbrauerei Friedrichshagen, Patzenhofer, Böhmisches Brauhaus, Union und Oswald Berliner, R. Dietert, Spedition, Patzenhofer Köpenick, H. Scheller Nachfl., Fuhrbetrieb, W. Behr, Wurstfabrik, Berliner Glasreinigungsanstalten, O. Krause, C. Franzkowiak, Möbeltransporte, die sämtlich wesentliche Vorteile für die in Betracht Kommenden brachten.

Die Sektion III hatte bei der Großen Berliner Straßenbahn eine größere Bewegung zu führen, die ebenfalls ohne Arbeitsniederlegung mit Erfolg für diese Kollegen endete. Die Lohnaufbesserungen betrugen pro Monat 5, 7 und in einigen Fällen 10 Mark, die Kilometergelder sind von 50 auf 60 Pf. pro Tag erhöht worden; auch ist der bisherige Tagelohn von 3,20 auf 3,50 Mk. festgesetzt; trotzdem ist gerade diese Bezahlung mit Rücksicht auf die bestehende Teuerung immerhin noch recht gering.

Zu Abwehrbewegungen kam es mit Arbeitsniederlegung zweimal bei der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer, die jedoch nach kurzer Dauer wieder zur Zufriedenheit der beteiligten Kollegen endeten. Das Gesamtresultat der Lohnbewegungen für das verflossene Quartal stellt sich wie folgt: Forderungen wurden eingereicht bei 130 Firmen mit 10 199 beteiligten Mitgliedern. Bei 122 Firmen wurde auf friedlichem Wege eine Lohnerhöhung von 24 232,30 Mk. pro Woche resp. 1 221 615 Mk. pro Jahr erzielt. An Arbeitszeitverkürzung erzielten 1376 Mitglieder bei 70 Firmen 1583 Stunden pro Woche, außerdem wurden bezüglich Ueberstundenbezahlung, Gewährung von freien Tagen resp. Sommerurlaub und sonstigen Vorteilen wesentliche Zugeständnisse gemacht. Bei 69 Firmen mit 1380 beschäftigten Kollegen kam es zum Abschluß eines Tarifvertrages.

Die Agitationstätigkeit gestaltete sich ebenfalls in den einzelnen Sektionen recht lebhaft. So hatte die Sektion I Versammlungen, Betriebsbesprechungen, Vertrauensmännersitzungen, Verhandlungen und sonstige Zusammenkünfte 371, Sektion II: 757, Sektion III: 117, Sektion IV: 80 und Sektion V: 188, die Jugendlichen 121, insgesamt 1634.

An Neuaufnahmen und Uebertritten waren zu verzeichnen für die Sektion I: 903, die II.: 2192, die III.: 1011, die IV.: 250, die V.: 852, die Jugendlichen 426 und zugereist 166, so daß sich die Gesamtzahl auf 5800 stellt.

Der Mitgliederbestand stellt sich am 1. Oktober 1911 wie folgt: 42 011 männliche, 1815 weibliche, 1799 jugendliche, zusammen 45 625 Mitglieder. Hierzu wird bemerkt, daß der Mitgliederstand im Verhältnis zum vorigen Quartal erheblich nicht gestiegen ist. Ein großer Teil von den Neugewonnenen ist wieder verloren gegangen. Den Vertrauensleuten wird daher erneut zur Pflicht gemacht, die Bücherkontrollen möglichst oft vorzunehmen. Ferner wird darauf hingewiesen, daß die Funktionäre im allgemeinen in der Agitation nicht erlahmen sollen, sondern unermüdlich im Interesse der Gesamtheit wirken möchten.

Der Kassenbericht, der ebenfalls gedruckt vorlag, gab dem Kassierer Veranlassung, auf verschiedene Punkte hinzuweisen. So konnte unter anderem darauf aufmerksam gemacht werden, daß diesmal erfreulicherweise schon 189 582 Wochenbeiträge a 60 Pf. eingegangen waren; dabei wurde gleichzeitig der Wunsch ausgesprochen, daß diejenigen Branchen, welche den 60 Pf.- resp. den 30 Pf.-Beitrag zu zahlen beschlossen haben, nunmehr diesem Beschlusse auch Folge leisten müßten. Ferner konnte die angenehme Tatsache konstatiert werden, daß der Kassenbestand einen Ueberschuß von zirka 11 000 Mk. aufweist. Daß das Unternehmertum aber nur dann einen gewissen Respekt vor der Organisation hat, wenn hohe Kassenbestände vorhanden sind, ist ganz selbstverständlich. Nachstehend lassen wir den Bericht folgen und empfehlen, denselben eingehend durchzusehen, da die Zahlen recht erhebliche sind.

Einnahme:

Ortsbestand am 1. 7. 11	44 680,69	Mk.
V. B. H. am 1. 7. 11	31 321,80	„
4 815 Beitrittsgebühren a 1 Mk.	4 815,—	„
404 „ (jgdl.) a 50 Pf.	202,—	„
158 „ (wbl.) a 50 Pf.	79,—	„
189 582 Wochenbeiträge a 60 Pf.	113 749,20	„
270 379 „ a 50 Pf.	135 189,50	„
5 352 „ (jgdl.) a 30 Pf.	1 605 60	„
13 432 „ „ a 25 Pf.	3 358,—	„
12 901 „ (wbl.) a 30 Pf.	3 870,30	„
6 218 „ „ a 25 Pf.	1 554,50	„
423 „ (Inv.) a 30 Pf.	126,90	„
1 973 „ „ a 25 Pf.	493,25	„
190 Streikfondsmarken a 30 Pf.	57,—	„
5 588 Baufondsmarken a 50 Pf.	2 794,—	„
787 „ a 25 Pf.	196,75	„
1 150 Nachzahlungen a 10 Pf.	115,—	„
18 „ a 5 Pf.	—,90	„
14 Duplikate a 20 Pf.	2,80	„
Agitation und Versammlungen	225,35	„
Feste	2 180,05	„
Fakult. Unterstützung 7½ pCt. der Wochenbeiträge	235,40	„
Zinsen V. B. H.-Fonds	1 575,—	„
Summa:	348 427,99	Mk.

Ausgabe:

Oertl. Beerdigungsbeihilfe	1 812,60	Mk.
„ Geschenke an Zugereiste	98,70	„
„ Streikunterstützung	154,98	„
„ Gemaßregeltenunterstützung	146,65	„
Gehälter der Bureauangestellten	17 233,—	„
Versicherungsbeitr. der Bureauangest.	821,85	Mk.
Aushilfsarbeiten in der Registratur	2 672,18	„
Gehälter der Beitragseinkassierer	22 003,—	„
Versicherungsbeiträge der Einkassierer	1 002,71	„
Fahrgeld, Porto der Einkassierer	296,90	„
Mankogeld, Prozente der Einkassierer	1 661,45	„
Beitragseinkassierung, Zahlstellen usw.	143,55	„
„Courier"-Expedition	583,55	„
Fernsprechgebühren	147,95	„
Bureau-Utensilien	708,84	„
Bureaumiete, Reinigung, Beleuchtung	1 867,91	„
Agitation und Versammlungen	4 110,92	„
Verwaltungssitzungen und Revisionen	499,90	„
Versammlungsannoncen und Zeitschriften-Abonnements	288,19	„
Expedition und kleine Ausgaben	113,50	„
Porto	204,36	„
Drucksachen	998,90	„
Kartell- und Sekretariatsbeiträge	5 125,—	„
Gesangverein der Transportarbeiter	66,—	„
Arbeitsnachweis und Bibliothek	8 815,22	„
Außenstände niedergeschlagen	251,80	„
Beerdigungszuschuß V. B. H.-Fonds	530,—	„
An die Hauptkasse abgeführt	188 039,95	„
Kassenbestand V. B. H.-Fonds am 1. 10. 11	32 366,80	„
Kassenbestand der Bezirkskasse Groß-Berlin am 1. 10. 11	55 661,66	„
Summa:	348 427,99	Mk.

Bilanz.

Einnahme	348 427,99	Mk.
Ausgabe	260 399,53	„
Kassenbestand am 1. Oktober 1911	88 028,46	Mk.

Abrechnung mit der Hauptkasse.

50 pCt. der Beitrittsgelder a 1 Mk.	2 407,50	Mk.
100 „ „ „ a 50 Pf.	281,—	„
75 „ „ Wochenbeitr. a 50 Pf.	172 485,40	„
75 „ „ „ a 25 Pf.	7 556,05	„
Beitrag zu den Gaunkosten für 45 625 Mitglieder	2 281,25	„
Ablieferung für den Baufonds	2 990,75	„
Beiträge zum Streikfonds	38,—	„
Summa:	188 039,95	Mk.

Die Hauptkasse erhielt:

In bar direkt	102 864,39	Mk.
Arbeitslosenunterstützung	28 165,05	„
Krankenunterstützung	41 458,30	„
Streikunterstützung	4 484,56	„
Gemaßregeltenunterstützung	4 403,55	„
Extraunterstützung	1 135,—	„
Beerdigungsbeihilfe	5 375,—	„
Rechtsschutz	154,10	„
Summa:	188 039,95	Mk.

Verein Berliner Hausdiener-Fonds.

Einnahme:

Kassenbestand am 1. Juli 1911	31 321,80	Mk.
Zinsen	1 575,—	„
Summa:	32 896,80	Mk.

Ausgabe:

Beerdigungszuschuß für 3 Kollegen	100,—	Mk.
„ „ 1 Ehefrau	40,—	„
„ „ 12 Kinder	390,—	„
Summa:	530,—	Mk.

Bilanz.

Einnahme	32 896,80	Mk.
Ausgabe	530,—	„
Kassenbestand am 1. Oktober 1911	32 366,80	Mk.

Berlin, den 19. Oktober 1911.

Paul Steinicke, Kassierer.

Die Revisoren:

Kiesche. Brall. Marggraf. Zimmermann. Nölte.

Anschließend hieran wurde über den Bericht des Arbeitsnachweises vom Stellenvermittler erklärt, daß jedes Mitglied im eigensten Interesse verpflichtet ist, jede frei werdende Stelle sofort den Nachweisen zu melden, da die Zahl der arbeitslosen Kollegen immerhin groß genug ist. Der Bericht selbst, der auch gedruckt vorlag, ist bereits am 20. 10. im „Courier" veröffentlicht worden; auch hier zeigt sich eine recht erfreuliche Inanspruchnahme der Arbeitgeber, die zu jeder Zeit geeignete Bewerber für fast alle Branchen finden.

Die nun einsetzende Diskussion ist eine ziemlich lebhafte. Bezüglich des Arbeitsnachweises in der Alten Leipzigerstr. wurden verschiedene Verbesserungsvorschläge betreffend kollegialem Betragen, Ventilation, Kontrolle und dergleichen gemacht; auch wurde selbst von arbeitslosen Kollegen gewünscht, daß den Arbeitsvermittlern in bestimmten Fällen größere Rechte eingeräumt werden, die nur im Interesse der Gesamtheit der Kollegen liegen. Nachdem noch einzelne Anfragen den Kassenbericht betreffend zur Zufriedenheit beantwortet wurden, stimmte die Versammlung der beantragten Dechargeerteilung einmütig zu.

Auf eine weitere Anfrage betreffend die Erwerbung von drei eigenen Grundstücken konnte mitgeteilt werden, daß vor kurzer Zeit endlich die Käufe perfekt geworden sind und der Verband nunmehr als Eigentümer der in Betracht kommenden Häuser angesehen werden kann. Auf Wunsch wurde auch die Gegend, in welcher sich die drei Grundstücke befinden, angegeben.

Alsdann wurde über einen Antrag in recht sachlicher Weise diskutiert, der die Besetzung von Stellen in bestimmten Instituten betraf. Mit großer Mehrheit gelangte dieselbe zur Annahme. Der Wortlaut ist folgender:

„Bei der Besetzung von Stellen in Instituten, welche unter der Verwaltung oder dem Einfluß der organisierten Arbeiterschaft stehen, sind nicht Kollegen zu verwenden, die zur Zeit zufällig arbeitslos sind und im übrigen sich noch nicht praktisch in der Bewegung betätigt haben. Es sind vielmehr und zwar in erster Linie Kollegen dorthin zu empfehlen, welche sich nachweislich längere Zeit als unbesoldete Funktionäre auf irgend einem Gebiete der Arbeiterbewegung verdient gemacht, resp. durch Streik oder Maßregelung gelitten haben. Ganz besonders soll dies geschehen, wenn die Verbandsmitglieder, die aus solchen Gründen aus festen Stellungen genommen werden, ihre alte Stellung durch einen arbeitslosen Verbandskollegen zu besetzen in der Lage sind.

Die Bezirksverwaltung wird ermächtigt, in allen Fällen, wo die Möglichkeit dazu gegeben ist, im Sinne dieses Antrags zu verfahren."

Ein weiterer Antrag, der die Einführung des obligatorischen 10 Pf.-Ortszuschlages durch Urabstimmung für Groß-Berlin vorsah, wurde, obgleich derselbe recht eingehend begründet, abgelehnt, dagegen eine Resolution angenommen, die wie nachstehend lautet:

„Die am 26. Oktober 1911 in Brauerei Königstadt tagende örtliche Generalversammlung des Deutschen Transportarbeiterverbandes, wolle die Anträge der Fensterputzer und Rollkutscher betreffs Einführung eines Ortszuschlages, von 10 Pf. pro Beitrag, durch Urabstimmung vorzunehmen, ablehnen, und als Entgegenkommen der Antragsteller zu beschließen, daß alle Branchen den Ortszuschlag zu zahlen haben, mit Ausnahme derjenigen Handelsarbeiter, die sich zur Zeit dazu außerstande fühlen."

Da zum Teil nunmehr im Augenblick Unklarheit herrschte, wurde auf eine diesbezügliche Anfrage sogleich erwidert, daß der vorstehend erwähnte Antrag in der Form aufzufassen ist, daß alle Branchen, welche bisher den 60 Pf.-Beitrag noch nicht zahlen, erneut zu dieser Frage Stellung zu nehmen haben.

Der dritte Antrag, zur örtlichen Generalversammlung an Verbandsmitglieder Gastkarten zu verabfolgen, wurde mit erheblicher Majorität abgelehnt, resp. zur Tagesordnung übergegangen.

Alsdann wurde darauf hingewiesen, daß am Montag, den 20. November, abends von 6—9 Uhr, bei Wilke, Sebastianstr., die Wahlen der Delegierten für die Ortskrankenkasse der Schneider stattfinden, wozu um rege Beteiligung ersucht wurde. Ferner, daß auch die Wahlen der Delegierten für die Allgemeine Ortskrankenkasse am Sonntag, den 3. Dezember stattfinden, worüber noch nähere Mitteilungen in der Beilage des „Courier" erfolgen werden.

Mit einem kräftigen Appell, für die kommenden Reichstagswahlen zu wirken, hatte die Versammlung den Schluß erreicht.

Bunzlau. Eine Agitationsversammlung, wie solche vom Vorstand des Gaues 2 angeordnet waren, fand auch Sonnabend, den 28. Oktober 1911 am hiesigen Orte statt. Vorbereitet und in die Wege geleitet war dieselbe durch die Ortsverwaltung durch Verbreitung von Flugblättern, durch Annoncen in dem einen der hiesigen Lokalblätter und durch mündliche Agitation.

Es war zu dieser Versammlung ein Kollege aus Oberschlesien erschienen. Dieser sprach über „Sind unsere Löhne bei der herrschenden Teuerung noch zeitgemäß?" Einleitend ging Redner direkt auf die Beantwortung dieser Frage mit einem glatten „Nein" ein und entrollte in seinen weiteren Ausführungen das Rätsel der Entwicklung vom Agrarstaat zum Industriestaat, dabei hervorhebend, daß die damaligen Lokalorganisationen der Arbeiten den heutigen Verhältnissen, wo uns das ganze koalierte Kapital und Unternehmertum gerüstet gegenübersteht, nicht mehr gewachsen sein kann und es deshalb notwendig geworden ist, sich in großen Zentralverbänden zu organisieren, um so durch vereinte Kraft die Löhne wenigstens wieder in etwas auszugleichen und um die durch Zölle und indirekte Steuern erhöhten Preise der Lebensmittel und aller sonstigen Bedarfsartikel wieder weit zu machen.

Im Verlauf seiner Ausführungen zerpflückte der Referent noch die berüchtigten Paragraphen der Strafgesetznovelle betreffs des Koalitionsrechts und des Streikpostenstehens, um zum Schluß noch die Bunzlauer Kollegenschaft auf den Brauerverband aufmerksam machend, der wie bekannt, in verschiedenen Landesteilen und Zahlstellen sich nicht scheut, in der bekannten Weise, auch hier seine Fangarme auszustrecken.

Wenn nun auch diese Versammlung besser besucht war wie in letzter Zeit die vorhergehenden, so ließ sie doch noch zu wünschen übrig. Es müssen sich eben alle Kollegen bei derartigen Veranstaltungen zur Verfügung stellen bei der Verteilung von Flugblättern bei mündlicher Agitation usw. und nicht alles den Ortsfunktionären aufbürden, welche durch Kassieren und sonstiger Arbeit schon genug belastet sind. Jedenfalls ist es notwendig, in der Versammlung zu erscheinen, denn wie kann man anderen Interesse beibringen, wenn man selbst keins besitzt.

Kollegen in Bunzlau! Unsere Zahlstelle besteht seit November 1903. Es ist recht langsam vorwärts gegangen. Jüngere Zahlstellen im Gau 2 haben uns längst überflügelt, nehmt euch ein Beispiel daran. Wenn es auch schwer ist, im Osten vorwärts zu kommen, so ist bei gutem Willen doch viel zu erzielen, die ganze Linie zeigt es uns. Also mutig ans Werk.

Cöpenick. Einen äußerst lehrreichen und interessanten Vortrag nahmen die Kollegen des gesamten Agitationsbezirkes in ihrer letzten allgemeinen Versammlung, welche in Grünau tagte, entgegen. „Die Technik als Kulturmacht", über dieses Thema referierte ein Berliner Kollege in anschaulicher, leicht verständlicher Weise, der allseitige Beifall bewies, daß die Anwesenden den gut durchdachten Vortrag zu würdigen verstanden. Der Anregung, öfters

derartige wissenschaftliche Vorträge halten zu lassen, wird Rechnung getragen werden. Sodann erstattete die Agitationskommission Bericht über ihre Tätigkeit für das 3. Quartal. Der Mitgliederbestand stieg von 686 auf 778 Kollegen.

Versammlungen, Sitzungen usw. fanden 47 statt mit dem Erfolge, daß 79 Kollegen für die Organisation gewonnen wurden. Posteingänge sind 51, Ausgänge 134 zu verzeichnen.

Das Büro wurde im Quartal von 272 Kollegen besucht, die stärkste Besucherzahl wies der Monat August mit 94 Kollegen auf. Arbeitslos meldeten sich 11 Kollegen, krank meldeten sich 25 Kollegen und 2 Kolleginnen.

Aus dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß die Vergnügen der Bezirke Cöpenick und Adlershof einen Ueberschuß ergaben. Gezahlt wurde für Kranken-Unterstützung 400,20, für Arbeitslosen-Unterstützung 84,35 Mk.

Im großen und ganzen waren die Kollegen mit der Tätigkeit der Kommission einverstanden, gewünscht wird, daß in Zukunft über das Ergebnis von Vergnügungen, in den Quartalversammlungen Bericht zu erstatten sei.

An Stelle eines erkrankten Kollegen wurde Tauchmann-Adlershof in die Agitationskommission einstimmig gewählt. Ein Antrag des Bezirks Oberschöneweide, die örtlichen Generalversammlungen von Groß-Berlin auf einen Sonntag einzuberufen, gelangte zur einstimmigen Annahme und wird der Bezirksverwaltung unterbreitet.

Nachdem noch auf die Bewegung der Tabakarbeiter hingewiesen wurde, erfolgte Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

Düsseldorf. Generalversammlung vom 22. Oktober. Kollege Krengel erstattet den Geschäftsbericht für das 2. und 3. Quartal. An Posteingängen sind zu verzeichnen: 273 Briefe und Karten, 64 Drucksachen, 293 Pakete, 3 Telegramme, 15 Geldsendungen. An Postausgängen für das 2. und 3. Quartal: 1385 Briefe und Karten, 1296 Drucksachen, 9 Pakete, 4 Geldsendungen und 119 Ferntelephongespräche.. — Auch waren wir gezwungen, Tausende von Flugblättern als Antwort auf verlogene Preßangriffe, sowie bei Anlaß von Polizeiaktionen 2c. in die Massen zu werfen. 36 Auskünfte, 46 Eingaben resp. Reklamationen an Behörden wurden erledigt.

Die überaus forzierte Agitation gestaltete sich folgendermaßen: Versammlungen wurden 110 abgehalten, davon 50 mit Gauvertretern Sitzungen und Besprechungen hatten wir 160, davon 52 mit dem Gauvorstand.

Lohnbewegungen hatten wir im 2. Quartal zwei in zwei Betrieben mit 48 Kollegen, und zwar Abwehrstreiks. Im 3. Quartal hatten wir zwei Angriffsbewegungen ohne Streik mit 89 Beteiligten, einen Abwehrstreik mit 37 Beteiligten, sowie drei Angriffsstreiks mit 769 Beteiligten.

Der Verlauf der Bewegungen war ein sehr ungleicher. Der Chauffeurstreik, der wegen pekuniärer Verschlechterungen und wegen Maßregelungen geführt werden mußte, verlief trotz des herzhaften Angriffs der Kollegen negativ und konnten selbst Maßregelungen nicht verhindert werden. Der Abwehrstreik bei der Firma L. M. Gretschmar wurde mit hartnäckigster Energie geführt und währte volle 11 Wochen, und zwar vom 1. Juni bis 16. August. Rücksichtslose Mißachtung des Tarifs und sonstige provokatorische Maßnahmen der Firma zeigten das Gelüste, eine Machtprobe zu provozieren. Dieser Kampf, der den Kollegen einen Lohnverlust von fast 9000 Mk. brachte und der 4732 Mk. kostete, mußte gegen alle arbeiterfeindlichen Mächte geführt werden. Die bürgerliche Presse, viele Längen voraus die Zentrumspresse, schüttete ihren großen Unratkübel auf uns aus. Die Düsseldorfer Polizei hat in dieser Bewegung alle Düsseldorfer Rekorde geschlagen. Die Firma, deren Besitzer ein borussischer Staatsanwalt sein soll, kann zufrieden sein. Polizeimassenaktionen waren an der Tagesordnung und hagelten die Protokolle nur so auf die Kollegen. Wenn auch die Organisation nicht anerkannt wurde und einige Kollegen gemaßregelt wurden, so brachte die Bewegung doch acht Kutschern und Mitfahrern eine Erhöhung des Lohnes von 26 auf 30 Mk. pro Woche.

Die ohne Arbeitseinstellung durchgefürten Tarifbewegungen bei Brüggmann und Lensfeier brachten den 69 Kollegen pro Mann und Woche 3½ Stunden Arbeitszeitverkürzung, macht für alle Kollegen 242 Stunden. Der Mehrlohn beträgt durchschnittlich 3,20 Mark pro Kopf, für die ganze Belegschaft wöchentlich 220 Mk., jährlich 11 481,60 Mk. Prozentual am meisten holten die Sägewerksarbeiter bei Brüggmann heraus. Gewiß ein schöner Erfolg.

Die Holzhandelsaktiengesellschaft „Düsseldorf" war erst nach einem halbtägigen Streik zu bewegen, 3,75 Mark pro Kopf Mehrlohn und Anerkennung der Organisation tariflich festzulegen. — Bei der Firma Gresges, wo die Kollegen noch unter dem elenden Kost- und Logiszwang seufzten, wurden die Kollegen wegen schlechten Essens und Behandlung ausständig, und wurde die Erfüllung der Wünsche durchgedrückt. — Bei der Firma Ullmann, Melassefutterfabrik, wurden ohne Arbeitseinstellung 3,50 Mk. pro Kopf Mehrlohn erzielt und beträgt für die Belegschaft, 20 Mann, 70 Mk. pro Woche und 3640 Mk. pro Jahr. An Arbeitszeitverkürzung sprangen 3 Stunden pro Woche und Kopf heraus und beträgt pro Woche und Belegschaft 60 Stunden, pro Jahr 3120 Stunden in tariflicher Festlegung. — Bei der Holzfirma Degginger und Heß in Neuß wurde den Kollegen ein Waggonakkordaufschlag von 13 auf 15 Mk., für Schiffsentladung ein Aufschlag von 10 pCt. bewilligt. — Im Geschäft von Peter Koch wurden die Akkordsätze von 5 und 6 Mk. auf 8,50 und 9,50 Mk. erhöht.

Der Streik der Düsseldorfer Fuhrleute wurde in erster Linie um die elementarsten Menschenrechte geführt. Wie traurig es besonders in den Betrieben mit Kost- und Logiszwang aussah, beweist die dort herrschende, bis 17stündige Arbeitszeit. Das schlechte Essen sowie Logis und der sehr oft geringe Lohn von 6 bis 14 Mk. Aber auch sonst wurden noch Löhne von 19 bis 24 Mk. oft sogar an verheiratete Leute gezahlt. Ueberall wurde über schlechte Behandlung geklagt. Die Bewegung, die im Stillen durch eine Unmasse von Betriebsbesprechungen vorbereitet war, wurde durch 10 große Fuhrmannsversammlungen eingeleitet. Dies brachte die unter Führung eines Berliner Scharfmacherdoktors soeben zu einem Verbande vereinigten Fuhrbaase vollständig außer Fassung. So etwas hatte man seinen „Knechten" denn doch nicht zugetraut. Besonders bei der größten Firma (Besitzer Herr Merz) war man überrascht. Infolge der Mittellosigkeit vieler Kollegen, besonders der in den Betrieben mit Kost- und Logiszwang Beschäftigten, obdachlos gemachten Streikenden, waren wir gezwungen, jeden Abend Schlafgeld auszuzahlen. Die zu diesem Zweck in den verschiedensten Bezirkslokalen allabendlich abgehaltenen Versammlungen waren die sprechendsten Elendsdemonstrationen. Gar mancher unserer armen Kollegen hat, weil er's nicht besser wußte, im „großen Bett", wie ein besonders „liebenswürdiger Herr Baas" sich sarkastisch ausdrückte, seine abgearbeiteten Knochen zur Ruhe legen müssen. Wenn auch die große Majorität der Fuhrleute der inneren Stadt an der Bewegung beteiligt war, so wäre der Erfolg noch größer gewesen, wenn alle dem Verbande angehört hätten. Uns werden die Erfahrungen dieses Kampfes mit Bienenfleiß an der Arbeit finden, auszubauen, wo es fehle. Man hatte alles aufgeboten, uns auf die Knie zu zwingen. Als Arbeitswillige fungierten nicht nur notorische Streikbrecher sondern auch Kavalleristen vom 5. Ulanenregiment mit ihren Rollwagen, staatliche Güterboden- und Rottenarbeiter waren unter Assistenz unserer kommunalen Polizei mit gar wichtigen Feldherrnmienen zum Schutze dieser improvisierten Fuhrmannstruppe tätig. Auch unsere guter Feuerwehr hat tapfer mit eingegriffen.

Mögen sich an diesem guten Vorbild die andern Sektionen, z. B. Hausdiener, Packer, Lagerarbeiter sowie die Fuhrleute der Außenorte ein Beispiel nehmen. Tausende von Kollegen sind noch zu holen, Tausende von Mark an Unternehmerprofit kann in diesen teuren Zeiten für die Kollegen in Mehrlohn umgemünzt werden. Nun das Fazit des Kampfes: Pro Mann und Woche wurden 6 Stunden Arbeitszeitverkürzung errungen, außerdem ein Mehrlohn von 3 Mk. pro Kopf und Woche erzielt.

Sodann gab und erläuterte Kollege Höbel den gedruckt vorliegenden Kassenbericht. Der Mitgliederbestand, der am 1. Quartalsschluß 1159 betrug, stieg um 146 im 2. Quartal auf 1305 und im 3. Quartal um 382 auf 1638. Gesamtzunahme 528 Mitglieder. Im Anfang des 3. Quartals wurde der Ortsbeitrag von 55 auf 60 Pf. erhöht. Der Kassenbestand stieg vom 1. Quartal mit 2110,45 Mk. um 389,20 Mk. auf 2500,13 Mk. im 2. Quartal und um 233,40 Mk. auf 2723,59 Mk. im 3. Quartal um zusammen 622,60 Mark, trotzdem wir zur Anstellung eines zweiten Kollegen schreiten mußten und dadurch, sowie durch die Anschaffung von Schränken, Pulten, Schreibmaschine 2c. sowie die Abführung von 393,90 Mk. an das Volkshaus, große Ausgaben hatten.

Ein großer Uebelstand ist es, daß sich Kollegen erwerbslos melden, aber nicht so gern zur Kontrolle kommen, wie sie das Geld abzuheben wünschen. Es müssen sich mehr Kollegen zum Kassieren melden. — Auf Antrag der Revisoren Wünsche und Reiners, die den Abgang von 357 Mitgliedern kritisch beleuchten, wird dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Als Revisor an Stelle des ausscheidenden Revisors wird Kollege Wachendorf gewählt. Zwecks besserer Agitation wünscht Kollege Küpper einen besseren Ausbau des Vertrauensmännersystems bei den Fuhrleuten. Kollege Klösel beantragt, da nur noch zwei Monate für die Funktionsdauer des Vorstandes in Frage kommen, einer durch die Vertrauensleute erweiterten Funktionärsitzung die Ergänzung zu überlassen, was einstimmig beschlossen wird. Nachdem noch allen bei dem Fuhrmannsstreik tätigen Genossen gedankt, schließt die Versammlung.

Königsberg i. Pr. Am Sonntag, den 22. Oktober tagte unsere Generalversammlung, die sich eines außerordentlich starken Besuches zu erfreuen hatte. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Andenken der verstorbenen Mitglieder E. Borowski, Fr. Grow, G. Naujock, H. Kenzler, K. Haack, H. Gotthaut, H. Reiß, E. Godau durch Erheben von den Plätzen. Dann gab Kollege Werner den Geschäftsbericht. Aus demselben ist hervorzuheben, daß die Agitation im 3. Quartal mit gutem Erfolg betrieben werden konnte, da die Kollegen in allen Berufen lohnendere Beschäftigung fanden. Die Mitgliederzahl stieg von 1780 am Schlusse des 2. Quartals auf 1967, mithin eine Reinzunahme von 187 Mitgliedern. Neuaufgenommen wurden 298 Mitglieder, von anderen Verbänden traten 15 zu uns über. Ausgetreten resp. wegen Schulden gestrichen sind 94, 20 Mitglieder traten zum Bauarbeiterverband über, 8 sind verstorben und 9 reisten nach anderen Verwaltungsstellen ab. An Versammlungen wurden im verflossenen Quartal 75, desgleichen 74 Sitzungen und Besprechungen abgehalten, zur Belebung der Agitation wurden 26 440 Flugblätter und Zirkulare zur Verteilung gebracht. Der Briefverkehr wies an Eingängen 512, an Ausgängen 1049 auf. An Lohnbewegungen waren im vorigen Quartal 4 Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung in 12 Betrieben mit 463 Beschäftigten und 5 Angriffsstreiks in 6 Betrieben mit 243 Beschäftigten zu verzeichnen. Die Bewegungen verteilen sich auf folgende Berufe: Kohlenarbeiter, Holzplatzarbeiter, Hafenarbeiter (Getreideträger), Speditionsarbeiter und Hilfsarbeiter. Ferner waren 22 unserer Mitglieder an Streiks anderer Gewerkschaften beteiligt. Sämtliche Bewegungen waren erfolgreich und konnten nennenswerte Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die beteiligten Kollegen erzielt werden.

Nachdem noch Kollege Werner die wichtigsten Vorkommnisse, wie sie im verflossenen Quartal in den einzelnen Branchen und Sektionen zu verzeichnen waren, hatte Revue passieren lassen, schloß er seinen Geschäftsbericht mit dem Wunsche, in der Werbearbeit nie zu erlahmen und dafür zu sorgen, daß auch die uns noch fernstehenden Kollegen aufgerüttelt und unserer Organisation zugeführt werden mögen.

In der Diskussion wurde die Tätigkeit der Ortsverwaltung allgemein anerkannt. Frau Sch. bemängelte, daß bei dem Austragen der „Volkszeitung" noch vielfach Kinder beschäftigt würden. Kollege Werner betonte, daß von der Organisation wie Geschäftsleitung alles getan werde, um dem entgegenzutreten, es seien auch in dem Vertrag mit der Geschäftsleitung diesbezügliche Bestimmungen aufgenommen. Wenn einzelne Frauen gegen dieselben verstoßen, so könne man der Organisation keine Schuld zumessen. Dann erstattete Kollege Werner an Stelle des am 1. Oktober ausgeschiedenen Kassierers Seidel den Kassenbericht. Derselbe zeigt auch eine günstige Fortentwicklung. An Beiträgen wurden 3780 mehr wie im vorigen Quartal verauft. Die Einnahmen betragen 12 761,57 Mk. Die Hauptkasse erhielt in bar 2026,48 Mk., in Belägen 5496,95 Mk., insgesamt 7523,43 Mk. Dem Saalbaufonds konnten weitere 972,65 Mk. zugeführt werden, so daß unser Anteil jetzt rund 8400 Mk. beträgt. Für das Jugendheim sind 150 Mk. abgeführt worden. Auf Antrag der Revisoren, welche die Kasse viermal revidiert haben, wurde dem stellvertretenden Kassierer Decharge erteilt.

Darauf erstattete der Kollege Arend den Kartellbericht, der Versammlung die wichtigsten Beschlüsse mitteilend. Als Gesellschafter für die Volkshausgesellschaft wurde an Stelle des ausscheidenden Kollegen Seidel — Strunge gewählt. Ferner wurde beschlossen, für die Zentralbibliothek einen Beitrag zu den Unterhaltungskosten von 10 Pf. pro Mitglied und Jahr aus der Ortskasse zu bewilligen.

Im Verschiedenen wies Kollege Werner auf das am 11. November in der „Flora" stattfindende Winterfest hin; desgleichen ersuchte er die Anwesenden, die von der Organisation zu treffenden Winterveranstaltungen, Versammlungen 2c. zahlreich zu besuchen. — In seinem Schlußwort betonte der Vorsitzende, daß die Stadtverordneten- und Reichstagswahlen in nächster Zeit bevorstehen. Neue Mitglieder müßten in den Reihen der Transportarbeiter für den sozialdemokratischen Verein, neue Leser für die „Volkszeitung" geworben werden; in dieser Beziehung bleibe noch viel zu tun übrig. Aber auch unser Interesse für die Genossenschaftsbewegung müsse stets wach gehalten werden. Alle diese drei Teile der Arbeiterbewegung sind eng mit einander verbunden, und sie zu stärken, sei Pflicht jedes klassenbewußten Arbeiters.

München. In der am 21. 10. 11 stattgefundenen ordentlichen Generalversammlung der Mitgliedschaft I gab Kollege Eisenberger den Kassenbericht über das verflossene Quartal. Nach demselben betrugen, bei einem Kassenbestand von 11 599,16 Mk. am Schlusse vorigen Quartals die Gesamteinnahmen 50 175,06 Mk. Dieser stehen Gesamtausgaben in Höhe von 31 960,44 Mark gegenüber, verbleibt somit am Schlusse des vergangenen Quartals ein Kassenbestand von 18 214,62 Mark. An die Hauptkasse wurden abgeliefert oder teilweise verrechnet 23 550,84 Mk. An Unterstützungen wurden ausbezahlt: Streik und Gemaßregelte 178 Mk., Extraunterstützung 275 Mk., Beerdigungsbeihilfe 500 Mark, Rechtsschutz 456,30 Mk. und Erwerbslosenunterstützung 5659,50 Mk. Der Markenumsatz hat sich innerhalb eines Jahres von 46 306 Stück auf 60 661 Stück erhöht und steht in erfreulichem Einklang mit der Steigerung der Mitglieder von 4079 auf 5038 im gleichen Zeitraume. Mit dem Wunsche an die Kollegen, auch fernerhin die Vorwärtsbewegung in der Mitgliedschaft sowie auch der Kassenverhältnisse zu unterstützen, schloß der Redner seinen eingehenden Kassenbericht unter allgemeinem Beifall. — Nachdem der Vorsitzende der Revisionskommission, Kollege R. Reichhart, erklärt, Kasse und Bücher in bester Ordnung befunden zu haben, wird auf Antrag dessen dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Hierauf gab Kollege Angerer den Gewerkschaftsbericht. Er schildert zunächst die Bemühungen des Gewerkschaftsvereins in Verbindung mit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die Gründung einer Gartenstadt in die Wege zu leiten, um den Arbeitern gesunde, preiswerte Wohnungen zu schaffen. Es sei Aussicht vorhanden, daß das Projekt zur Durchführung komme. Die Beschickung der hygienischen Ausstellung in Dresden sei leider durch das protzige Verhalten der Leitung verhindert worden. Die längst gewünschte Schaffung eines Bürohauses für die Gewerkschaften habe durch Bildung einer G. m. b. H. festen Boden gewonnen und dürfte dasselbe, nachdem das Grundstück bereits angekauft, innerhalb zwei Jahren fertig gestellt und bezogen werden können. Die Herberge sei einer Neuausgestaltung und Vergrößerung unterzogen worden, sodaß 100 Betten Platz finden. Die Bildung eines Zentral-Jugendausschusses lasse die Hoffnung zu, daß auch hier ein Vorwärtsschreiten zu verzeichnen sein dürfte. Auch der Gewerkschaftsverein selbst sei einer Reorganisation unterzogen worden, indem Genosse Timm die Leitung desselben übernommen habe. Hoffen wir, daß die Beschlüsse und Neuerungen dem Gesamtwohl der Arbeiterschaft dienen mögen, dann können wir mit Recht sagen, daß der Gewerkschaftsverein ein Jahr fruchtbringender Tätigkeit hinter sich hat; hiermit schloß der Referent seine sachlich gehaltenen Ausführungen. Die folgende lebhafte Diskussion bewegte sich im Rahmen des Referates und nachdem noch verschiedene Fragen ihre Beantwortung fanden, wurde auf Antrag aus der Mitgliedschaft beschlossen, den Gewerkschaftsbericht

alle drei Monate erstatten zu lassen. Die Gewerkschaftsdelegierten wurden auf Antrag der Ortsverwaltung branchenweise zum Vorschlag gebracht. Als solche wurden gewählt: Heigl, Anton, Einkassierer, Kosmasch, Eduard, Fensterputzer; Mittermeier, Simon, Fuhrmann; Angerer, Anton, Handelshilfsarbeiter; Neumeier, Jos., Droschkenkutscher; Alber, Heinrich, Chauffeur; Lutz, Franz, Möbeltransportarbeiter; Schrödle, Johann, Eisenbranche; Steiger, Lenz, Speditionsarbeiter und Bösl, Wolfgang, Aschenfahrer. — Zur Gaukonferenz in Augsburg am 12. November cr. wurden als Delegierte gewählt: Kollege Kleeberger, Jos.; Biller, Heinrich und Taltermeier, Jakob. Für das ausgeschiedene Ortsverwaltungsmitglied, Kollegen Hausmann, wurde einstimmig Kollege Huber, Ludwig, bestimmt. — Ein Antrag der Ortsverwaltung, einen Zentralarbeitsnachweis im Gasthof z. Stubenvoll, 1. Stock, selbstverständlich ohne Bierzwang, zu errichten und vorläufig die Bürostunden des Arbeitsnachweises auf ½6 bis 8 Uhr früh und ½12 bis 1 Uhr mittags festzusetzen, wurde allgemein als notwendig begrüßt und unterstützt. Nachdem noch einige interne Verbandsangelegenheiten ihre Erledigung fanden, folgte Schluß der gut besuchten ordentlichen Generalversammlung.

Sangerhausen. Mitgliederversammlung am 14. Oktober. Der Kartellbericht löste eine lebhafte Diskussion aus. Ein Kollege, der in seiner Dummheit sich in Halle zum Streikbrecher hergegeben, wurde rektifiziert, von einem Ausschlusse wurde nur angesichts der Tatsache Abstand genommen, daß er für seine Handlungsweise nicht verantwortlich gemacht werden kann. Als Revisor wurde Kollege Bumstedt gewählt. Dann wurden einige Internas geregelt und zum Besuche des Stiftungsfestes am 11. November aufgefordert. Die Kollegen wurden ermahnt, zur Gewinnung neuer Mitglieder eine rege Agitation zu entfalten, worauf Schluß der Versammlung eintrat.

Zittau. Sonntag, den 22. Oktober fand hier eine öffentliche Transportarbeiterversammlung statt, welche leidlich gut besucht war. Ein Kollege aus Plauen referierte in eingehender Weise über die Lebensmittelteuerung und die Arbeiterschaft. Nach ca 1stündigem Vortrag, der manchem Kollegen die Augen geöffnet haben dürfte und zum Beitritt in die Organisation aufgemuntert haben wird, erntete er reichen Beifall für seine Ausführungen. In der Debatte nun führten verschiedene Kollegen Klage über die rücksichtslose Behandlung von seiten der Unternehmer. Bei der Firma Wuensch in Zittau hat sich ein Fall ereignet, der die Kollegen zur Vorsicht mahnt.

Vor ungefähr 14 Tagen sollten Arbeiter abends nach 7 Uhr noch auf dem Bahnhof 1 Lowry T-Träger abladen, damit die Firma kein Standgeld zu zahlen brauchte. Selbstverständlich verweigerten die Arbeiter die Arbeit, wenn dieselbe schon bei Tage, vielmehr aber noch abends gefährlich ist. Daraufhin wurde nun dem ältesten Arbeiter, der bereits ca. 24 Jahre bei der Firma beschäftigt ist, am Lohntage die 2 Mk. vom Lohn abgezogen und gleichzeitig wurde ihm angedeutet, daß, wenn es nochmal vorkommt, er die Arbeit verlieren würde. Der betreffende Arbeiter, der nicht organisiert ist und auch bei der letzthin stattgefundenen Lohnbewegung seinem Herrn zuliebe stehen blieb und seinen eigenen Kollegen in den Rücken fiel, mußte jetzt erfahren, wie wenig man einen, im Geschäft alt und grau gewordenen Arbeiter schätzt. Hier heißt es eben auch: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen". Wir aber sagen: „Das ist der Lohn für deine Sünde, den du gerecht empfangen hast". Auch unseren Kollegen, die am Streik beteiligt waren, worunter einer mit 6 Kindern war, hat es weh getan, daß dieser Mann aufs Straßenpflaster geworfen wurde. Jetzt kommt die Vergeltung dafür und es wird noch besser kommen bis er einst wird gehen können, wenn er die Arbeit nicht mehr verrichten kann.

Ein weiterer Fall, der die Firma Hauke u. Co. in Zittau betrifft, wurde noch erwähnt. Ein Kollege von uns wurde ohne jeden Grund aufs Straßenpflaster geworfen unter sofortiger Auszahlung von 14 Tagen Lohn. In dem betreffenden Betriebe ist niemand weiter organisiert, jedenfalls wurde unser Kollege von den anderen verraten. Auch dafür werden diese Leute ihren Judaslohn erhalten. Auf die Firma Hauke u. Co. in Zittau kommen wir in nächster Zeit sowieso noch einmal zu sprechen.

Die anwesenden Kollegen waren sich darüber alle einig, daß ohne die Organisation keine Besserung in den Verhältnissen eintreten wird und gelobten mitzuarbeiten an dem großen Werke zur Befreiung der Menschheit von ihrem Joch.

Mitteilungen des Vorstandes.

Verloren gegangen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder:

In Berlin: Hoffmann, Gustav, Hpt.-Nr. 56 733, eingetr. 14. 3. 05; Pestner, Alfred, Hpt.-Nr. 31 298, eingetr. 15. 12. 09; Rothe, Wilh., Hpt.-Nr. 44 723, eingetr. 9. 7. 10; Salzmann, Eugen, Hpt.-Nr. 53 136, eingetr. 16. 8. 06; Schwarze, Paul, Hpt.-Nr. 2352, eingetr. 8. 9. 06; Wischnewski, Gustav. Hpt.-Nr. 72 113, eingetr. 3. 4. 11.

In Chemnitz: Arensdorf, Kurt Herm., Hpt.-Nr. 204 344, eingetr. 3. 8. 11.

In Dessau: Grube, Paul, Hpt.-Nr. 235 774, eingetr. 27. 6. 08.

In Falkenstein: Ohrautmann, Jos., Hpt.-Nr. 332 033, eingetr. 12. 3. 07.

In Glauchau: Libscher, Paul Rich., Hpt.-Nr. 338 378, eingetr. 7. 4. 11.

In Rendsburg: Dobriwkowski, Anton, Hpt.-Nr. 296 948, eingetr. 16. 3. 05.

In Stralsund: Lösewitz, Otto, Hpt.-Nr. 310 067, eingetr. 24. 9. 10.

In Straßburg i. Els.: Eckert, Heinrich, Hpt.-Nr. 311 730, eingetr. 27. 6. 11.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.
J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Kassenbericht pro 2. Quartal 1911.

Einnahme.

	M	₰	M	₰
An Kassenbestand am 31. 3. 1911:			666698	97
Einnahmen durch die Ortsverwaltungen:				
Beitrittsgelder à 1,— Mk.	11483	50		
" à 50 Pf.	765	—	12248	50
Wochenbeiträge à 50 Pfg.	506137	59		
" à 45 "	27367	15		
" à 40 "	25383	—		
" à 30 "	1087	65		
" à 25 "	22335	34		
" à 20 "	4	50	682315	23
Gaubeiträge	9216	55		
Schlußabrechnungen	48	08		
Rückzahlungen	50	16		
Diverse	10	40	9325	19
An direkte Einnahmen der Hauptkasse:				
Abonnements	469	27		
Rückzahlungen	931	45		
Zinsen	853	30		
Diverse	26	50	2280	52
An Einnahme bei Lohnbewegungen:				
Verkaufte Streikfondsmarken	1648	55		
Verkaufte Extramarken	45	10	1693	65
Summa			1374562	06

Ausgabe.

	M	₰	M	₰
Per Drucklegung der Verbandsorgane	47133	11		
" Expedition " "	12907	34		
" Redaktion " "	4720	62	64761	07
" Unterstützungen:				
a) bei Arbeitslosigkeit	64708	76		
b) in Krankheitsfällen	168640	52		
c) an Beerdigungsbeihilfe	20291	50		
d) in besonderen Notfällen	4078	44		
e) bei Effektenverlusten	397	50		
f) Rechtsschutz	11760	25	269876	97
" Verwaltungskosten: a) persönliche	19793	30		
b) sächliche	4399	29	24192	59
Drucksachen	16718	17		
Porto, Fernsprecher, Fracht 2c.	694	27		
Bücher, Zeitschriften 2c.	716	42		
Utensilien	2711	—		
Versicherungsbeiträge	1121	82		
Gauagitation	28691	71		
Allgemeine Agitation	1230	45		
Zuschüsse an örtliche Verwaltungen	6132	83		
Beitrag zur Generalkommission	9961	30		
" " I. T.-F.	1870	—		
Konferenzen, Sitzungen 2c.	3002	50		
Beitragsmarken	2539	50		
Verlustkonto	3372	67		
Arbeitsnachweis	75	—		
Versetzungen	745	70		
Mankogeld	100			
Reichs-Sektionen	6994	78		
Unterrichtskursus	3480	75		
Diverse	77		90538	87
" Ausgaben bei Lohnbewegungen:				
Unterstützung an Streikende	181353	14		
" " Gemaßregelte	40216	34		
" " Inhaftierte	914	—		
Fernhalten des Zuzuges	1789	70		
Fortschaffung Zugereister	1076	45		
Abgereiste Streikende	248	90		
Persönliche	7750	50		
Sächliche	3549	09		
Rechtsschutz	662	07	237555	19
" andere Gewerkschaften			5000	—
Kassenbestand am 30. 6. 1911			682637	37
Summa			1374562	06

Bilanz.

	M	₰	M	₰
Kassenbestand am 31. 3. 1911:			666698	97
Einnahme	707863	09		
Ausgabe	691924	69		
Mehreinnahme			15938	40
Kassenbestand am 30. 6. 1911			682637	37

Carl Kaßler, Hauptkassierer.

Berlin, den 29. 8. 1911.

Die Revisionskommission:
Berthold Streitner. Adolf Bleck.
Karl Fröhbrodt. Paul Lenz.
August Langkau.

Briefkasten.

Die Schriftführer werden nochmals ersucht, Berichte nicht erst ablagern zu lassen, sondern diese sofort einzusenden. Das Papier ist nur auf einer Seite zu beschreiben, und die Zeilen sind soweit auseinander zu halten, daß eine Korrektur möglich ist. Auf letzteres achte man ganz besonders bei Schreibmaschinenschrift. D. R.

Abrechnung der Verwaltungsstellen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes

pro 2. Quartal 1911.

Gau bezw. Bezirk	Zahl der Mitglieder	Einnahme: Bestand vom vorigen Quartal M ₰	Beitrittsgelder M ₰	Wochenbeiträge M ₰	Zum örtlichen Fonds M ₰	Beiträge zum Streikfonds und Extrasteuer M ₰	Sonstige Einnahmen M ₰	Summa M ₰
Gr.-Berl.	15228	73346 87	6169 50	217532 10	9721 35	295 60	4314 95	311380 37
1	4826	1617 74	1160 50	23893 15	2493 40	— —	886 10	30050 89
2	5637	16410 79	657 50	27917 90	3246 65	— 20	890 26	49123 30
3	2182	7742 03	284 50	12573 05	713 40	48 —	205 07	21566 05
4	2975	5845 02	329 50	15074 65	1495 05	— —	472 82	23217 04
5	16497	81697 67	1742 —	93088 65	9290 25	783 20	464 26	187066 03
6	7292	14579 27	802 50	39358 35	7031 35	— —	909 14	62683 61
7	3373	13026 57	347 —	19252 95	3377 10	— —	439 03	36442 65
8	3335	7029 83	399 50	17108 85	1357 70	— —	246 63	26142 51
9	6975	26366 56	596 50	39029 70	5524 25	3 20	1463 37	72988 58
10	2087	4453 53	272 50	11491 25	1258 10	18 50	136 75	17630 63
11	41466	214815 17	3976 —	204808 90	35006 —	5562 55	7595 55	471764 17
12	11620	37971 85	1442 —	63278 55	9325 85	243 20	2258 49	114519 94
13	3128	1812 57	722 50	16520 75	89 40	90 60	2405 01	21640 83
14	3875	2690 25	963 50	20111 32	2554 10	1 50	1398 98	27719 65
15	5940	10010 83	843 50	30599 20	3338 55	9 60	434 71	45236 39
16	3318	6941 16	864 —	16592 40	1961 90	— —	138 89	26498 35
Binnensch. u. Flößer	8023	13089 26	2155 —	43104 75	8792 65	— —	1018 20	68159 86
	178077	539446 97	23728 —	911336 47	106580 05	7056 15	25683 21	1613030 85

Gau bezw. Bezirk	Ausgabe: Örtliche Kranken-Unterstützung M ₰	Örtliche Beerdigungs-Beihilfe M ₰	Sonstige Unterstützungen M ₰	Verwaltungs-Ausgaben M ₰	Versammlungen, Annoncen, Referate und Drucksachen M ₰	Bibliotheks-Bücher und Zeitschriften M ₰	Kartell- und Sekretariats-Beiträge M ₰	Porto und Diverse M ₰	An die Hauptkasse gesandt M ₰	Kassenbestand M ₰	Summa M ₰
Gr.-Berl.	653 —	1442 05	1778 55	44610 53	5797 08	— —	— —	8877 54	172133 45	76088 17	311380 37
1	— —	23 20	267 30	6537 13	236 16	57 26	754 —	1144 23	18779 27	22528 44	30050 89
2	49 50	375 50	707 55	4992 16	839 18	258 15	802 26	981 10	22226 12	17891 78	49123 30
3	49 50	80 70	698 60	1618 07	218 75	41 75	434 92	268 58	9977 39	8177 79	21566 05
4	— —	150 —	24 30	3246 61	99 45	28 27	3 80	553 34	11627 01	7484 26	23217 04
5	3 —	70 20	4048 61	16694 60	1568 51	234 84	2034 01	1085 43	73341 9.	87981 01	187066 03
6	1098 25	80 —	187 05	8114 26	589 69	164 90	1583 71	1633 03	31521 90	17710 82	62683 61
7	5 50	— —	429 70	4406 15	457 65	16 04	1151 29	147 39	15092 04	14736 89	36142 65
8	24 —	56 —	519 86	2304 47	321 12	87 05	540 81	287 05	13735 14	8266 71	26142 51
9	23 80	876 —	1147 11	8157 63	988 18	209 80	1145 79	775 54	30869 86	28794 87	72988 58
10	— —	15 —	211 65	2407 56	461 05	33 37	329 75	653 78	8994 32	4519 15	17630 63
11	1435 80	524 —	8738 19	42693 49	6484 70	1489 10	7359 83	3803 56	159674 02	239561 48	471764 17
12	25 —	2152 —	9837 30	12787 34	765 55	336 23	2172 48	527 99	49935 22	35980 83	114519 94
13	47 —	20 —	833 05	4050 65	312 39	101 25	955 76	311 11	13118 52	1891 10	21640 83
14	16 —	16	390 45	5316 11	502 31	49 77	1182 11	290 26	16336 24	3620 35	27719 65
15	111 —	50 50	320 40	6458 90	442 53	85 62	992 16	294 14	24092 65	12388 49	45236 39
16	24 80	— —	125 —	3527 44	367 26	82 87	594 95	351 24	13093 24	8331 55	26498 35
Binnensch. u. Flößer	— —	— —	382 80	9583 74	3322 45	384 16	59 50	387 35	34369 24	19670 62	68159 86
	3566 15	5931 15	30647 47	187506 84	23774 01	3660 43	22097 13	22372 66	718925 90	595349 11	1613030 85

Verantwortl. Redakteur: Karl Millhahn, Lichtenberg. Verlagsanstalt „Courier", G. m. b. H. Druck: Maurer u. Dimmick, Berlin, Adalbertstr. 37.

Berliner Mitteilungen.

12. November 1911.

An die Mitglieder aller Branchen! In der Nr. 43 des Couriers vom 22. 10. d. J. hat ein Flugblatt betreffend Gewinnung von weiblichen Mitgliedern beigelegen. Wir ersuchen deshalb unsere Kollegen und Kolleginnen dieses Flugblatt, soweit sich ihnen hierzu Gelegenheit geboten hat, ausgefüllt an die Bezirksverwaltung umgehend einzusenden, damit das Material an die in Frage kommenden Organisationen zur weiteren Erledigung überwiesen werden kann.

Die Bezirksleitung Groß-Berlin.

J. A.: **August Werner,** Engelufer 14-15, Zimmer 34. — Telefon: Amt 4, 2382 und 4747.

Sektion I.

Handelsarbeiter.

Hausdiener, Packer, Radfahrer, Schaffner, Portiers, Fahrstuhlführer, Jugendliche, Chauffeure usw. aus den Kauf- und Warenhäusern Berlins.

Sonntag, den 19. November 1911

in den „Arminhallen", Kommandantenstr. 58/59. (großer Saal):

Lichtbilder-Vortrag

von **Otto Roth, Berlin.**

Die Deutsche Revolution 1848–49.

90 farbige Original-Lichtbilder.

Eintritt 25 Pf. (Kinder über 12 Jahren 10 Pf.)

Anfang präzise 6 Uhr.

Nach dem Vortrage:

Gemütliches Beisammensein u. Tanz.

Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 30 Pfg. nach.

Die Branchenleitung
der Kauf- und Warenhäuser.

Lederbranche!

Hausdiener und Packer aus obiger Branche werden ersucht, in der am **Donnerstag, den 16. November 1911, abends 8 Uhr,** im Lokal von **Richter, Klosterstr. 62,** stattfindenden

Branchen-Versammlung

bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht der Delegierten von der örtlichen Generalversammlung. 3. Geschäftliches.

Einen wirklich zahlreichen Besuch erwartet

Die Branchenleitung.

Kollegen aus der Herren-, Damen- und Uniformbranche, sowie alle in Ladengeschäften tätigen Hausdiener, Packer, Radfahrer und Jugendliche.

Am **Mittwoch, den 15. November, abends ½9 Uhr** im **Arbeitsnachweissaal,** Alte Leipziger Straße 1

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Was bieten die verschiedenen Arten von Krankenkassen den Handels-Hilfsarbeitern. 2. Bericht der Delegierten von der Generalversammlung Groß-Berlin. 3. Branchenangelegenheiten.

Kollegen! Die Wahlen stehen bevor; es ist notwendig, daß wir uns die Vorteile der Mitgliedschaft in größeren Ortskassen sichern, da die Unternehmer die Gründung von Betriebskassen vorbereiten. Die Vorteile, die in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Krankenversicherung erreicht worden sind, dürfen durch Zersplitterung nicht zerstört werden. Erscheint Mann für Mann. Bringt die Unorganisierten mit.

Die Branchenleitung.

Markthelfer, Boten aus den Buchhandlungen und Journal-Lesezirkeln, Hausdiener, Packer, Kutscher aus den Papier- und Pappen-Engros-Firmen, Buchdruckereien, Buchbindereien und der Papierverarbeitungs-Industrie.

Am **Montag, den 13. November 1911, abends 8 Uhr,** in den **„Rittersälen",** Inh. R. Bercht, Ritterstr. 75:

Große Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Delegierten von der General-Versammlung vom III. Quartal. 2. Aus unserm Berufe, Lohnbewegungen und Agitation. 3. Die bevorstehenden Delegiertenwahlen zur O.-K.-K. der Kaufleute etc. 4. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Branchenleitung.**

Ortskrankenkasse der Schneider pp.

Am **Montag, den 20. November, abends 6–10 Uhr** bei **Wilke,** Sebastianstraße 39

Delegiertenwahl

Kollegen obiger Kasse werden ersucht, die **weiblichen** Mitglieder in allen Betrieben, die Hausgewerbetreibenden in ihren Familien- und Bekanntenkreisen auf die Notwendigkeit der Beteiligung an der Wahl aufmerksam zu machen und selbst das Stimmrecht Mann für Mann auszuüben.

Flugblätter sind im **Arbeitsnachweis-Büro, Alte Leipzigerstr. 1, Fernsprecher Amt 1, 2632 und 9330** zu haben. Wahlkarten werden täglich, auch am Wahltage, im Kassenlokal, Sebastianstraße 37/38, ausgestellt.

Die Liste der freien Gewerkschaften führen die Namen **Albrecht—Zühlke.**

Einkassierer und Kassenboten!

Mittwoch, **Bußtag,** den 22. November 1911, im **„Englischen Garten",** Alexanderstraße 27c, (oberer Saal):

Lichtbilder-Vortrag

von **Otto Roth, Berlin.**

Die Deutsche Revolution 1848–49.

90 farbige Original-Lichtbilder.

Eintritt 30 Pfg. Anfang präz. 5 Uhr.

Nach dem Vortrage:

Gemütliches Beisammensein u. Tanz.

Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 30 Pfg. nach.

Billets sind zu haben bei den **Vertrauensleuten,** im **Büro, Engel-Ufer 15, Zimmer 36,** im **Arbeitsnachweis, Alte Leipzigerstr. 1,** beim Branchenleiter **Fr. Luckow,** Fehrbellinerstr. 8, sowie in den **Geschäften** der Kollegen **Georg Heß, O.,** Straßmannstr. 34, **H. Springer, N.,** Usedomstr. 10, **J. Mitschke, N.,** Antonstraße 47, **F. Hannemann, NO.,** Emmanuelkirchstraße 20, **W. Czerschinski, NW.,** Huttenstr 33, **Gottfried Thiele, N,** Weinbergsweg 9, **Ludwig Haase, S.,** Urbanstraße 27, **Carl Frenzel, Rixdorf,** Kaiser Friedrichstraße 234, **R. Frenz, Charlottenburg,** Courbièrestr. 9, **O. Franke, Schöneberg,** Gothenstraße 34.

Textilbranche!

Hausdiener, Packer, Radfahrer aus der Stoff-, Leinen-, Tuch-, Woll-, Baumwoll-, Teppich-, Manufaktur-, Weisswaren-, Wäsche- und Dekatur-Branche.

Mittwoch, den 6. Dezember 1911, abends 8½ Uhr

Große Branchen-Versammlung

in den „Musiker-Sälen", Kaiser-Wilhelmstr. 18m.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag: „Die begehrlichen Arbeiter". Referent: Kollege Fritz Lambrecht. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Wir richten das dringende Ersuchen an alle Kollegen, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. Kein Betrieb darf unvertreten sein! **Die Branchenleitung.**

* * *

Betriebsvertrauensleute und Kollegen!

Aus Anlaß der am **Sonntag, den 12. November 1911 stattfindenden Demonstrations-Versammlungen für Groß-Berlin** kann die geplante Besichtigung der Arbeiter-Wohlfahrtsausstellung in Charlottenburg **nicht** stattfinden. Durch das freundliche Entgegenkommen der Direktion findet der Besuch dieser hochinteressanten Ausstellung nunmehr am **Sonntag, den 10. Dezember 1911, nachmittags um 2 Uhr** statt. Treffpunkt **¾2 Uhr in der Ausstellung, Fraunhoferstr. 11-12.**

Wir erwarten eine recht zahlreiche Beteiligung sämtlicher Kollegen.

Gleichzeitig ersuchen wir um recht regen Besuch der seitens der Parteiorganisation am Sonntag den 12. November veranstalteten Demonstrationsversammlungen.

Die Branchenleitung.

Chemikalien etc., sowie Glas-, Porzellan- und Beleuchtungsbranche!

Am **Sonnabend, den 25. November 1911,** in den **„Arminhallen"** (großer Saal), Kommandantenstr. 58/59:

Großer Lichtbilder-Vortrag

von **Otto Roth**-Berlin.

1. 90 farbige Original-Lichtbilder, die deutsche Revolution 1848–49 2. **Plisch und Plum, speziell für Kinder großer Lacherfolg.** (100 Bilder.)

Eintritt 20 Pf. Anfang präz. 8 Uhr.

Nachdem geselliges Beisammensein mit Tanz, Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.

Billets sind zu haben, bei den Vertrauensleuten, im Büro, Engel-Ufer 14, II. Zimmer 36, sowie bei dem Branchenleiter Kollegen **Karl Millhahn, Engel-Ufer 21 I.**

Chemikalienbranche etc.

Kollegen, Hausdiener, Packer, Lagerarbeiter, Hafenarbeiter, Kutscher, Arbeiterinnen etc.

Am **Mittwoch, den 6 Dezember, 1911, abends 8½ Uhr,** im **„Gewerkschaftshaus", Saal 11:**

Große Branchenversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Karl Wilhelm über: **Die innere Organisation des Verbandes.** 2. Diskussion. 3. Bericht von der örtlichen Generalversammlung. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Branchenleitung.

Vertrauensleute und Delegierte der Chemikalienbranche etc. sowie Glas- Porzellan- und Beleuchtungsbranche usw.

Am **Montag, den 13. November 1911, abends 8½ Uhr,** im **„Gewerkschaftshaus",** 2 Trpp., Zimmer 27

Gemeinsame Funktionärsitzung

Tages-Ordnung: Vorbereitung zu unserm Lichtbilder-Vortrag am 25. ds. Mts. a) Festsetzung der Kontrolle. b) Ausgabe der Billets usw. **Die Branchenleitung.**

Hausdiener und Kutscher aus den Wäsche-Verleih-Geschäften Berlins.

Am **Montag, den 27. November, abends 7½ Uhr, Abstempelung der Kontrollkarten** im **Gewerkschaftshaus,** Engel-Ufer 15, Saal 11. Spätere Abstempelung findet nicht statt. Mitgliedsbücher müssen vorgelegt werden. Wer ohne Buch erscheint, erhält keinen Stempel.

In Branchenangelegenheiten bitte sich schriftlich an **Waldemar Riecke,** Grüner Weg 115, v. I, in Schlichtungskommissionssachen an **Karl Kunert,** Christianiastraße 10, v. IV, zu wenden. **Die Branchenleitung.**

Sektion II.

Transportarbeiter.

Mitglieder der allgemeinen Ortskrankenkasse zu Berlin.

Am **Sonntag, den 3. Dezember d. J.** findet die

Wahl der Delegierten zur Generalversammlung

statt. Wir ersuchen deshalb unsere Verbandsmitglieder, soweit sie Mitglied dieser Kasse sind, von obiger Mitteilung Kenntnis nehmen zu wollen und für recht rege Agitation zwecks Beteiligung an dieser Wahl Sorge zu tragen. Ganz besonders in Betracht kommen für diese Wahl die Branchen, **Fensterputzer, Fäkalkutscher** und **Hilfsarbeiter, Mineralwasserarbeiter, Müllkutscher, Schaffner, Chauffeure und Droschkenführer, Kaffeelagereien usw.**

Ferner ersuchen wir unsere Vertrauensleute von denjenigen Betrieben, welche bei der Kasse versichert sind, uns geeignete Kollegen und Kolleginnen in Vorschlag zu bringen. Erforderlich ist, daß sich die in Vorschlag zu bringenden Kollegen möglichst in dauernder Beschäftigung befinden und 21 Jahre alt sind. **Die Anmeldungen können im Zimmer 33, Engel-Ufer 15, erfolgen. Bei schriftlicher Meldung muß die Krankenbuch-Nr., die Betriebsstätte sowie Name und Wohnung der vorzuschlagenden Mitglieder angegeben werden.**

Nähere Bekanntmachungen über die Wahl werden den Mitgliedern durch Handzettel 2c. später zugehen.

Die Sektionsleitung.

Voranzeige.

Rollkutscher, Begleiter, Bodenarbeiter und Stalleute aus den Speditionsbetrieben Gross-Berlins.

Mittwoch, den 22. November (Bußtag), nachm. 5 Uhr bei **A. Böker,** Weberstr. 17:

Kinematographischer Vortrag

mit lebenden Bildern.

Eröffnung 5 Uhr. — Anfang der Vorstellung 5½ Uhr. **Billets inkl. Tanz 40 Pf. Kinder unter 14 Jahren frei**

Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Die Branchenleitung der Speditionsbranche.

Möbeltransportarbeiter und Kutscher!

Am **Sonntag, den 19. November, vorm. 10 Uhr:**

Branchen-Versammlung

im **„Englischen Garten,"** Alexanderstr. 27 c.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht der Delegierten von der örtlichen Generalversammlung per 3 Quartal. 4. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Branchenleitung.

Voranzeige!

Geschäftskutscher, Wäschekutscher, Lagerarbeiter und -Arbeiterinnen.

Am **Mittwoch, den 22. November d. J. (Bußtag),**

Humoristischer Unterhaltungsabend,

in den **„Andreas-Festsälen“**, Andreasstr. 21.

Konzert :: Humoristische Vorträge :: Spezialitäten
Nachher: **TANZ.**

Billets à 40 Pf. sind bei den Vertrauensleuten und im Büro, Engelufer 15, Zimmer 32, zu haben. Kinder unter 14 Jahren frei.

Einlaß 4 Uhr nachm. **Anfang punkt 5 Uhr.**

Die geehrten Kollegen und Freunde mit ihren Damen sind freundlichst eingeladen und erwartet zahlreichen Zuspruch

Das Komitee.

Leitergerüstbauer, Platzarbeiter, Kutscher.

Am **Sonntag, den 12. November, vorm. 10 Uhr,** im **„Gewerkschaftshaus“**, Engelufer 15 (Saal 5):

Branchen-Versammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen A. Seidel über: Was wollte das Pariser Proletariat 1871? 2 Diskussion. 3. Bericht der Delegierten von der örtlichen Generalversammlung pro 3. Quartal. 4. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend erforderlich. **Verbandsbücher sind mitzubringen.** Beitragsmarken für die Unfallunterstützungskasse sind in dieser Versammlung zu haben, ferner bei Goldmann, Engelufer 12, und bei Jul. Reibnitz, Tempelhofer Berg, im Lokal.

Die Branchenleitung.

Kellerarbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher aus den Grossdestillationen, Wein- u. Bierversandgeschäften, wie den Mineralwasser- u. Essigfabriken Berlins u. Umg.

Am **Mittwoch, den 29. November, abds. ½9 Uhr,** im **Arbeitsnachweis,** Alte Leipzigerstr. 1

Große Branchen-Versammlung

Tagesordnung: 1. Die Erhebung eines Ortszuschlages. 2. Bericht von der örtlichen Generalversammlung. 3. Diskussion. 4. Geschäftliches, Aufnahme neuer Mitglieder und Abstempelung der Kontrollkarten.

Kollegen! Erscheint Mann für Mann in dieser Versammlung und bringt die unorganisierten Kollegen mit. **Mitgliedsbücher sind mitzubringen.**

Die Branchenleitung.

Bretterträger, Kutscher, Platzarbeiter von den Holzplätzen Gross-Berlins.

Am **Sonntag, den 19. November, vorm. 10 Uhr,** im **„Königstädtischen Kasino“**, Holzmarktstr. 72

Große Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Bericht der Delegierten von der örtlichen Generalversammlung per 3. Quartal. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir, daß kein Kollege fehlt! **Die Versammlung im Dezember findet nicht statt.** Mit kollegialem Gruß

Die Branchenleitung.

Oberschöneweide und Umgegend.

Am **Sonntag, den 19. November, abends 7 Uhr,** im Lokal von **Warneke,** Wilhelminenhofstr. 18

Versammlung mit Frauen

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Kollegen! Agitiert für guten Besuch der Versammlung.

Die Agitationskommission.

Kohlenarbeiter und -Kutscher von allen Kohlenplätzen Berlins.

Am **Sonntag, den 3. Dezember, vorm. 10½ Uhr,**

Große Branchen-Versammlung

in den **„Arminhallen“**, Kommandantenstr. 58-59.

Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand unserer Bewegung betreffend die Erlangung des zehnstündigen Arbeitstages. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Bei der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen obengenannter Branche Ehrensache. Mitgliedsbuch ist mitzubringen und am Eingang zur Versammlung zwecks Kontrolle vorzuzeigen. Beiträge können entrichtet und neue Mitglieder aufgenommen werden.

Die Branchenleitung.

Fräse-, Hobel- und Schneidemühlenkutscher sowie Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.

Am **Dienstag, den 14. November, abends 8 Uhr**

Große Versammlung.

im **Gewerkschaftshaus,** Engel Ufer 15, Saal 3.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen A. Bergmann. 2. Diskussion. 3. Bericht der Delegierten von der örtlichen Generalversammlung für das 3. Quartal.

Die Kollegen sind verpflichtet, vollzählig zu erscheinen. Die Frauen der Kollegen können an der Versammlung teilnehmen.

Die Branchenleitung.

Fenster- und Messingputzer.

Am **Mittwoch, den 15. November, abends 6 Uhr,**

Mitglieder-Versammlung

bei **W. Kube** (Feuersteins Festsäle), Alte Jakobstr. 75.

Tagesordnung: 1. Bericht von der örtlichen Generalversammlung und Diskussion. 2. Vortrag des Kollegen Richard Nürnberg über die Krankenkassen nach der neuen Reichsversicherungsordnung. 3. Diskussion. 4. Wahl der Delegierten zur A. O. K. 5. Die Arbeitsvermittlung. 6. Geschäftliches. Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Branchenleitung.

Jugend-Abteilung.

Am **Sonntag, den 19. November, abends 6 Uhr,** in den **„Comenius-Sälen“**, Memelerstraße 67, (an der Warschauerstraße):

Lichtbilder-Vortrag

„Eine Reise nach Italien und Tripolis“.

Mit über 100 Lichtbildern (koloriert).

Nach dem Vortrag: **TANZ.** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 30 Pfg. nach.

Eintrittskarten à 25 Pfg. einschließlich freier Garderobe sind bei den **Funktionären der Jugend-Abteilung,** im **Nachweis,** Alte Leipzigerstr. 1 und im **Gewerkschaftshaus,** Zimmer 27, 32 und 48, zu haben.

Zahlreiche Beteiligung seitens unserer jugendlichen Kollegen, sowie deren Eltern und Bekannten erwartet

Die Sektionsleitung.

* * *

Am **Mittwoch, den 22. November, (Busstag), abends 6 Uhr,** im **Arbeitsnachweissaal,** Alte Leipzigerstraße 1:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht über das 3. Quartal. 3. Ergänzungswahlen zur Sektionsleitung. 4. Anträge und Verschiedenes.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet. Zahlreiches Erscheinen, besonders auch der Delegierten, erwartet

Die Sektionsleitung.

Sektion IV.

Kraftdroschkenführer.

Bezirk Reinickendorf. Am **Freitag, den 17. November, abends 6 Uhr,** im Lokale von **Merten,** Hansa- Ecke Seestraße:

Bezirksbesprechung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Berufsfragen. 3. Verschiedenes.

Die Branchenleitung.

Bezirk Rixdorf. Am **Donnerstag, den 16. November, abends 7 Uhr,** im Lokale von **Schönemann,** Weichsel- Ecke Donaustraße:

Bezirks-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Berufsfragen. 3. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Insbesondere sind die Kollegen aus **Treptow** und dem **Schlesischen Torbezirk** hierzu eingeladen.

Der Bezirksführer.

Bezirk Schönhauser Vorstadt. Am **Dienstag, den 21. November,** im **Genossenschafts-Wirtshaus:**

Bezirks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Berufsfragen. 3. Verschiedenes.

Der Bezirksführer.

Berliner Lokales.

Verloren ist am 22. Oktober ein alter Mantel auf der Fahrt nach der Grunewald-Rennbahn (Kaiserdamm). Abzugeben bei Eichmann, Seestraße 115.

Zeuge gesucht. Kollege Kraftdroschkenführer, dunkler Wagen, welcher am 31. 10. 11, nachmittags 3 Uhr am Café Friedrichshof einen Vorfall beobachtet hat, wo ein anderer Kraftdroschkenführer einen Straßenbahnführer angerufen hat, zu halten, als der Kollege umwendete, wird gebeten, sich im Verbandsbüro, Engelufer 15, Zimmer 43/44, zu melden.

Am 15. 10. 11 ist eine Lampe vom Blender gefunden worden. Abzuholen bei M. Rüger, Neue Hochstr. 12.

Am 26. 10. 11 eine Einsatztür vom Auto-Gepäckwagen gefunden. Abzuholen bei W. Beck, Breitestr. 11.

Mitglieder sämtlicher Branchen des Distrikts I, Südosten und Süden.

Am **Sonntag, den 19. November, abends 6 Uhr,** bei **Neithardt,** Görlitzerstr. 58:

Große Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Nach der Versammlung: **Geselliges Beisammensein.**

Einen wirklich zahlreichen Besuch erwartet

Die Distriktskommission. J. A.: Carl Blöser.

Bezirk Lichtenberg, Boxhagen-Rummelsburg.

Vertrauensmänner
der Bau- und Arbeits-Kutscher aus dem obengenannten Bezirk.

Am **Mittwoch, den 15. November 1911, abends 8½ Uhr,** findet im Lokale von **Schimke, Lichtenberg,** Müggelstr. 16,

Vertrauensmänner-Sitzung

statt. — **Tages-Ordnung:** 1. Branchen- und Verbands-Angelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Kollegen! In dieser Sitzung muß jede Firma der obengenannten Branche durch Vertrauensleute vertreten sein.

* * *

Kollegen Kutscher, Mitfahrer, Stalleute und Arbeiter aus den Bau- und Arbeits-Fuhrwerksbetrieben von Lichtenberg, Boxhagen-Rummelsburg.

Dienstag, den 21. November 1911, abends 8½ Uhr,

Bezirks-Branchen-Versammlung

mit Frauen

bei **J. Ertelt, Lichtenberg,** Pfarrstr. 74.

Tages-Ordnung: 1. **„Wer sind die Feinde der Arbeiterbewegung.“** Referent: Kollege Otto Franke. 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Kollegen! Agitiere ein jeder für einen guten Besuch der Versammlung.

Die Branchenleitung.

Bezirk Gross-Berlin.

Kollegen Kutscher, Mitfahrer, Stalleute und Arbeiter aus den Bau- und Arbeitsfuhrwerksbetrieben.

Am **Sonntag, den 26 November 1911, nachm. 5 Uhr,** im **Gewerkschaftshaus,** S. 3, Engel-Ufer 14-15.

Vertrauensmänner-Sitzung

Tages-Ordnung: 1. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Kollegen! In dieser Sitzung muß jede Firma der obengenannten Branche durch Vertrauensleute vertreten sein.

* * *

Am **Sonntag, den 3. Dezember 1911, nachmittags 5 Uhr,** im „Engl. Garten“, Alexanderstr. 27c, unterer Saal,

Branchen-Versammlung mit Frauen

Tages-Ordnung: 1. „Welcher Wert liegt in der modernen Arbeiterbewegung?“ Ref.: Koll. Karl Fromke. 2. Verbands- u. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Nach der Versammlung: **Geselliges Beisammensein und Tanz.**

Kollegen erscheint Mann für Mann mit Euren Frauen in dieser Versammlung, denn durch starken Versammlungsbesuch ist das Zeichen gegeben, daß wir mit unseren schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr zufrieden sind.

Die Branchenleitung.

Kollegen sämtlicher Branchen von Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde.

Am **Sonntag, den 19. November 1911, abends 5½ Uhr,** bei **Löwenhagen, Mariendorf,** Chausseestr. 27,

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlin. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Pflicht eines jeden Kollegen ist es, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Bringt Eure Frauen mit.

Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein.

Die Distrikts-Kommission.

Mitglieder aus Branchen des Distrikts V (N. O. N.)

Am **Sonntag, den 26. November, nachmittags 5 Uhr,** findet im Lokal von **Hermann Guiard,** Schönhauser Allee 134 b, eine

Allgemeine Mitglieder-Versammlung mit Frauen

statt. — **Tages-Ordnung:** 1. Vortrag: „Wie denken die Frauen unserer Mitglieder über die Unterstützungs-Einrichtungen unseres Verbandes. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz ohne jede Nachzahlung.

Bringt Eure Frauen und die Nichtorganisierten mit. Beiträge können in der Versammlung entrichtet werden.

Die Distrikts-Agitationskommission.

Mitglieder aus allen Branchen des Distrikts 6 (Norden) Wilhelmsruh, Rosenthal und Umgegend.

Am **Mittwoch, den 22. November 1911** (Bußtag), **nachmittags 3 Uhr,** im Lokal von Frau **Ww. Barth, Wilhelmsruh,** Viktoriastr. 7

Große Versammlung mit Frauen

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Fr. Voigt** über: „Gewerkschaften und Reichstagswahlen“. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.

Kollegen! Nur noch wenige Tage trennen uns von den Reichstagswahlen, bei welcher Gelegenheit das deutsche Proletariat mit den Volksfeinden abzurechnen hat. Es gilt alle Kräfte zu vereinigen. Daher ist das Erscheinen **aller,** sowie der, der modernen Arbeiterbewegung noch fernstehenden Berufskollegen aller Branchen dringend erforderlich.

Die Distrikts-Agitationskommission.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Rettig, Berlin.
Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H.
Druck: Maurer u. Dimmick, Berlin, Adalbertstr. 37.